

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans-Georg Betz

Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa

Franz Urban Pappi

Wahrgenommenes Parteiensystem und  
Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland

Zur Interpretation der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl

Hubert Kleinert

Die GRÜNEN 1990/91  
Vom Wahldebakel zum Neuanfang

Josef Schmid/Heinrich Tiemann

Die Zukunftsdiskussionen und -programme der  
Parteien und Verbände

Nur Rauch ohne Feuer?

B 44/91

25. Oktober 1991

Hans-Georg Betz, Dr. phil., geb. 1956; Studium der Politologie am Massachusetts Institute of Technology; seit 1988 Assistenzprofessor an der Marquette University, Milwaukee, USA; z. Z. Gastprofessor am Loyola Center for Liberal Arts in Rom.

Veröffentlichungen: Postmodern Politics in Germany. The Politics of Resentment, New York 1991; zahlreiche Publikationen in amerikanischen und britischen Zeitschriften.

Franz Urban Pappi, Dr. phil., geb. 1939; o. Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. und Autor) Methoden der Netzwerkanalyse, Bd. 1 der Techniken der empirischen Sozialforschung, München 1987; Räumliche Modelle der Parteienkonkurrenz. Die Bedeutung ideologischer Dimensionen, in: Jürgen W. Falter u. a. (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1989; Politischer Tausch im Politikfeld „Arbeit“. Ergebnisse einer Untersuchung der deutschen Interessengruppen und politischen Akteure auf Bundesebene, in: Thomas Ellwein/Jens J. Hesse/Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hrsg.), Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Baden-Baden 1990.

Hubert Kleinert, geb. 1954; 1987–1989 Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion die GRÜNEN; seit 1991 im hessischen Ministerium für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten mit bundespolitischen Grundsatzfragen befaßt.

Zahlreiche Veröffentlichungen, insbesondere zu Fragen der Umweltpolitik und der Parteienentwicklung.

Josef Schmid, Dr. rer. soc., geb. 1956; Hochschulassistent und Geschäftsführer des Sonderforschungsbereichs 187 „Neue Informationstechnologien und flexible Arbeitssysteme“ an der Ruhr-Universität Bochum.

Veröffentlichungen u. a.: Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Opladen 1990; (Hrsg. zus. mit Heinrich Tiemann) Aufbrüche. Die Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen, Marburg 1990; (Hrsg. zus. mit Frank Löbler und Heinrich Tiemann) Wiedervereinigung als Organisationsproblem. Gesamtdeutsche Zusammenschlüsse von Parteien und Verbänden, Bochum 1991; Beiträge über Parteien, Verbände und neue Technologien.

Heinrich Tiemann, geb. 1951; Mitarbeiter der Abteilung Grundsatzfragen beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Josef Schmid) Aufbrüche. Die Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen, Marburg 1991; (Hrsg. zus. mit Frank Löbler und Josef Schmid) Wiedervereinigung als Organisationsproblem. Gesamtdeutsche Zusammenschlüsse von Parteien und Verbänden, Bochum 1991; Beiträge über Parteien und Gewerkschaften.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa

Die politische Landschaft der hochentwickelten Staaten Westeuropas ist zu Beginn der neunziger Jahre zunehmend von Unberechenbarkeit und Unbeständigkeit bestimmt. Dabei sind vor allem die etablierten Parteien zum Hauptziel der Kritik geworden. Schlagworte wie Parteienverdrossenheit und Krise des Parteiensystems untermauern die seit längerem aufgestellte fachwissenschaftliche These vom Niedergang der etablierten Parteien. Die Parteienkrise spiegelt sich wider einerseits in einer fortschreitenden Lockerung traditioneller Parteienbindungen, der Erosion subkultureller konfessionell oder gewerkschaftlich geprägter politischer Lager und dem Anstieg des Anteils an Wechselwählern; andererseits, aufgrund zunehmender Unzufriedenheit mit politischen Parteien, in sinkender Wahlbeteiligung und steigender Bereitschaft zur Wahl von Protest- und Splitterparteien.

Vorangetrieben wurde dieser Prozeß vor allem durch die Bildungsexplosion der vergangenen zwei Jahrzehnte, die eine Generation jüngerer Bürger mit formal hoher Bildung und dezidiert postmateriellen Werten hervorbrachte. Aufgewachsen im Wohlstand ist diese Generation der heute Dreißig-

und Vierzigjährigen mehr an Selbstverwirklichung und politischer Partizipation als an Vermehrung materiellen Wohlstands interessiert<sup>1)</sup>. Politische Beobachter, die diesen Trend in den achtziger Jahren verfolgten, erwarteten steigende Erfolgchancen unkonventioneller linker Parteien sowie des gesamten linken Blocks – Erwartungen, die sich mit den anfänglichen spektakulären Erfolgen grüner, alternativer, und ähnlicher „links-libertärer“ Parteien auch zu erfüllen schienen<sup>2)</sup>. Der Beginn der neunziger Jahre konfrontiert den Beobachter jedoch mit einem Paradox: Nicht links-libertäre, sondern radikal rechtspopulistische Parteien stellen die wichtigste Herausforderung des etablierten Parteiensystems dar.

Der folgende Beitrag setzt sich mit dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg radikal rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa auseinander. Sein Schwerpunkt liegt zum einen auf einer Synopse der Bandbreite radikal rechtspopulistischer Parteien und ihrer politischen Bedeutung, zum anderen im Versuch einer Begriffsdefinition des radikalen Rechtspopulismus sowie einer Analyse möglicher Erklärungsansätze ihres Aufstiegs und ihrer Erfolge.

## I. Entwicklungen auf der nationalen Ebene

### 1. Österreich

Die österreichische Nationalratswahl vom 7. Oktober 1990 führte zu den gravierendsten Erschütterungen und weitreichendsten Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg<sup>3)</sup>. Die österreichische Volkspartei (ÖVP) verlor im Vergleich zu 1986 mehr als neun Prozent ihrer Stimmen; auch die Sozialdemokraten (SPÖ), ihre Gegenspieler, hiel-

ten nur knapp ihr Ergebnis. Damit waren beide Großparteien, zumindest wahlstatistisch gesehen, die eindeutigen Verlierer der Wahl. Der große Gewinner war zweifellos Jörg Haider, der strahlende Spitzenkandidat der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), die mit 16,6 Prozent der Stimmen ihr Ergebnis von 1986 um fast 7 Prozentpunkte verbessern konnte.

Haiders Triumph ist der vorläufige Höhepunkt des spektakulären Wiederaufstiegs der FPÖ, die noch Mitte des Jahres 1986 fast vollständig von der politischen Szene verschwunden schien. Nachdem die Partei zwischen 1979 und 1983 von 6 auf 4,9 Prozent abgefallen war, war sie im Frühherbst 1986 im politischen Meinungsklima auf ein Prozent Wähleranteil abgesunken und „als wahlpolitischer Faktor somit abgetreten“<sup>4)</sup>. Dies änderte sich je-

<sup>1)</sup> Vgl. Ronald Inglehart, *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton 1990.

<sup>2)</sup> Vgl. Herbert Kitschelt, *Left-Libertarian Parties in Western Democracies: Explaining Innovation in Competitive Party Systems*, in: *World Politics*, 40 (1988) 2, S. 127–154; ders., *New Social Movements and the Decline of Party Organization*, in: Russell J. Dalton/Manfred Kuechler (Hrsg.), *Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies*, New York 1990, S. 179–208.

<sup>3)</sup> Vgl. Fritz Plasser/Peter A. Ulram, *Abstieg oder letzte Chance der ÖVP?*, in: *Österreichische Monatshefte*, 46 (1990) 7, S. 6–15.

<sup>4)</sup> Vgl. Fritz Plasser/Peter A. Ulram, *Wahltag ist Zahltag. Populistischer Appell und Wählerprotest in den achtziger Jahren*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 18 (1989) 2, S. 153.

doch schlagartig, als im September 1986 die Partei mit Jörg Haider einen jungen, charismatischen und populistisch begabten Politiker zum Bundesparteiobmann (Parteivorsitzenden) wählte. Programatisch bedeutete dies vor allem eine größere Betonung der deutschnationalen Wurzeln der Partei bei einer gleichzeitigen Minderung ihrer liberalen Komponente<sup>5</sup>). Mit seiner Kampagne gegen die Privilegien der etablierten Politiker und der Bürokratie und für mehr Nationalstolz gelang es Haider, bei den Nationalratswahlen im November 1986 den Stimmenanteil der Partei fast zu verdoppeln. Daß dieser Erfolg keine Eintagsfliege war, bewiesen eine Reihe von Landtagswahlen, in denen sich der Trend zur FPÖ fortsetzte. So gelang der Partei 1988 zum ersten Mal der Einzug in den niederösterreichischen Landtag, und 1989 wurde sie mit 29 Prozent der Wählerstimmen zweitstärkste Partei in Kärnten, was eine Steigerung um 13 Prozentpunkte bedeutete.

Es gibt gewiß eine Reihe von innerösterreichischen Gründen, die zur Erklärung des Erfolgskurses der FPÖ beitragen. Zu nennen wäre vor allem die nicht enden wollende Kette von Skandalen während der letzten Jahre, die bei den österreichischen Wählern eine wachsende Bereitschaft hervorrief, den Großparteien einen Denkart zu verpassen<sup>6</sup>). Darüber hinaus sollte man jedoch das Phänomen Haider in einen größeren, gesamt europäischen Rahmen einordnen. In diesem Rahmen stellt Haider nur den zugegebenermaßen erfolgreichsten Vertreter eines neuen Typs radikal rechtspopulistischer Parteien dar, der während des letzten Jahrzehnts in einer wachsenden Zahl von westeuropäischen Ländern Fuß fassen konnte.

## 2. Deutschland

Die bundesdeutsche Öffentlichkeit wurde zum ersten Mal im Frühjahr 1989 mit dieser Entwicklung konfrontiert, als Franz Schönhubers Republikaner spektakuläre Erfolge bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und dann bei den Europawahlen erzielen konnten. Mit einem Programmgemisch aus Deutschnationalismus, Ausländerfeindlichkeit und Appellen an kleinbürgerliche Ressentiments vermochte Schönhuber kurzfristig mehr als zehn Prozent der Bevölkerung für sich und seine Partei einzunehmen<sup>7</sup>). Nur der Zusammenbruch der DDR und Helmut Kohls forcierte Vereinigungspolitik vermochten den Erfolgskurs des Republikaners abzubremesen. Die Sprachlosigkeit,

mit der Schönhuber auf die sich überstürzenden Ereignisse reagierte, sowie sein Unvermögen, aus der wachsenden Feindseligkeit in der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber Aus- und Übersiedlern politisches Kapital zu schlagen<sup>8</sup>), führten zu einer Reihe von Mißerfolgen bei Landtagswahlen, zu innerparteilichen Zwistigkeiten und schließlich zum raschen Verfall der Partei.

Dies muß jedoch noch nicht das Ende des radikalen Rechtspopulismus in Deutschland bedeuten<sup>9</sup>). So verfehlten die Republikaner bei den bayerischen Landtagswahlen im Oktober 1990 mit 4,9 Prozent nur knapp den Einzug in den Landtag. Und bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen schnitten sie mit 2,1 Prozent der Stimmen (und immerhin 5 Prozent in Bayern, größtenteils zu Lasten der CSU, die 3,2 Prozentpunkte der Stimmen verlor) besser ab als vor den Wahlen erwartet<sup>10</sup>). Dabei steht es noch hin, ob mit der Deutschen Allianz, im Januar von Schönhubers Rivalen Harald Neubauer in München gegründet, den Republikanern ein ernsthafter Gegner am rechten Rand erwachsen kann<sup>11</sup>).

## 3. Norwegen und Dänemark

Beispiele für eine Renaissance schon totgesagter rechtspopulistischer Parteien gibt es genügend. Ähnlich wie die FPÖ sind auch die norwegische Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet) und ihre dänische Schwesterpartei (Fremskridtpartiet) Beispiele eines erfolgreichen Comebacks in zum Teil neuem politischen Gewand<sup>12</sup>). Gegründet im Jahre 1973 von Anders Lange als Partei „zur drastischen Verringerung von Steuern, Abgaben und öffentlichen Eingriffen“, gelang es der norwegischen Fortschrittspartei bei den Wahlen zum Storting im selben Jahr auf Anhieb fünf Prozent der Stimmen und vier Sitze im Parlament zu gewinnen. Von da an ging es jedoch stetig bergab. Nach Langes Tod 1974 reichte es 1977 nur noch zu 1,9 Prozent.

Unter Langes Nachfolger Carl I. Hagen kam es zwar zu einem Zwischenhoch von 4,5 Prozent (und vier Sitzen) im Jahre 1981, jedoch bei den nächsten

<sup>5</sup>) Vgl. Anton Pelinka, *Alte Rechte, neue Rechte in Österreich*. Zum aufhaltsamen Aufstieg des Jörg Haider, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 36 (1989) 2, S. 103–109.

<sup>6</sup>) Vgl. F. Plasser/P. Ulram (Anm. 3), S. 10–11.

<sup>7</sup>) Vgl. Dieter Roth, *Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 37–38/90, S. 27.

<sup>8</sup>) Vgl. Hans-Georg Betz, *Politics of Resentment: Right-Wing Radicalism in West Germany*, in: *Comparative Politics*, 22 (1990) 1, S. 54.

<sup>9</sup>) Vgl. Konrad Schacht, *Der Rechtsextremismus hat eine Zukunft*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 38 (1991) 2, S. 152–158.

<sup>10</sup>) Vgl. ZDF-Politbarometer, *Die Stimmung im November*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 20./21. November 1990, S. 12; s. a. *Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990*, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, Nr. 61/1990.

<sup>11</sup>) Vgl. *Deutsche Rundschau*, Nr. 2 vom Februar 1991, S. 1. <sup>12</sup>) Zu den beiden Parteien vgl. Peter Aimer, *The Rise of Neo-Liberalism and Right Wing Protest Parties in Scandinavia and New Zealand: The Progress Parties and the New Zealand Party*, in: *Political Science*, 40 (1988) 2, S. 1–15.

Wahlen 1985 sackte die Partei mit nur 3,7 Prozent der Stimmen (und zwei Sitzen) wieder ab. Da die Wahlen allerdings keinen eindeutigen Gewinner hervorbrachten, spielte die Fortschrittspartei eine Rolle, die ihrem Wahlergebnis in keiner Weise zukam: Unterstützte sie zuerst eine bürgerliche Mehrheit unter Premierminister Willoch, so stürzte sie im April 1986 dessen Regierung, indem sie ihr politisches Gewicht der Arbeiterpartei lieh. Das Resultat war ein wachsender Vertrauensverlust zu Lasten der bürgerlichen Parteien und ein Aufschwung der Fortschrittspartei. Der große Umschwung kam bei den Gemeindewahlen im Jahre 1987. Getragen von einer Welle der Politikverdrossenheit und wachsender Feindseligkeit gegenüber Asylanten, die Hagen zum Kernpunkt seiner Wahlkampagne machte, konnte die Partei mehr als 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Bei den Stortingwahlen im September 1989 schließlich avancierte sie mit 13 Prozent der Stimmen und 22 Parlamentssitzen zur drittstärksten norwegischen Partei<sup>13)</sup>.

Die Entwicklung der dänischen Fortschrittspartei gestaltete sich in vielem ähnlich, war in den achtziger Jahren jedoch weniger spektakulär als die ihrer norwegischen Schwesterpartei. Gegründet 1972 von Mogens Glistrup, einem millionenschweren Anwalt und Steuerrebell, wurde die Partei 1973 bei der Wahl zum Folketing mit 15,9 Prozent der Stimmen und 28 Sitzen die zweitstärkste Partei nach den Sozialdemokraten. Während der folgenden turbulenten Jahre; in denen es zwischen 1973 und 1981 in jeweils zweijährigem Abstand zu Neuwahlen kam, verringerte sich der Stimmenanteil der Partei jedoch stetig, bis er mit 3,6 Prozent und vier Sitzen im Jahre 1984 ein Tief erreicht hatte. 1985 errechneten einige Meinungsumfragen sogar, daß die Partei unter die zweiprozentige Sperrklausel gefallen und damit politisch erledigt sei<sup>14)</sup>.

Der Grund für diesen Stimmenverlust lag primär in der Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung, die Glistrup für einige Jahre aus dem politischen Verkehr zog. Nachdem er 1985 aus der Haft entlassen worden war, verbesserten sich die Chancen der Fortschrittspartei jedoch merklich. 1987 erreichte sie 4,8 Prozent der Stimmen und neun Sitze im Parlament, und bei den Wahlen im Jahre 1988 konnte sie diese Stellung mit 9 Prozent auf 16 Sitze weiter ausbauen. Dabei profitierte die Partei nicht nur von einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit, die Glistrup propagandistisch auszuschlachten

wußte, sondern auch von der pragmatischen Politik Pia Kjaersgaards, die unterdessen den Vorsitz der Partei übernommen hatte. Ihr „hartes, direktes Herangehen“ an politische Probleme unterschied sich scharf von der Unentschlossenheit der konservativen Regierungskoalition. Anstelle von Neuwahlen sollten sich die Regierungsparteien ihrer Meinung nach auf eine Lösung der Finanz- und Agrarkrisen des Landes konzentrieren. „Mit dieser Botschaft schien Kjaersgaard diejenigen zu erreichen, die der offensichtlichen Hilflosigkeit der Regierung und der Lähmung der dänischen Politik überdrüssig waren.“<sup>15)</sup>

Nachdem Glistrup im November 1990 aus der Partei ausgeschlossen worden war, erreichte sie bei den Wahlen im folgenden Dezember nur noch 6,4 Prozent der Stimmen und verlor vier Sitze im Parlament. Das Beispiel der beiden Fortschrittsparteien zeigt, daß ein Wiederaufstieg rechtspopulistischer Parteien möglich ist, vor allem, wenn sie neue Themen besetzen. So gelang es den beiden Parteien relativ schnell, vom Steuerprotest auf die wachsende Ausländer- und Asylantenproblematik umzuschalten und so neue Wähler zu gewinnen.

#### 4. Frankreich

Noch keiner der politisch bedeutsamen und deziert radikal rechtspopulistischen Parteien in Europa wurde in der Vergangenheit so oft das politische Aus vorhergesagt wie der französischen Nationalen Front (Front National, FN)<sup>16)</sup>. Gegründet im Oktober 1972 von französischen Rechtsradikalen unter Beteiligung des Bretonen Jean Marie Le Pen, einem vormaligen Abgeordneten der rechtspopulistischen Poujadisten, blieb die FN während der siebziger Jahre weitgehend erfolglos. Dies änderte sich rasch mit der kommunistischen Regierungsbeteiligung nach dem Wahlerfolg der Sozialisten 1981 und ihrer Verstaatlichungspolitik, auf die die bürgerlichen Oppositionsparteien nur mit Ratlosigkeit reagierten. Prompt erreichte daraufhin die FN einen beachtlichen Erfolg bei den Kommunalwahlen in Dreux 1983, bei denen sie fast 17 Prozent der Stimmen im ersten Wahl-

<sup>13)</sup> Mary Paul Smith Jespersen, *The Danish Defence Dilemma: The Election of May 1988*, in: *West European Politics*, 12 (1989) 1, S. 193.

<sup>16)</sup> Einen Überblick über die Nationale Front bieten Monica Charlot, *L'Émergence du Front national*, in: *Revue Française de Science Politique*, 36 (1986) 1, S. 30–45; Subrata Mitra, *The National Front in France – A Single-Issue Movement?*, in: *West European Politics*, 11 (1988) 2, S. 47–64; Roland Höhne, *Die Renaissance des Rechtsextremismus in Frankreich*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 31 (1990) 1, S. 79–96; Hans-Gerd Jaschke, *Frankreich*, in: *Frank Greß/Hans-Gerd Jaschke/Klaus Schönekäs, Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien*, Opladen 1990, S. 38–43; Nonna Mayer/Pascal Perrineau (Hrsg.), *Le Front national à découvert*, Paris 1989.

<sup>13)</sup> Vgl. Tor Bjorklund, *The 1987 Norwegian Local Elections: A Protest Election with a Swing to the Right*, in: *Scandinavian Political Studies*, 11 (1988) 3, S. 211–234; s. a. Bernt Aardal, *The Norwegian Parliamentary Election of 1989*, in: *Electoral Studies*, 9 (1990) 2, S. 151–158.

<sup>14)</sup> Vgl. Jorgen Goul Andersen, *Electoral Trends in Denmark in the 1980's*, in: *Scandinavian Political Studies*, 9 (1986) 2, S. 173.

gang auf sich vereinigen konnte<sup>17</sup>). Auf diesen lokalen Erfolg folgte der nationale Durchbruch bei den Europawahlen von 1984 mit fast 11 Prozent der Stimmen. Bestätigung fand dieses Resultat bei den Parlamentswahlen im Jahre 1986, bei denen sie mit 9,9 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang dank des von den Sozialisten durchgesetzten Verhältniswahlrechts 35 Abgeordnete ins Parlament entsenden konnte. Doch der größte Erfolg war Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 1988 beschieden. Mit 14,4 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang lag er nur knapp hinter dem Gaullisten Chirac und weit vor dem Kandidaten der Kommunisten.

Obwohl die Partei bei den Parlamentswahlen 1988 mit 9,7 Prozent hinter ihrem Ergebnis von 1986 blieb und mit der Wiedereinführung des Mehrheitswahlsystems durch die Regierung Chirac bis auf eine Ausnahme alle Parlamentssitze verlor, bedeutete dies keineswegs das Ende Le Pens. Daß mit der Partei „trotz schwerer innerparteilicher Konflikte auch weiterhin zu rechnen ist, zeigte die Europawahl 1989, bei der die Organisation ihr Ergebnis von 1984 mit 11,7 Prozent noch übertraf<sup>18</sup>). Darüber hinaus erzielte die Partei sensationelle Ergebnisse bei zwei Nachwahlen zur Nationalversammlung in Dreux und Marseille im Dezember 1989. In Dreux besiegte Marie-France Stirbois, die Frau des tödlich verunglückten vormaligen Generalsekretärs der Partei, im zweiten Wahlgang den gaullistischen Gegenkandidaten mit über 61 Prozent der abgegebenen Stimmen; in Marseille verfehlte der FN-Kandidat mit 47 Prozent nur knapp die Mehrheit gegen einen gemäßigten Kandidaten, der von allen anderen Parteien unterstützt wurde<sup>19</sup>).

## 5. Flandern

Neben den bereits erwähnten gehören drei weitere Parteien zum Kreis radikal rechtspopulistischer Parteien: der Vlaams Blok im flämischen Teil Belgiens, die Schweizer Autopartei, und die in Oberitalien beheimatete Lombardische Liga (Lega Lombarda). Der Vlaams Blok wurde 1978 als Wahlbündnis zweier flämischer Dissidentenorganisationen aus der Taufe gehoben, die sich von der flämischen Regionalistenpartei Volksunie abgespalten hatten. Letztere hatte „einen Prozeß politischer Öffnung durchlaufen und mehrheitlich den unter der Regierung Tindemans geschlossenen

Pakt von Egmont mitgetragen, eine wesentliche Grundlage für die seitherige Föderalisierung des belgischen Einheitsstaates<sup>20</sup>). Mit ihrem Programmgemisch aus flämischem Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Klerikalismus und Thatcherismus erzielte der Vlaams Blok bei den Lokalwahlen 1988 erstmals größere Erfolge. So erhielt die Partei in Antwerpen, ihrer Hochburg, fast 18 Prozent der Stimmen<sup>21</sup>). Bei den Europawahlen 1989 konnte sie an diese Ergebnisse anknüpfen. Mit 6,6 Prozent der Stimmen in Flandern gewann sie einen Sitz in Straßburg, wobei sie in Antwerpen mehr als 20 Prozent und im flämischen Teil Brüssels mehr als 13 Prozent erzielte<sup>22</sup>).

## 6. Schweiz

Im Gegensatz zu Belgien haben ausländerfeindliche Parteien in der Schweiz eine relativ lange Tradition. Die traditionsreichste unter ihnen, die Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat (seit 1977 Nationale Aktion für Volk und Heimat), wurde bereits 1961 gegründet. Daneben gibt es seit 1964 in Genf die sogenannte Vigilance, die 1985 durch aufsehenerregende Erfolge bei den Genfer Kantonalwahlen (19 Prozent) auf sich aufmerksam machte<sup>23</sup>). Während Nationale Aktion und Vigilance eher dem nationalkonservativen bzw. national-populistischen Spektrum zuzurechnen sind<sup>24</sup>), handelt es sich bei der 1985 gegründeten Autopartei um eine genuin radikal rechtspopulistische Partei<sup>25</sup>). Mit Forderungen wie „freie Fahrt für freie Bürger“, „mehr Schutz des Eigentums durch die Polizei“ und „Schluß mit dem Mißbrauch des Asylrechts“ konnte die Partei bei den Nationalratswahlen 1987 mit 2,6 Prozent der Stimmen zwei Mandate erringen, obwohl sie in nur 10 der 26 Wahlkreise Kandidaten aufstellte. Bei nachfolgenden kantonalen Wahlen konnte die Partei sich erheblich steigern. So erzielte sie in Schaffhausen knapp 10, in Thurgau 7 und in St. Gallen 5,2 Prozent der Stimmen. Für 1988/89 schätzten

<sup>17</sup>) Vgl. Françoise Gaspard, L'Évolution du F.N. à Dreux et dans les environs (1978–1989), in: *Revue politique et parlementaire*, 92 (1990) Januar/Februar, S. 62–69.

<sup>18</sup>) Uwe Backes, Extremismus und Populismus von rechts. Ein Vergleich auf europäischer Ebene, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46–47/90, S. 6.

<sup>19</sup>) Vgl. R. Höhne (Anm. 16), S. 82; s.a. *Enquête sur le Front national*, in: *L'Express* vom 23. Februar 1990.

<sup>20</sup>) U. Backes (Anm. 18), S. 12.

<sup>21</sup>) Vgl. Piero Ignazi, *The Far Right in Italy and Europe*, in: *Italian Journal*, 4 (1990) 5, S. 10.

<sup>22</sup>) Vgl. Ferdinand Kroh, *Der Marsch nach Straßburg*, in: *Die Zeit*, Nr. 28 vom 7. Juli 1989, S. 11.

<sup>23</sup>) Zur Geschichte der Ausländerfeindlichkeit in der Schweiz allgemein vgl. Christopher T. Husbands, *The Dynamics of Racial Exclusion and Expulsion: Racist Politics in Western Europe*, in: *European Journal of Political Research*, 16 (1988) 6, S. 714–716. Zur Vigilance siehe François Saint-Ouen, *Vers une remontée du national-populisme en Suisse? Le cas de vigilants genevois*, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft*, 26 (1986), S. 211–224.

<sup>24</sup>) So zumindest F. Saint-Ouen (Anm. 23), S. 211.

<sup>25</sup>) Vgl. Claude Longchamp, „Linke und Grüne an die Wand nageln und mit dem Flammenwerfer drüber!“ Die Autopartei unter der sozialwissenschaftlichen Lupe, Referat, gehalten auf der Fachtagung Rechtspopulismus in Europa. Erscheinungen, Ursachen und Folgen, Wien, 5. Dezember 1988.

Beobachter die Zahl der Sympathisanten der Partei auf ungefähr 55 000, davon 10 000 mit dauerhafter Parteibindung<sup>26</sup>).

## 7. Lombardei

Der neueste Stern am rechtspopulistischen politischen Himmel ist die norditalienische Lega Lombarda, die zusammen mit kleineren Ligen bei den letztjährigen Kommunal- und Regionalwahlen fast über Nacht zur viertstärksten italienischen Partei avancierte<sup>27</sup>). Gegründet wurde die Lega Anfang der achtziger Jahre von Umberto Bossi, einem Medizinstudenten aus der Provinz Varese, der seit den Parlamentswahlen von 1987 die Belange der Lega im italienischen Senat vertritt<sup>28</sup>). Bis zu den denkwürdigen Wahlen vom Mai 1990 hielten sich die Erfolge der Lega allerdings eher in Grenzen. Zwar erreichten sie bei den Europawahlen mit 1,8

Prozent zwei Sitze in Straßburg, doch damit hoben sie sich kaum vom Heer der italienischen Miniparteien ab. Dies änderte sich jedoch schlagartig bei den Kommunal- und Regionalwahlen vom Mai 1990. Mit ihrer Formel „Weg von Rom“ und dem weit aggressiveren „Verjagen wir die Südstaatler“, zog sie mit 19 Prozent der Stimmen und 15 Abgeordneten noch vor den Kommunisten als zweitstärkste Partei ins lombardische Regionalparlament ein. Zusammen mit der Liga Veneta holten die Ligen knapp 5,5 Prozent der Stimmen und 24 Sitze in den Regionalparlamenten. Damit lieben sie den Konkurrenten auf der Rechten, die Neofaschisten, zumindest nach Prozenten weit hinter sich. Dieser Erfolg scheint erst der Beginn des Aufstiegs der Ligen zu sein. Nach Wahlumfragen Ende letzten Jahres lag die Lega Lombarda bei 38 Prozent in der Lombardei und national bei ca. 10 Prozent<sup>29</sup>).

## II. Das Erscheinungsbild des modernen radikalen Rechtspopulismus

Das Wiedererstarben rechtspopulistischer Parteien und Organisationen in westeuropäischen Demokratien wirft eine Reihe von Fragen auf. Zum ersten stellt sich das Problem, ob die einzelnen Parteien überhaupt vergleichbar, und falls ja, wie sie zu klassifizieren sind. Erst nach einer eindeutigen Klassifizierung ist es möglich, die Gründe ihrer Anziehungskraft auf beträchtliche Wähleranteile in den jeweiligen Ländern zu erforschen.

Obwohl die bisher besprochenen Parteien und Organisationen hinsichtlich ihrer programmatischen und organisatorischen Dichte sowie der Intensität ihres politischen Extremismus keineswegs ein homogenes Erscheinungsbild bieten, erscheint es dennoch legitim, sie unter einem Begriff zusammenzufassen. Generell appellieren sie an die bei vielen Wählern latente Unzufriedenheit mit und ihren wachsenden Unmut gegenüber den etablierten politischen Parteien und Parteibürokratien. In radikal neoliberaler Form fordern sie einen Abbau des ihrer Meinung nach ausufernden Sozialstaats, der staatlichen Interventionen sowie der Steuerlast und propagieren statt dessen Eigeninitiative und individuelles Unternehmertum. In durchaus kon-

servativer Art ergreifen sie Partei für den „Durchschnittsbürger“, der sich zunehmend von wachsender Kriminalität, Drogen und AIDS bedroht fühlt. In radikaler bis extremistischer Weise schließlich nehmen sie weit verbreitete Animositäten gegenüber Gastarbeitern, Einwanderern und Flüchtlingen auf und schlagen daraus politisches Kapital.

Es ist vor allem dieses programmatische Gemisch, das eine eindeutige und unumstrittene Kategorisierung dieser Parteien und Organisationen erschwert. So gab es zum Beispiel während des Aufkommens der Republikaner einen heftigen Streit darüber, ob diese Partei als rechtsextrem oder nur rechtsradikal zu bezeichnen sei<sup>30</sup>). Inzwischen setzt sich für dieses Phänomen jedoch in zunehmendem Maße der Begriff des Populismus durch<sup>31</sup>). Darunter ist „eine um mehrheitliche Zustimmung werbende Machtstrategie“ zu verstehen, „die sich auf

<sup>26</sup>) Vgl. Wolf Lindner/Claude Longchamp, Parteibindungen, Parteiimages und Konflikte bei Verkehrsabstimmungen, UNIVOX-Jahresbericht „Direkte Demokratie“, GfS-Forschungsinstitut Zürich und Forschungszentrum für schweizerische Politik, Bern 1989, S. 4.

<sup>27</sup>) Zur Lega Lombarda vgl. Renzo Di Rienzo, Una lega in bianco, in: L'Espresso vom 10. Juni 1990, S. 16–19; s. a. Karl-Wilhelm Macke, Der Aufstieg der „Ligen“ in Italien, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 37 (1990) 10, S. 688–690.

<sup>28</sup>) Zur Person vgl. Piero Ottone, Il Numero Uno. Il Vero Bossi, in: Epoca, Nr. 2096 vom 12. Dezember 1990, S. 68–76.

<sup>29</sup>) Vgl. Ulrich Hausmann, Regionalismus und Nationalstaat heute, in: Kommune, 8 (1990) 11, S. 17.

<sup>30</sup>) Vgl. Gêrhard Paul (Hrsg.), Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn 1990; Matthias von Hellfeld (Hrsg.), Dem Haß keine Chance. Der neue rechte Fundamentalismus, Köln 1989; Kurt Hirsch/Wolfgang Metz, Die Republikaner – die falschen Patrioten, Schriftenreihe der bayerischen SPD, München 1989. Zur Diskussion im größeren Rahmen vgl. Christopher T. Husband, Contemporary Right-Wing Extremism in Western European Democracies: A Review Article, in: European Journal of Political Research, 9 (1981) 1, S. 75–99; Klaus von Beyme (Hrsg.), Right-Wing Extremism in Western Europe, London 1988.

<sup>31</sup>) Vgl. U. Backes (Anm. 18); s. a. ders., Nationalpopulistische Protestparteien in Europa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 20 (1991) 1, S. 7–17; zu den Fortschrittsparteien siehe Jorgen Goul Andersen/Tor Bjorklund, Structural Changes and new Cleavages: the Progress Parties in Denmark and Norway, in: Acta Sociologica, 33 (1990) 3, S. 195–217; für die FPÖ vgl. F. Plasser/P. A. Ulram (Anm. 4); für die Autopartei vgl. C. Longchamp (Anm. 25).

die Erkenntnis des hypothetischen Volkswillens beruht<sup>32</sup>). Eine Führerpersönlichkeit oder eine Elite erhebt den Anspruch, für die nichtartikulierten Forderungen und Gefühle der Massen zu sprechen. Dabei führt der Glaube, daß der „gesunde Menschenverstand“ der Massen dem Wissen der Herrschenden oder dem von Experten überlegen sei, einerseits zu Forderungen nach direkter Demokratie, andererseits degeneriert er oftmals auch zu bloßem Antiintellektualismus.

Der Populismus erhebt stets auch den Anspruch, Partikular- und Sonderinteressen seien den Gemeinschaftsinteressen und dem Gemeinwohl unterzuordnen. Daraus ergibt sich eine dezidiert antiparlamentaristische Stoßrichtung, denn in der pluralistischen Demokratie steht der Inhalt des Volkswillens nicht a priori fest. Schließlich manifestiert sich im Populismus ein starker Glaube an die Möglichkeit einfacher Lösungen für die komplexen Probleme der modernen Welt, oftmals verbunden mit einer rückwärtsgewandten Sehnsucht nach einer einfacheren, mythologisierten und idealisierten Vergangenheit.

Diese ziemlich widersprüchliche Erscheinungsform des Populismus steht im Einklang mit einem seiner weiteren Grundzüge. So hat der argentinisch-amerikanische Populismusforscher Gino Germani mehrmals auf das Selbstverständnis des Populismus hingewiesen, sich in kein traditionelles Links-Rechts-Schema einordnen zu lassen. Darüber hinaus stellt sich der Populismus als eine klassenübergreifende Bewegung dar, „obwohl

nicht alle klassenübergreifenden Bewegungen populistisch sind<sup>33</sup>). Es sind diese Verquickung radikal-demokratischer und reaktionärer Grundzüge sowie seine plurale soziale Basis, die die Einordnung des Populismus so schwierig machen.

Berücksichtigt man Uwe Backes' Forderung, daß der Begriff des politischen Extremismus auf die Kategorisierung derjenigen politischen Gesinnungen und Organisationen beschränkt sein sollte, die zum einen den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte und Spielregeln ablehnen, zum anderen das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negieren<sup>34</sup>), so handelt es sich bei keiner der behandelten Parteien um rechtsextremistische Organisationen in diesem engeren Sinn. In ihrem Erscheinungsbild, das zu einem großen Teil von charismatischen und vor allem telegenen Führerpersönlichkeiten mit „medialer Ausstrahlungskraft“ geprägt ist<sup>35</sup>) und eher konservativ-restaurative als revolutionäre Züge aufweist, sind sie weit eher Repräsentanten eines wiederauflebenden Rechtspopulismus, der nicht nur auf Westeuropa beschränkt ist<sup>36</sup>). Dabei knüpfen ihre radikalen Vorstellungen vor allem zum wachsenden Flüchtlingsproblem sowie ihre Lösungsvorschläge für dieses Problem durchaus an traditionelle Erscheinungsformen des Populismus z. B. in den Vereinigten Staaten an, die schon immer in der Forderung gipfelten, Ausländer und Immigranten dorthin zurückzuschicken, wo sie hergekommen sind, und den Rest erst gar nicht hereinkommen zu lassen<sup>37</sup>).

### III. Gründe für die rechtspopulistische Renaissance

Wo liegen die Gründe für das massive Auftreten radikal rechtspopulistischer Parteien am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts? Wichtige Gründe sind gewiß zum einen die wachsende Politik- und Par-

teiverdrossenheit, zum anderen die latente bis virulente Ausländerfeindlichkeit in vielen westeuropäischen Ländern. So gaben 1989 mehr als die Hälfte der Wähler Le Pen an, aus Unzufriedenheit mit dem politischen System für die FN gestimmt zu haben. Ähnliches gilt für die Bundesrepublik Deutschland, für Österreich, Italien<sup>38</sup>) und, wenn auch mit Einschränkungen, für Dänemark und Norwegen<sup>39</sup>). Bei den österreichischen Natio-

<sup>32</sup>) Vgl. U. Backes (Anm. 18), S. 13; J. G. Andersen/T. Bjorklund (Anm. 31), S. 200; s. a. Lawrence C. Mayer, *Redefining Comparative Politics*, Newbury Park 1989, S. 244 f.

<sup>33</sup>) Gino Germani, *Authoritarianism, Fascism, and National Populism*, New Brunswick, N. J. 1978, S. 88; ähnlich Seymour M. Lipset, *Political Man* (ergänzte und erweiterte Ausgabe), Baltimore 1981, S. 493 f.

<sup>34</sup>) Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1989, S. 33.

<sup>35</sup>) Vgl. F. Plasser/P. A. Ulram (Anm. 4), S. 161; vor allem P. Aimer (Anm. 12) verweist auf die überwältigende Rolle des Fernsehens beim Erfolg der höchst telegenen Mogens Glistrup und Andreas Lange.

<sup>36</sup>) Beispiele wären der frühere Ku-Klux-Klan-Führer David Duke, der bei Vorwahlen im letzten Jahr in Louisiana immerhin 40 Prozent der Stimmen erhielt und die fundamentalistische indische Hindupartei Bharatiya Janata Party (BJP), die 1989 88 Parlamentssitze gewinnen konnte. Vgl. Harald Schmautz, *Der Sog des Fundamentalismus*, in: *Kommune*, 8 (1990) 9, S. 26–29.

<sup>37</sup>) Vgl. S. M. Lipset (Anm. 33), S. 169.

<sup>38</sup>) Vgl. Hans-Joachim Veen, „Programm“ und „Wähler“ der Republikaner – Etablierung noch offen, in: *Eichholzbuch*, (1989) 4, S. 62 f.; Richard Stöss, *Parteikritik und Parteiverdrossenheit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 21/90, S. 15–24; Fritz Plasser/Peter A. Ulram, *Politische Kultur in Österreich*, in: *Österreichische Monatshefte*, 46 (1990) 1, S. 22; Giorgio Bocca, *Attenti, Milano non è uno scherzo*, in: *La Repubblica* vom 8. Mai 1990, S. 4.

<sup>39</sup>) Vgl. J. G. Andersen/T. Bjorklund (Anm. 31), S. 202 f.; Arthur H. Miller/Ola Listerhaug, *Political Parties and Confidence in Government: A Comparison of Norway, Sweden and the United States*, in: *British Journal of Political Science*, 20 (1990) 3, S. 357–386; Henry Valen, *The Storting Election of 1989: Polarization and Protest*, in: *Scandinavian Political Studies*, 13 (1990) 3, S. 289.



nalaratswahlen 1986 begründeten rund 90 Prozent der Wechsler von SPÖ und ÖVP ihre Entscheidung, FPÖ zu wählen, „mit der Absicht, den beiden Großparteien einen Denkartel zu geben bzw. der subjektiven Vermutung, daß die FPÖ in der gegenwärtigen Situation noch das kleinere Übel sei“<sup>40</sup>). Das Ergebnis der Wahl im letzten Jahr zeigte, daß sich inzwischen diese Meinung nur noch verstärkt hat.

## 1. Ausländerfeindlichkeit

Gewichtiger noch als Politik- und Parteienverdrossenheit als Grund für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien ist die wachsende Ausländerfeindlichkeit weiter Teile der westeuropäischen Bevölkerung. Nach einer Studie der Europäischen Gemeinschaft fühlten sich 1989 zwischen 11 und 14 Prozent der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten durch die Präsenz von Menschen anderer Nationalität, Rasse oder Religion beunruhigt, wobei Belgier, Deutsche, Griechen, Franzosen und Dänen besonders niedrige Toleranzschwellen aufweisen<sup>41</sup>). 5 Prozent der EG-Bevölkerung – 23 Prozent der Dänen, 9 Prozent der Niederländer, 8 Prozent der Deutschen, aber nur 3 Prozent der Franzosen – betrachteten Immigranten als das wichtigste Problem in ihrem Land<sup>42</sup>). Dies kann vor allem als eine Reaktion auf die anwachsende Flut von Asylbewerbern gedeutet werden, die Ende der achtziger Jahre zunehmend in den wohlhabenden Ländern Westeuropas Schutz suchten. So stieg zwischen 1983 und 1988 die Zahl der Asylbewerber in Frankreich jährlich um 9 Prozent, in der Schweiz um 16 Prozent, in Österreich um 22 Prozent, in Deutschland um 40 Prozent, in Dänemark um 43 Prozent, und in Norwegen gar um 113 Prozent<sup>43</sup>).

Eine Reihe von Studien weist auf den Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und Unterstützung radikal rechtspopulistischer Parteien hin. So erklärten bei den französischen Präsidentschaftswahlen 1988 fast 60 Prozent der Wähler der FN, das Ausländerproblem sei ausschlaggebend gewesen für ihre Wahlentscheidung<sup>44</sup>). Ähnlich scheint 1989 auch bei den Anhängern der Republikaner und 1990 bei den Wählern der FPÖ die

Asylanten-, und im deutschen Fall die Aussiedlerfrage, eine wichtige Rolle bei ihrer Wahlentscheidung gespielt zu haben<sup>45</sup>).

Der Zusammenhang von Ausländerfeindlichkeit und Wahl einer radikal rechtspopulistischen Partei läßt sich besonders eindrucksvoll am Beispiel der norwegischen Fortschrittspartei aufzeigen. Ihre Erfolge bei den Kommunalwahlen 1987 waren zum großen Teil eine Reaktion auf die Tatsache, daß sich im Zeitraum von 1986 bis 1987 die Zahl der Asylbewerber um fast 6000 Personen (von 2700 auf 8600 Personen pro Jahr) erhöhte<sup>46</sup>). Die Partei nutzte geschickt die wachsende Feindseligkeit insbesondere gegenüber islamischen und farbigen Flüchtlingen aus, wobei Carl Hagen nicht davor zurückschreckte, das Gespenst der Islamisierung Norwegens an die Wand zu malen<sup>47</sup>). Das Resultat war eine Verdreifachung der Stimmen gegenüber den Parlamentswahlen von 1985. Dieser Trend setzte sich bei den Parlamentswahlen 1989 fort. Die Fortschrittspartei erzielte höhere Gewinne in Gemeinden mit einer großen Anzahl von Asylanten und Immigranten als in solchen mit nur wenigen Ausländern<sup>48</sup>). Auch in Dänemark gelang es der Fortschrittspartei, xenophobische Tendenzen in Wahlerfolge umzumünzen. Umfragen ergaben, daß 1988, dem Jahr des spektakulären Wiedererstarkens der Partei, nur fünf Prozent ihrer Anhänger eine positive Haltung gegenüber islamischen Immigranten und Asylanten hatten; die überwältigende Mehrheit ihrer Anhänger sah generell in allen Immigranten eine große Bedrohung der nationalen Identität Dänemarks<sup>49</sup>).

Obwohl diese Beispiele eine starke Wechselbeziehung zwischen Ausländeranteil und der Existenz radikal rechtspopulistischer Parteien aufzeigen, sollten sie nicht zu voreiligen, d. h. monokausalen Schlüssen führen. Denn der Zusammenhang zwischen den beiden Phänomenen ist keineswegs so eindeutig, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. So hat Nonna Mayer am Beispiel von Paris dargestellt, daß dieser Zusammenhang höchstens indirekt besteht, und Pascal Perrineau hat aufgezeigt, daß er verschwindet, sobald man nicht die Departementsebene, sondern die kantonale oder

<sup>40</sup>) Fritz Plasser, Die Nationalratswahl 1986: Analyse und politische Konsequenzen, in: Österreichische Monatshefte, 42 (1986) 8, S. 24f.

<sup>41</sup>) Vgl. Commission of the European Community, Racism and Xenophobia, Eurobarometer Special, Brüssel 1989, S. 60.

<sup>42</sup>) Vgl. ebd., S. 6.

<sup>43</sup>) Vgl. OECD, SOPEMI 1989, Paris 1990, S. 3.

<sup>44</sup>) Vgl. L'Express vom 6. Mai 1988, S. 14; s. a. Martin Schain, Immigration and Changes in the French Party System, in: European Journal of Political Research, 16 (1988), S. 597–621.

<sup>45</sup>) Vgl. Dieter Roth, Sind die Republikaner die fünfte Partei?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/89, S. 16; H.-G. Betz (Anm. 8), S. 54; F. Plasser/P. A. Ullram (Anm. 38), S. 12; Rone Tempest, What, Vienna Becoming Chicago? Crime, Foreigners Are Voter Issues, in: Los Angeles Times vom 4. Oktober 1990, S. A14.

<sup>46</sup>) Vgl. OECD, SOPEMI (Anm. 43), S. 3.

<sup>47</sup>) Vgl. Tor Bjorklund, The 1987 Norwegian Local Election: A Protest Election with a Swing to the Right, in: Scandinavian Political Studies, 11 (1988) 3, S. 216f.

<sup>48</sup>) Bernt Valen, The Norwegian Parliamentary Election of 1989, in: Electoral Studies, 9 (1990) 2, S. 155.

<sup>49</sup>) Vgl. M. P. Smith Jespersen (Anm. 15), S. 192–193; J. G. Andersen/T. Bjorklund (Anm. 31), S. 211.

Gemeindeebene analysiert<sup>50</sup>). Ebensovienig ergab sich in Berlin ein klarer Zusammenhang zwischen den Wahlerfolgen der Republikaner und einem hohen Ausländeranteil<sup>51</sup>). Zudem kompliziert sich das Bild noch dadurch, daß sowohl die Feindseligkeit der Republikaner als auch die der italienischen Ligen nicht nur generell gegen Ausländer gerichtet ist, sondern auch gegen Landsleute, sei es im Fall der Republikaner deutschstämmige Auswanderer aus Osteuropa und der Sowjetunion oder im Fall der Ligen Südtaliener<sup>52</sup>).

Das interessanteste Gegenbeispiel bietet Schweden. In den achtziger Jahren beherbergte Schweden den im Vergleich zur Gesamtbevölkerung bei weitem größten Prozentsatz an Flüchtlingen aller westeuropäischen Staaten. Außerdem kam es dort während der achtziger Jahre zu einem rapiden Vertrauensverlust gegenüber den Parteien und der Regierung, so daß Schwedens politisches Klima kaum besser ist als das seiner skandinavischen Nachbarn<sup>53</sup>). Doch trotz dieser für eine radikal rechtspopulistische Partei günstigen Ausgangslage war Schweden zumindest während der achtziger Jahre relativ immun gegen rechtspopulistische Versuchungen<sup>54</sup>).

## 2. Opfer des Modernisierungsschubs?

Der Aufstieg des organisierten, radikalen Rechtspopulismus läßt sich so weder mit wachsender Politikverdrossenheit noch durch steigende Ausländerfeindlichkeit erschöpfend erklären. Er ist vor allem auch Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels der sozialen, kulturellen und politischen Landschaft in den hochentwickelten Ländern Westeuropas, der während der vergangenen beiden Jahrzehnte unterschiedlich mit den Formeln der postindustriellen Gesellschaft, der postmodernen Wende, der Risikogesellschaft und dem Ende der Massenproduktion und der Arbeitsteilung in Worte gefaßt worden ist<sup>55</sup>). Hinter diesen Begrif-

fen steht die Überzeugung, daß der Modernisierungs- und Technisierungsschub der letzten Jahre vor allem im Kommunikationsbereich revolutionäre Veränderungen im sozialen Gefüge der westlichen, kapitalistischen Demokratien zur Folge hatte und immer noch hat, mit drastischen Auswirkungen auch auf das politische System.

Dabei liegt das Hauptaugenmerk des Interesses auf zwei Tendenzen: Zum einen auf der zunehmenden Dualisierung des Arbeitsmarkts in einen primären, zukunftsorientierten Sektor mit sicheren, gutbezahlten und relativ konjunkturunabhängigen Arbeitsplätzen und einen peripheren, absterbenden Bereich mit ständig bedrohten Arbeitsplätzen oder Teilzeitplätzen, eine Entwicklung, die um so mehr voranschreitet, „je länger die Periode der Massenarbeitslosigkeit anhält und die Dauerarbeitslosigkeit zunimmt“<sup>56</sup>). Eingang in die öffentliche Diskussion hat dieser Prozeß vor allem mit den Schlagworten von der Zweidrittelgesellschaft und den Modernisierungsverlierern gefunden<sup>57</sup>).

Zum zweiten liegt das Augenmerk auf den mit dem Modernisierungsprozeß einhergehenden Individualisierungstendenzen. Vorangetrieben werden diese Tendenzen vor allem in den hochentwickelten westlichen Demokratien durch hohen materiellen Lebensstandard und das engmaschige Netz sozialer Sicherheit. Dazu kommt die Bildungsrevolution der siebziger und achtziger Jahre sowie der steigende Bedarf an hochwertigen Arbeitskräften im Zuge der Ausbreitung neuer Technologien. Dadurch werden „die Menschen in einem historischen Kontinuitätsbruch aus traditionellen Klassenbindungen und Versorgungsbezügen der Familie herausgelöst und verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles (Arbeitsmarkt-) Schicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen“<sup>58</sup>). Es ergibt sich dabei eine paradoxe Situation; einerseits eröffnet sich dem „postmodernen Individuum“ eine weitreichende Palette von Handlungsmöglichkeiten, die ihm durch die „freie Setz-

<sup>50</sup>) Vgl. Nonna Mayer, De Passy à Barbès: Deux visages du vote Le Pen à Paris, in: *Revue française de science politique*, 37 (1987) 6, S. 891–905; Pascal Perrineau, *Front national: l'écho politique de l'anomie urbaine*, in: *Esprit*, (1988) 3–4, S. 29f.; für eine Zusammenfassung dieser Ergebnisse siehe R. Höhne (Anm. 16), S. 86f.

<sup>51</sup>) Vgl. Gerhard Paul, Die „Republikaner“: Profile einer neuen Partei, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 40 (1989) 9, S. 545.

<sup>52</sup>) Vgl. Karen Wolman, Right-Wing Party Gains Support in Northern Italy, in: *The Christian Science Monitor* vom 27. Juni 1990, S. 6.

<sup>53</sup>) Vgl. A. H. Miller/O. Listhaug (Anm. 39).

<sup>54</sup>) Die Ausnahme ist 1988 das Referendum in der Kleinstadt Sjöbo, in der sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Aufnahme von 15 Asylsuchenden aussprach.

<sup>55</sup>) Vgl. Daniel Bell, *The Coming of Post-Industrial Society*, New York 1976; Ihab Hassan, *The Postmodern Turn*, Columbus, Ohio 1987; Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt 1986; Michael Piore/Charles Sabel, *Das Ende der Massenproduktion*, Ber-

lin 1985; Horst Kern/Michael Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion*, München 1984.

<sup>56</sup>) Ursula Feist/Klaus Liepelt, Was die Dynamik des Arbeitsmarktes für das Wählerverhalten bedeutet, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1990, S. 92; s. a. Horst Kern/Michael Schumann, *New Concepts of Production in West German Plants*, in: Peter Katzenstein (Hrsg.), *Industry and Politics in West Germany*, Ithaca-London 1989.

<sup>57</sup>) Vgl. Peter Glotz, *Die Arbeit der Zuspitzung*, Berlin 1984; Ehrenfried Natter/Alois Riedlsperger (Hrsg.), *Zweidrittelgesellschaft. Spalten, splittren – oder solidarisieren?*, Wien-Zürich 1988; Stefan Hradil, *Epochaler Umbruch oder ganz normaler Wandel? Wie weit reichen die neueren Veränderungen der Sozialstruktur in der Bundesrepublik?*, in: *Umrüche in der Industriegesellschaft. Herausforderungen für die politische Bildung*, Bonn 1990.

<sup>58</sup>) Ulrich Beck, *Jenseits von Stand und Klasse*, in: *Merkur*, 38 (1984) 5, S. 486.

barkeit im Existenzdesign“ und den genußvollen „Einsatz von Mitteln der Lebensgestaltung“ ein „nicht unrealistisches Gefühl von Individuierung und Individualität“ verleihen, andererseits ist diese Palette der Handlungsmöglichkeiten „mit dem Verlust lebensweltlicher Sicherheit und Stabilität“ erkauf<sup>59)</sup>.

Eine Reihe von Beobachtern haben aus dieser Analyse des „postmodernen Zustands“ (Lyotard) gefolgert, Arbeitsmarktdualisierung und Individualisierungstendenzen hätten in einer Reihe von Ländern bei einem Teil der Bevölkerung zu steigender Verunsicherung, zu Bedrohungsängsten und Ohnmachtsgefühlen geführt. „Immer mehr Menschen fühlen sich vom raschen Wandel überfordert und bedroht, in der modernen Welt zunehmend heimatlos und verloren. Noch nie war die Spannung zwischen Tradition und Fortschritt, zwischen Modernisierungsdruck und Festhalten am Besitzstand, zwischen alten und neuen Wertmaßstäben so groß.“<sup>60)</sup> Besonders bei den Modernisierungs- und Rationalisierungsverlierern – den Langzeitarbeitslosen, den Inhabern von „Restarbeitsplätzen“, den Arbeitern in krisenbestimmten Branchen und Jugendlichen ohne Schulabschluß oder mit abgebrochener Berufsausbildung – seien diese Ängste und Frustrationen besonders ausgeprägt.

Dies sei das Milieu, in dem der radikale Rechtspopulismus seine stärkste Resonanz findet. So schreibt der französische Journalist Emmanuel Todd: „Es ist die Beschleunigung des technologischen und wirtschaftlichen Fortschritts, die die Wahlentscheidung für die extreme Rechte prägnanter erscheinen läßt. Die jungen Leute, die die Nationale Front unterstützen, werden zweifellos eine Arbeit finden, jedoch eine manuelle und untergeordnete, während andere junge Leute mit Abitur eine neue Gelegenheit haben, zur Mittelklasse aufzusteigen. Der Aufstieg der Nationalen Front ist so die Folge tiefgreifender, außerordentlicher und zum großen Teil unkontrollierbarer sozialer und kultureller Veränderungen.“<sup>61)</sup> Für einen belgischen Beobachter zeigte der Erfolg des Vlaams Bloks bei den Wahlen 1987 einen Aspekt der Mittelklassengesellschaft auf, der oft über-

sehen wird: „Die Vergessenen und Ausgeschlossenen des flämischen Wirtschaftswunders sind zu allen Abenteuern bereit.“<sup>62)</sup>

Ähnlich erklärten deutsche Beobachter das Aufkommen der Republikaner: „Atomisierung und Krisenängste, Auflösung sozialer Milieus und Entfremdung vom politischen System, Deutungsverlust der etablierten Parteien an ihren Rändern und ideologische Vakuen dürften die Stichworte sein, von denen aus sich der überraschende Erfolg der ‚Republikaner‘ deuten läßt.“<sup>63)</sup>

### 3. Radikal rechtspopulistische Parteien und Marginalisierungstendenzen: empirische Befunde

Von der Analyse her ist diese Erklärung keineswegs neu. So wurde bereits im Zusammenhang mit den Erfolgen der NSDAP von Modernisierungsverlierern gesprochen. Obwohl es gewiß zu kurz gefaßt wäre, die Wahlerfolge der Nazis auf diese Gruppe zurückzuführen, waren es doch vor allem diejenigen sozialen Gruppen mit den größten Vorbehalten gegenüber der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft, die sich zum größten Teil für die Erfolge der Nazis verantwortlich zeigten<sup>64)</sup>. In ähnlicher Weise argumentiert Gino Germani, die soziale Basis des Faschismus lasse sich mit Hilfe eines Modells des sozialen Wandels im Kapitalismus erklären. Dabei unterscheidet Germani drei soziale Gruppierungen, die unterschiedlich vom kapitalistischen Modernisierungsprozeß betroffen sind: niedergehende, gesellschaftsbestimmende und aufsteigende Gruppierungen. Germani erklärt den Aufstieg des Faschismus als ein Ergebnis einer „Statuspanik“ der alten Mittelschicht in der Übergangsphase vom Frühkapitalismus zum modernen kapitalistischen Industriestaat. In ihrem Status von oben bedroht durch die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht, von unten durch die sozialen Fortschritte der organisierten Arbeiterschaft, verfällt die alte Mittelschicht der Selbständigen, Landwirte und kleinen Handwerker der Verführung des Faschismus, während die gesellschaftsbestimmende Arbeiterschaft sowie die aufsteigende neue Mittelschicht (Angestellte und Beamte), der Kern des zukünftigen modernen Wohlfahrtsstaats, sich gegen sie größtenteils immun zeigten<sup>65)</sup>.

<sup>59)</sup> Hansfried Kellner/Frank Heuberger, Zur Rationalität der „Postmoderne“ und ihrer Träger, in: Hans-Georg Soeffner (Hrsg.), Kultur und Alltag, Göttingen 1988, S. 335; vgl. Klaus Eder, The Cognitive Representations of Social Inequality: A Sociological Account of the Cultural Basis of Modern Class Society, in: Hans Haferkamp (Hrsg.), Social Structure and Culture, Berlin-New York 1989.

<sup>60)</sup> Alois Glück, Die gesunde Skepsis des Konservativen gegenüber dem Neuen ist überlebenswichtig, in: Münchner Merkur vom 10. November 1989, S. 5.

<sup>61)</sup> Emmanuel Todd, La France mutante, in: Le Point vom 30. April 1988, S. 43; ähnlich auch Jean-Marie Vincent, Pourquoi l'extrême-droite?, in: Les Temps Modernes, 41 (1985) 4, S. 1773–1779.

<sup>62)</sup> Serge Loumaye, La Belgique: Modèle bloqué ou en mutation?, in: Revue Nouvelle, 44 (1988) 10, S. 30.

<sup>63)</sup> G. Paul (Anm. 51), S. 548.

<sup>64)</sup> Vgl. Thomas Childers, The Social Bases of the National Socialist Vote, in: Journal of Contemporary History, 11 (1976), S. 29.

<sup>65)</sup> Vgl. G. Germani (Anm. 33), S. 53–64; s. a. Thomas Childers, National Socialism and the New Middle Class, in: Reinhard Mann (Hrsg.), Die Nationalsozialisten: Analysen faschistischer Bewegungen, Stuttgart 1980.

Verlängert man dieses Interpretationsmuster in die Gegenwart, so bietet es eine plausible Erklärung des Aufkommens radikal rechtspopulistischer Parteien. Nach diesem Modell sollten vor allem jene sozialen Gruppierungen auf den radikalen Rechtspopulismus ansprechen, die im Übergang von der modernen Industrie- zur postmodernen Informationsgesellschaft am stärksten, sowohl wirtschaftlich und sozial als auch kulturell, vom Niedergang bedroht sind: Arbeiter, junge Leute mit niedrigen Bildungsabschlüssen und/oder ohne Berufsausbildung sowie Arbeitslose. Auf der anderen Seite sollten diejenigen Gruppen am wenigsten anfällig für diese Parteien sein, die zur gesellschaftsbestimmenden Schicht des modernen Wohlfahrtsstaats zählen sowie diejenigen, die zu den Kernbelegschaften der zukünftigen postmodernen Informationsgesellschaft gehören: auf der einen Seite die neue Mittelschicht aus Angestellten und Beamten, auf der anderen die hochqualifizierte Gruppe der postmodernen Experten und Spezialisten in den Bereichen Forschung/Entwicklung, Consulting, Marketing und Werbung<sup>66</sup>).

So verführerisch die These von den Modernisierungsverlierern zur Erklärung der Wahlerfolge radikal rechtspopulistischer Parteien ist, so schwierig ist es, sie empirisch zu belegen. Wo sie empirische Unterstützung findet, sind die Tendenzen keineswegs einheitlich und können durchaus verschiedenartig interpretiert werden. Generell lassen sich aber in den meisten Fällen Tendenzen einer Konzentration der Sympathisanten und Wähler radikal rechtspopulistischer Parteien in denjenigen Kategorien nachweisen, die nach dieser These am meisten vom Modernisierungsschub bedroht erscheinen. Dies sind vor allem Arbeiter und Gruppen mit niedriger formaler Bildung. So stieg der Anteil der Arbeiter an der Wählerschaft der Nationalen Front zwischen 1984 und 1986 von 18 auf 37 Prozent und übertraf damit alle anderen Berufsgruppen<sup>67</sup>). Damit veränderte sich auch das Bild der Partei gegenüber 1984 radikal<sup>68</sup>). Während die Nationale Front 1984 die höchsten Erfolge in bürgerlichen Wohnvierteln erzielte, deren Bewohner damit ihren Protest gegen die sozialistische Regierung ausdrückten, erzielte sie 1986 ihre besten Ergebnisse in Arbeitervierteln – ein Ausdruck des Vertrauensverlusts benachteiligter Wähler, die be-

sonders von der wirtschaftlichen Krise und Arbeitslosigkeit betroffen waren, gegenüber der politischen Linken. Dieser hohe Anteil von Arbeitern in der Wählerschaft blieb auch 1988, trotz kurzfristiger Veränderungen bei den Präsidentschaftswahlen, erhalten.

Grundsätzlich spiegelt sich die strukturelle Lage der Hochburgen der Nationalen Front im sozialen Profil ihrer Wählerschaft wider: industrielle Ballungsgebiete im Norden, aber auch die wirtschaftlich dynamischsten Gebiete im Osten und Süden, „in denen sich die strukturellen Krisenerscheinungen und Wandlungsprozesse der Industriegesellschaft besonders deutlich abzeichnen, zugleich aber auf eine in hohem Maße atomisierte städtische Gesellschaft treffen“<sup>69</sup>). Relativ immun sind nur diejenigen Gebiete, in denen die Eliten der postmodernen neuen Mittelschicht zu Hause sind<sup>70</sup>).

Ähnliche Tendenzen lassen sich auch bei den Anhängern der FPÖ, der Republikaner und der Fortschrittsparteien feststellen. So erhöhte sich der Anteil der Arbeiter unter den FPÖ-Wählern von 22 Prozent im Jahre 1986 auf 29 Prozent 1990. Zur gleichen Zeit erhöhte sich der Anteil der Gruppe mit der niedrigsten Schulbildung von 18 auf 27 Prozent. Dabei liegt ein Schwerpunkt der FPÖ-Wähler, ähnlich wie bei den Anhängern der Republikaner, bei den Facharbeitern. Wählten 1986 nur 11 Prozent dieser Berufsgruppe die FPÖ, so taten dies 1990 bereits 25 Prozent der österreichischen Facharbeiter, während der Prozentsatz der un- und angelernten Arbeiter wesentlich leichter von 8 auf 12 Prozent anstieg<sup>71</sup>). Dabei ist es jedoch noch keineswegs klar, inwieweit diese Tendenzen ein Ergebnis des Strukturwandels der österreichischen Wirtschaft in den achtziger Jahren sind.

Im Gegensatz dazu zeigen in der Bundesrepublik Umfrageergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen einen eindeutigen Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und Unterstützung der Republikaner auf<sup>72</sup>). Allgemein erwiesen sich 1989 Wähler mit niedrigerem formalen Bildungsstatus anfälliger als solche mit höherem Bildungsstand. Dies galt vor allem für die Gruppe der unter dreißigjährigen Männer, deren Prozentsatz im zweiten Halbjahr 1989 trotz allgemein rückläufiger Unterstützung für die Republikaner noch anstieg. Wie in Österreich, so sprachen sich auch in der Bundesrepublik Deutschland Facharbeiter und in

<sup>66</sup>) Vgl. Mike Featherstone, *Towards a Sociology of Postmodern Culture*, in H. Haferkamp (Anm. 59); s. a. Hans-Georg Betz, *Postmodern Culture and the New Middle Class: Chaos in Future Land?*, in: *Theory, Culture & Society* (i. E. 1992); einen Überblick über die Zukunft der Arbeitslandschaft in der Bundesrepublik bietet Wolfgang Klauter, *Längerfristige Arbeitsmarktperspektiven*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3/90, S. 21–36.

<sup>67</sup>) Vgl. Gerard Grunberg, *Recent Developments in French Electoral Sociology*, in: *Electoral Studies*, 7 (1988) 1, S. 5.

<sup>68</sup>) Vgl. Nonna Mayer, *Le vote FN de Passy à Barbès (1984–1988)* in: N. Mayer/P. Perrineau (Anm. 16).

<sup>69</sup>) U. Backes (Anm. 18), S. 6–7f.; s. a. E. Todd (Anm. 61), S. 43.

<sup>70</sup>) Vgl. N. Mayer (Anm. 68), S. 260.

<sup>71</sup>) Vgl. F. Plasser (Anm. 40); F. Plasser/P. A. Ullram (Anm. 3); F. Plasser/F. Sommer/P. Ullram, *Analyse der Nationalratswahl 1990*, unv. Manuskript vom 8. Oktober 1990.

<sup>72</sup>) Vgl. vor allem D. Roth (Anm. 7), S. 34f.

etwas geringerem Maße auch un- und angelernte Arbeiter eher als die Angehörigen anderer Berufsgruppen für die Republikaner aus. Das Ergebnis der Bundestagswahl 1990 bestätigte diese Beobachtungen: Erreichten die Republikaner im Wahlgebiet West 2,3 Prozent der Stimmen, so waren es 3,9 Prozent bei den unter 24jährigen Männern und 3,6 Prozent bei den Arbeitern. Im Wahlgebiet Ost, wo die Republikaner nicht mehr als 1,3 Prozent erreichten, erzielten sie bei den männlichen Jungwählern sogar 5,9 Prozent<sup>73</sup>).

Am deutlichsten läßt sich der Konzentrationsprozeß der sozialen Basis radikal rechtspopulistischer Parteien am Beispiel der beiden Fortschrittsparteien darstellen. Zwar konnten diese Parteien seit ihrer Gründung auf eine beträchtliche Unterstützung durch Arbeiter zählen; doch erst seit Anfang der achtziger Jahre sind Arbeiter unter ihren Wählern überproportional vertreten. So erreichte der Anteil der Arbeiter unter den Anhängern der dänischen Partei Ende der achtziger Jahre die 50-Prozent-Marke, der Arbeiteranteil ihrer norwegischen Schwesterpartei bei den Wahlen zum Storting 39 Prozent<sup>74</sup>). Darüber hinaus konnte die norwegische Partei zwischen 1980 und 1988 vor allem bei den unter 24jährigen einen kräftigen Zuwachs verbuchen, so daß sie 1988 zur weitaus populärsten politischen Alternative für die Jugend avancierte. Bei den Wahlen 1989 fand sie besonders große Unterstützung bei arbeitslosen Jugendlichen<sup>75</sup>).

Ähnlich bilden benachteiligte Jugendliche eine Kerngruppe der Anhängerschaft der dänischen Fortschrittspartei. War die Partei 1973 noch in allen Bildungsgruppen gleichmäßig vertreten, kündigte Ende der siebziger Jahre die große Mehrheit ihrer höhergebildeten Anhänger der Partei die Unterstützung auf, so daß sich ihre Anhängerschaft in

der Gruppe mit mittlerer und vor allem niedriger formaler Bildung konzentriert<sup>76</sup>).

Während die These von den Modernisierungsverlierern eine gewisse Unterstützung in der sozialstrukturellen Basis der größeren radikal rechtspopulistischen Parteien findet, bestätigt sie sich bei den kleineren Parteien nicht<sup>77</sup>). Dies mag zum großen Teil an der relativ geringen Zahl der Anhänger liegen, die keine detaillierte Beobachtungen zuläßt. Jedoch zeigen vor allem die Anhänger der Lega Lombarda ein Erscheinungsbild, das von dem der anderen radikal rechtspopulistischen Parteien stark abweicht. Nach einer ersten Studie der Katholischen Universität Mailand waren 1989 die Anhänger der Lega Lombarda in der Mehrzahl nicht älter als 40, männlich, ledig, mit zumindest mittlerem Schulabschluß, Studenten, Angestellte oder freiberuflich tätig und gehörten zu den 'finanziell Bessergestellten'<sup>78</sup>). Die Lega Lombarda war somit eher ein 'Ausdruck einer Welt der 'Aufsteiger' als der 'Marginalisierten'; der Provinzialismus, der sich in diesem Phänomen ausdrückt, scheint so nicht qualifizierbar zu sein... als ein 'Überleben' 'nostalgischer' Gruppen, sondern als ein 'revival' 'gesellschaftsbestimmender' Gruppen'<sup>79</sup>). In ihren soziodemographischen Merkmalen gleichen sie so eher den Wählern der deutschen GRÜNEN als denen der Republikaner.

#### 4. Radikal rechtspopulistische Programmatik: defensiver Wohlfahrtsstaat-Chauvinismus

Trotz dieser ziemlich drastischen Abweichung der Anhänger der Lega Lombarda von denen der größeren radikal rechtspopulistischen Parteien weisen sie jedoch einige Gemeinsamkeiten mit ihnen auf. Diese Gemeinsamkeiten sind besonders im Wert- und Meinungsbild der Anhänger zu suchen. Alle radikal rechtspopulistischen Parteien vertreten einen mehr oder weniger dezidierten Neoliberalismus, der sich zum einen in der Kritik des Wohlfahrtsstaats und staatlicher Interventionen ausdrückt, zum anderen ein Loblied auf die Kräfte des freien Marktes singt. Jedoch hat dieser Neoliberalismus wenig mit dem radikalen Wirtschaftsliberalismus gemein, der während der achtziger Jahre kurzzeitig vor allem in Großbritannien und den USA dominierte. Vielmehr ist es ein populistischer Neoliberalismus, der zum einen an die Leistungsbereitschaft von Arbeitern und Mittelständlern appelliert, zum anderen die bei Parteianhängern weit

<sup>73</sup>) Vgl. Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 61/1990, S. 29–38. In Bayern erreichten die Republikaner bei einem Wahlergebnis von 5,1 Prozent in der Gruppe der 18- bis 24jährigen 7,7 Prozent der Stimmen. Vgl. Wahl zum 12. Deutschen Bundestag in Bayern am 2. Dezember 1990, Statistische Berichte des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, BVII 1–5/90, München 1990, S. 6.

<sup>74</sup>) Vgl. J. G. Andersen/T. Bjorklund (Anm. 31), S. 207–209; Henry Valen/Bernt Aardal/Gunnar Vogt, Endring og Kontinuitet. Stortingvalget 1989, Oslo 1990, S. 108. Zur Entwicklung der sozialen Basis der Fortschrittsparteien siehe auch Erik Jorgen Hansen, The Progress Party in Denmark is a Class Party – But Which Class?, in: Acta Sociologica, 25 (1982) 2, S. 167–176; Jorgen Goul Andersen, Electoral Trends in Denmark in the 1980's, in: Scandinavian Political Studies, 9 (1986) 2, S. 157–174; William M. Lafferty, The Political Transformation of a Social Democratic State: As the World Moves in, Norway Moves Right, in: West European Politics, 13 (1990) 1, S. 79–100.

<sup>75</sup>) Vgl. W. M. Lafferty (Anm. 74), S. 96; J. G. Andersen/T. Bjorklund (Anm. 31), S. 204.

<sup>76</sup>) Vgl. Jorgen Goul Andersen, Denmark, The Progress Party: Populist Neoliberalism, unv. Manuskript, Institute of Political Science, University of Aarhus, 1990.

<sup>77</sup>) Erste Erkenntnisse zur sozialen Zusammensetzung der Anhänger der Autopartei finden sich bei C. Longchamp (Anm. 25), S. 24–26.

<sup>78</sup>) Vgl. Localismo politico: il caso Lega Lombarda, Comitato Regionale Democrazia Cristiana, Varese 1989, S. 10–17.

<sup>79</sup>) Ebd., S. 10.

verbreiteten Ressentiments gegenüber den Gewerkschaften, den Parteien und deren korporatistischen Strategie der Verteidigung von Errungenschaften organisierter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Interessen reflektiert.

Damit stellen sich die radikal rechtspopulistischen Parteien als die Vertreter des kleinen Mannes dar, den Ausgrenzungsstrategien und Privilegienwirtschaft daran hindern, sein Können und seine Leistungsbereitschaft unter Beweis zu stellen und somit in die höheren Drittel der Zweidrittelgesellschaft aufzusteigen. Dieses Vertrauen auf die eigene Leistung erklärt auch, warum sich die Wähler der Republikaner eher optimistischer als die Mehrheit der Bevölkerung hinsichtlich ihrer zukünftigen wirtschaftlichen Lage zeigten, obwohl sie sich „in einer signifikant schlechteren wirtschaftlichen La-

ge als die anderen“ sahen<sup>80</sup>). Es erklärt auch die sonderbar gesplante Einstellung zum modernen Sozialstaat. So propagieren die skandinavischen Fortschrittsparteien ein Zurückrollen des Sozialstaats, stellen aber die Pflicht des Staates heraus, grundlegende Sozialleistungen zu garantieren und plädieren zum Teil für Erhöhungen bei der Altersvorsorge und im Gesundheitswesen. Wie die Republikaner und die Front National wenden sie sich jedoch gegen eine Ausnutzung des Sozialstaats durch diejenigen, die „nicht arbeiten wollen“, und gegen die finanziellen Belastungen, die durch „Immigranten, Asylanten und ähnliche Außenseitergruppen verursacht werden“<sup>81</sup>). Ihre Ausländerfeindlichkeit ist nur ein, wenn auch der wohl wichtigste, Punkt eines umfassenderen Programms, der sich mit dem Begriff des defensiven „Wohlfahrtsstaat-Chauvinismus“ umschreiben läßt<sup>82</sup>).

#### IV. Materialistischer Protest jenseits von rechts und links

Der Aufstieg des organisierten, radikalen Rechtspopulismus in Westeuropa läßt sich nicht auf ein monokausales Erklärungsmuster verkürzen. Sowohl anwachsende Ausländerfeindlichkeit als auch der Vertrauensverlust gegenüber den etablierten Parteien schlagen erst in Verbindung mit den dramatischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen des letzten Jahrzehnts in Wahlerfolgen radikal rechtspopulistischer Parteien nieder. Im Hinblick auf die Evolution der sozialen Basis dieser Parteien und ihre Konzentration in vom Abstieg bedrohten gesellschaftlichen Gruppen läßt sich die Marginalisierungsthese nicht von der Hand weisen. Es ist kein Zufall, daß zumindest in der Bundesrepublik, in Belgien und in Italien die Zentren des radikalen Rechtspopulismus in den wohlhabendsten Regionen mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen zu finden sind, dort, wo der Unterschied zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern um so augenfälliger ist.

Hinsichtlich seiner Entstehungsbedingungen, seiner sozialen Basis und nicht zuletzt seines Wertesystems stellt der radikale Rechtspopulismus das direkte Gegenstück zu den GRÜNEN und anderen linkslibertären Parteien dar. Es wäre jedoch falsch, erstere als einen bloßen Reflex auf die postmateriellen Forderungen letzterer zu sehen<sup>83</sup>). Nicht allein ideelle Werte, auch genuine materielle Interessen werden vom radikalen Rechtspopulismus vertreten. Damit stellen sie nach den GRÜNEN die zweite bedeutende Herausforderung an die Sozialdemokratie dar, denn mit ihrem anwachsenden Anteil an Arbeitern dringen sie in die klassischen Domänen der Linken ein. Damit

wirft sich die Frage auf, inwieweit sie überhaupt (noch) auf der Rechten anzusiedeln sind.

Hieraus ergeben sich zwei Interpretationsmuster für diese Parteien. Entweder man interpretiert sie als den Versuch abstiegsbedrohter Schichten, eine Strategie der Anpassung an die sich verändernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umstände zu entwickeln. Individuelle Leistungsorientierung und -bereitschaft wäre so ein Pendant zur Überhebung des Individualismus bei den postmodernen Eliten der Informationsgesellschaft. Damit wäre der radikale Rechtspopulismus das Gegenstück zu den linkslibertären Gruppen auf einer neuen postindustriellen Konfliktachse. Oder man interpretiert sie als einen Versuch der Verdrängung der wahren Gründe der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die zum großen Teil von den Eigengesetzlichkeiten technologischer Innovation und der globalen Entwicklung des Kapitalismus bestimmt sind; statt dessen werden die Ursachen bei Gewerkschaften, staatlichen Bürokratien und vor allem bei Ausländern und Asylanten gesucht.

In beiden Fällen ist die Zukunft radikal rechtspopulistischer Parteien nicht mit Sicherheit zu bestimmen. Denn es ist kaum zu erwarten, daß der wirtschaftliche Umstrukturierungsprozeß moderner Demokratien nur von kurzer Dauer sein wird, und die Ärmsten der Dritten und Zweiten Welt werden sich kaum durch die Modernisierungsprobleme fortgeschrittener westeuropäischer Gesellschaften davon abschrecken lassen, eine bessere Zukunft im für sie goldenen Westen zu suchen.

<sup>80</sup>) D. Roth (Anm. 7), S. 37.

<sup>81</sup>) J. G. Andersen/T. Bjorklund (Anm. 31), S. 204.

<sup>82</sup>) Ebd., S. 214.

<sup>83</sup>) Für diese Interpretation siehe Michael Minkenberg/Ronald Inglehart, *Neoconservatism and Value Change in the USA: Tendencies in the Mass Public of Postindustrial Society*, in: John Gibbins (Hrsg.), *Contemporary Political Culture*, Newbury Park 1989.

# Wahrgenommenes Parteiensystem und Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland

## Zur Interpretation der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl

### I. Interpretation von Wahlergebnissen

Die ersten wahlsoziologischen Interpretationen zur Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 liegen vor<sup>1)</sup>. Es geht jetzt nicht darum, die richtige Interpretation zu finden, sondern aus den verschiedenen Erklärungsansätzen ein vollständiges Bild zusammenzusetzen. Die eine richtige Interpretation kann es nicht geben, weil sich die erkenntnisleitenden Fragestellungen unterscheiden.

Für die Interpretation ist es ein wichtiger Gesichtspunkt, das Wahlergebnis als Momentaufnahme im Auf und Ab der öffentlichen Meinung über einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren zu verstehen. In der Bundesrepublik ist diese Perspektive wegen der Landtagswahlen vor und nach einer Bundestagswahl besonders relevant. So gingen von den Landtagswahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen in der ersten Hälfte des Jahres 1990 politisch ganz andere Signale aus als von den Landtagswahlen in Bayern und in den neuen Bundesländern im Herbst 1990 kurz vor der Bundestagswahl. Und im Anschluß an die Bundestagswahl wichen die Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz so stark vom Trend der Bundestagswahl ab, daß Spitzenpolitiker der größten Bonner Oppositionspartei sogar den Gedanken an eine Neuwahl ins Spiel brachten: Die gegenwärtige Bundesregierung habe (angeblich) ihre Mehrheit bereits wieder verloren.

Kann man diesen ersten Interpretationsgesichtspunkt als Zeitreihenperspektive bezeichnen, so ist der zweite wichtige Gesichtspunkt bei der Interpretation einer Wahl die Strukturperspektive. Inwieweit drückt sich in einem Wahlergebnis die von früheren Wahlen her bekannte Struktur aus? In der alten Bundesrepublik suchen Wahlforscher diese Stabilität in den sog. sozialen Spaltungen, d. h. in den historisch zu erklärenden Koalitionen der kirchengebundenen Katholiken mit den Christdemokraten und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit den Sozialdemokraten. Aus dieser Perspektive gibt es nicht nur langfristige

Stabilität und kurzfristige Abweichungen bei einzelnen Wahlen, sondern auch eine allmähliche Veränderung des Wahlverhaltens als Folge eines sozialen und politischen Wandels. Jüngere Wählergenerationen sind von diesen sozialen Spaltungen weniger geprägt, und in dem Ausmaß, wie sich die Generationenzusammensetzung der Wählerschaft verändert, wandelt sich allmählich auch die Konfliktstruktur.

Aus der Zeitreihen- und der Strukturperspektive gestaltet sich die Interpretation der ersten gesamtdeutschen Wahl schwierig<sup>2)</sup>. Die Strukturperspektive ist auf die ehemalige DDR nicht anwendbar<sup>3)</sup>, weil 40 Jahre real existierender Sozialismus und davor zwölf Jahre Nationalsozialismus die sozialen Grundlagen eines demokratischen Parteiensystems zerstört haben. Die Zeitreihenperspektive aber verlangt eine getrennte Betrachtung von Ost- und Westdeutschland, weil die meinungsprägenden Ereignisse, wie die Einführung der DM als Währung in der DDR, die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands ganz verschieden betroffen haben.

In dieser Situation bietet sich eine dritte Erklärungsperspektive an, die der mittelfristigen Entwicklung jenseits der Zeitreihenperspektive und diesseits der längerfristigen Perspektive der sozialen Spaltungen Priorität einräumt. Ein mittelfristig stabiles Element ist in der Bundesrepublik stets die Bonner Koalitionslage gewesen. Dies drückt sich auf der Wählerebene in stabilen Wahrnehmungsmustern des politischen und ideologischen Standpunkts der einzelnen Parteien und der Ordnung der Parteien zueinander aus. Innerhalb dieses Wahrnehmungsmusters verortet der Wähler auch sich selbst, so daß das wahrgenommene Parteiensystem die Vermittlungsebene zwischen den Wählerpräferenzen und den vom politischen System bereitgestellten Handlungsoptionen herstellt.

<sup>2)</sup> Dieser Beitrag ist im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts „Vergleichende Wahlstudie – Bundestagswahl 1990 in West- und Ostdeutschland“ entstanden. Im Oktober 1990 wurde als erste Welle eines Wahlpanels ein repräsentativer Querschnitt der wahlberechtigten Bevölkerung in West- und Ostdeutschland befragt. Alle Auswertungen in diesem Artikel entstammen dieser Repräsentativbefragung.

<sup>3)</sup> Vgl. Dieter Roth, Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung, in: Politische Vierteljahresschrift, 31 (1990) 3, S. 369–393.

<sup>1)</sup> Vgl. insbesondere: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/91 vom 8. März 1991, darin die Aufsätze von Wolfgang G. Gibowski/Max Kaase, Auf dem Weg zum politischen Alltag; Ursula Feist, Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen; Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, Konsequenzen einer bundesweiten Kandidatur der CSU bei Wahlen.

Bereits vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zeichnete sich die Entstehung eines Parteiensystems in Ostdeutschland ab, das weitgehend mit dem westdeutschen identisch sein würde. Unterschiede treten allerdings im linken Lager auf. Zum einen nimmt in der ehemaligen DDR die PDS als Partei der alten Linken mit kommunistischem Ursprung eine starke Stellung ein, und zum anderen sind mehrere politische Gruppierungen, die aktiv an der Destruktion des SED-Regimes mitgewirkt haben (wie das Bündnis 90), noch dabei, sich im neuen demokratischen Parteiensystem zu etablieren. Diese Unterschiede im linken Lager könnten insgesamt dazu führen, daß sich das wahrgenommene Parteiensystem in den neuen Bundesländern noch stark von dem westdeutschen Parteiensystem unterscheidet. Andererseits könnte die Kandidatur der PDS/Linken Liste in ganz Deutschland auch die Konsequenz haben, daß sich zumindest allmählich das gewohnte westdeutsche Parteiensystem selbst ändert.

Das Standardinstrumentarium der Umfrageforschung zur Messung des wahrgenommenen Parteiensystems ist die Links-Rechts-Einstufung der Parteien, verbunden mit einer Selbsteinstufung des Wählers auf derselben Skala. Aus verschiedenen Umfragen ist bekannt, daß sich die ostdeutschen Wähler selbst etwas weiter links einstufen als die westdeutschen Wähler<sup>4</sup>). Gleichzeitig nehmen sie die linken Parteien weniger links wahr als die

westdeutschen Wähler, so daß die SPD-Position in den neuen Ländern fast als Mittelposition wahrgenommen wird. CDU und CSU werden von den Ostdeutschen aber dafür weiter rechts angesiedelt als von den Westdeutschen. Im Prinzip folgt aus diesen Analysen, daß die ostdeutschen Wähler dem linken Lager näherstehen müßten als die westdeutschen; damit kontrastiert natürlich das Ergebnis der Bundestagswahl, nach dem die jetzigen Bonner Regierungsparteien in Ost- und Westdeutschland fast denselben Wähleranteil erzielten, nämlich 54,7 Prozent im Osten und 54,8 Prozent im Westen. Dieser Widerspruch muß bei einer Interpretation der letzten Bundestagswahl aufgeklärt werden.

Im nächsten Abschnitt wird ein Modell vorgestellt, das einen bestimmten Vermittlungsmechanismus zwischen den von den Parteien vertretenen politischen Standpunkten und der Wählerwahrnehmung annimmt. Nach Vorstellung dieses Modells soll erläutert werden, warum es sich zur Interpretation der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl besonders gut eignet. Daran schließt sich eine Präsentation der empirischen Ergebnisse für die letzte Bundestagswahl an, aus der die Rolle des wahrgenommenen Parteiensystems für die Umsetzung der politischen Präferenzen des Wählers in eine konkrete Wahlentscheidung hervorgeht. Dabei werden gleichzeitig auch die Erklärungsgrenzen des Modells aufgezeigt.

## II. Ein Modell zur Erklärung von Parteiwahrnehmungen

Jede Demokratie, die den Bürger in periodischen Abständen zur Wahl aufruft, hat mit dem Problem zu kämpfen, wie sich der Wähler ein Urteil über die politischen Alternativen bilden soll, die ihm zur Auswahl angeboten werden. Stehen im wesentlichen Parteien zur Wahl, muß sich der Wähler zunächst über sie ein Urteil bilden, bevor er sich entscheiden kann. Die Grundlagen dieser Urteilsbildung können ganz verschieden sein; sie reichen von einem weitgehend traditionellen Wahlverhalten, das sich z. B. an der politischen Tradition der eigenen Familie orientiert, bis zu dem kalkulierenden Wähler, der sich die Auswirkungen verschiedener Regierungen auf sein Einkommen ausrechnet. Alle Wähler haben aber ein Übersetzungsproblem. Sie müssen eine Verbindung herstellen zwischen ihren eigenen Zielen und der Partei, die sie wählen. Die verschiedenen Theorien des Wählerverhaltens unterscheiden sich in den Annah-

men, die sie über die Art der Herstellung dieser Verbindung machen.

Das hier vorzustellende Modell<sup>5</sup>) geht von vier Annahmen aus.

1. Die eigenen Ziele des Wählers: Für sie wird angenommen, daß sie etwas mit Politik in dem Sinn zu tun haben, daß sie durch Regierungshandeln erreichbar sind. Insofern ist wichtig, daß entsprechende Probleme von den Parteien auch thematisiert worden sind, und daß verschiedene Lösungen (Policies) angeboten werden, zwischen denen der Wähler sich entscheiden kann.

2. Wahrnehmung der genauen Parteipositionen: Wie orientiert sich der Wähler, um die nötige Information über die von den Parteien angebotenen Lösungen zu erhalten? Hier wird angenommen, daß sich der Normalwähler nicht alle Einzelinformationen über die Stellung der Parteien zu jeder ihn interessierenden Sachfrage besorgen

<sup>4</sup>) Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim, Politbarometer in Deutschland. April 1991 – Überblick; Werner Kaltefleiter, Determinanten des Wahlverhaltens in der ersten gesamtdeutschen Wahl vom 2. 12. 1990, Paper, Institut für Politische Wissenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1991.

<sup>5</sup>) Das Modell wurde entwickelt von James M. Enelow/Melvin J. Hinich, *The Spatial Theory of Voting: An Introduction*, Cambridge u. a. 1984. Die Autoren haben es auch auf das Zweiparteiensystem der USA angewandt.



wird. Es muß also eine informationskostensparende Orientierungsalternative gefunden werden.

3. Schätzung der Parteiposition mit Hilfe des verfügbaren Wissens über die ideologische Position der Partei: die zentrale Annahme ist hier, daß der Wähler die ideologischen Positionen der Parteien kennt. Hierbei kann es sich um Positionen auf einer Links-Rechts-Achse handeln, aber es können auch noch weitere ideologische Dimensionen vorkommen. Der Wähler benutzt dann dieses Wissen, um die Parteistandpunkte für die konkreten Streitfragen der Tagespolitik oder des Wahlkampfes abzuleiten. Statt vieler Einzelinformationen über die Standpunkte der Parteien in den Sachfragen reicht ihm die vage Vorstellung, daß z.B. linke Parteien im Unterschied zu den rechten Parteien eine bestimmte Lösung bevorzugen.

4. „Übersetzungskoeffizienten“: Obwohl für die Parteien fixe ideologische Positionen angenommen werden, haben sie trotzdem Manövriermöglichkeiten. Sie können nämlich die Unterschiede in einer Sachfrage zum politischen Gegner als besonders groß oder als besonders klein darstellen. Dadurch können sie ihre Wahlchancen beeinflussen.

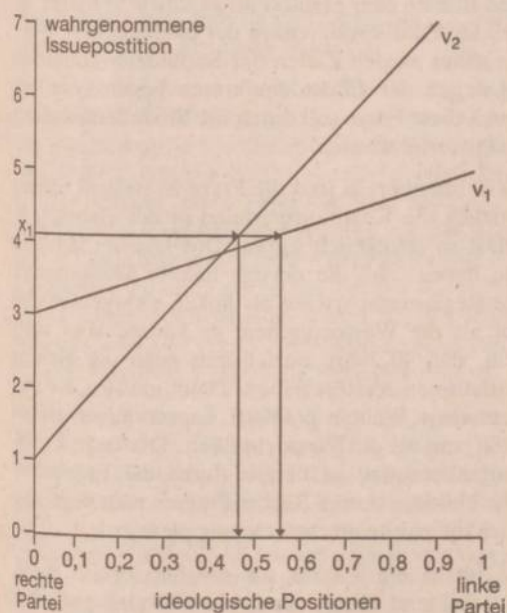
In *Abbildung 1* sind die Modellannahmen noch einmal exemplarisch dargestellt, damit insbesondere die Idee der Übersetzungskoeffizienten klar wird. Gegeben sei hier eine ideologische Links-Rechts-Achse (X-Achse bzw. Abszisse), auf der eine rechte Partei, etwa die CDU, den Wert Null habe, und eine linke Partei, etwa die SPD, den

Wert Eins. Dies sind die angenommenen fixen ideologischen Positionen (s.o. 3. Annahme), die die Wähler im wesentlichen gleich wahrnehmen. Die Wähler unterscheiden sich aber in ihren politischen Präferenzen ( $x_1$ , dargestellt auf der Y-Achse bzw. Ordinate) und ihren Übersetzungskoeffizienten (Steigung der Regressionsgeraden  $v_1$  bzw.  $v_2$ ).

Um das Beispiel konkreter zu gestalten, sei als Sachfrage das Problem angenommen, wieviel Staatseingriffe in die Wirtschaft der ehemaligen DDR für deren wirtschaftliche Gesundung für nötig erachtet werden. Ohne sich aktuell groß informieren zu müssen, kann ein Wähler  $i$  sein allgemeines Wissen darüber aktivieren, daß linke Parteien in der Regel mehr Staatseingriffe befürworten als rechte. Wähler  $i$  kann zusätzlich der Meinung sein, daß die Frage einer linken oder rechten Politik in diesem Fall keinen allzu großen Unterschied macht, weil auch eine rechte Partei in diesem besonderen Fall nicht um Staatseingriffe herumkomme. Im Modell sieht dies so aus, daß die Steigung der entsprechenden Regressionsgerade relativ flach ist ( $v_1$ ).

Wähler  $i$  könnte aber auch eine andere Wahrnehmung haben. Er könnte glauben, daß auch im Falle der Wirtschaftsreform in der ehemaligen DDR die SPD sehr viel massiver intervenieren würde als die CDU. Dann wäre seine Regressionsgerade entsprechend steiler ( $v_2$ ). Derartige Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Wählern sind erlaubt, es wird aber angenommen, daß die Wähler die ideologische Position der Parteien gleich wahrnehmen.

**Abbildung 1: Die Umsetzung fixer ideologischer Parteipositionen in Positionswahrnehmungen bei einzelnen Streitfragen**



Ob sich Wähler  $i$  für eine linke oder rechte Partei entscheidet, hängt zunächst von seiner eigenen Einstellung zu Staatseingriffen in die Wirtschaft in diesem besonderen Fall ab. Als typischem Westdeutschen schweben ihm in unserem Beispiel Staatseingriffe mittleren Umfangs im Fall der DDR vor. Nimmt er nun kaum Unterschiede zwischen der linken SPD und der rechten CDU in dieser Frage wahr ( $v_1$ ), ergibt sich für ihn eine abgeleitete ideologische Position näher bei der SPD. Bei der Wahrnehmung großer Unterschiede ( $v_2$ ) führt aber dieselbe inhaltliche Politikpräferenz ( $x_1$ ) zu einer ideologischen Position auf der X-Achse, die der CDU näherliegt. Sind den Wahlkampfmanagern einer Partei die Politikpräferenzen der Wähler in einer Sachfrage bekannt, kann der optimale Übersetzungskoeffizient für diese Partei bestimmt werden. Ob ihn die Partei durchsetzen kann, hängt aber auch vom Verhalten des politischen Gegners ab.

In dem in *Abbildung 1* dargestellten Beispiel wurde unterstellt, daß die ideologischen Positionen der Parteien bekannt sind. Bei der Anwendung des Modells kann man nun umgekehrt fragen, inwieweit man aus den Wählerwahrnehmungen der Par-

teistandpunkte bei einzelnen Streitfragen die latenten ideologischen Positionen erschließen kann. Es sollen also Daten über die Politikpräferenzen der Wähler bei einzelnen Sachfragen und Wahrnehmungswerte für die Parteien bei denselben Sachfragen vorliegen. Dann ist es möglich, mit Hilfe einer Faktorenanalyse zu untersuchen, inwieweit sich die Wahrnehmungswerte bei mehreren Sachfragen auf eine oder zwei ideologische Dimensionen zurückführen lassen, auf denen die Parteien eine feste Position einnehmen. Das Ergebnis der Faktorenanalyse liefert so das wahrgenommene Parteiensystem, das die Vermittlung zwischen den Wählerpräferenzen und der Parteiwahl herstellt<sup>6</sup>). Es wird also gerade nicht wie bei der allgemeinen Links-Rechts-Einstufung der Parteien einfach postuliert, daß es nur diese eine Dimension gibt, sondern aus den wahrgenommenen Positionen der Parteien bei einzelnen Streitfragen werden die ideologischen Grunddimensionen erschlossen. Es wird sich zeigen, ob zur Abbildung der wahrgenommenen Politikunterschiede

zwischen den deutschen Parteien tatsächlich eine einzige ideologische Dimension ausreicht.

Für den Wähler selbst wird ein Idealpunkt für denselben ideologischen Raum abgeleitet, in dem vorher die Parteien plaziert wurden. Dieser ideologische Idealpunkt des Wählers ist nicht durch eine ideologische Selbsteinstufung zustande gekommen, sondern wird mit Hilfe der „Übersetzungskoeffizienten“ aus den Politikpräferenzen des Wählers abgeleitet. Dann läßt sich prüfen, ob der Wähler sich für die Partei entscheidet, die ihm im ideologischen Raum am nächsten steht.

Insgesamt gewinnt die Wahlforschung bei einer Modellanwendung Auskunft über das wahrgenommene Parteiensystem und, wenn die Wähler im selben ideologischen Raum plaziert werden sollen wie die Parteien, auch über die Politikpräferenzen der Wähler. Dann kann drittens überprüft werden, inwieweit sich der Wähler für die Partei entscheidet, der er in diesem Parteiensystem am nächsten steht.

### III. Eignung des Modells zur Interpretation der letzten Bundestagswahl

Warum eignet sich dieses Modell besonders zur Interpretation der ersten gesamtdeutschen Wahl? Es sind dieselben Parteien in Ost und West angetreten, ohne daß von vorneherein gesagt werden konnte, ob die Parteien auch ideologisch gleich wahrgenommen werden. Diese Frage kann durch Anwendung des Modells beantwortet werden.

Die meisten Wähler der ehemaligen DDR haben sich am 2. Dezember 1990 für eine der Parteien entschieden, die bereits gesamtdeutsch organisiert waren. Bereits vor der Vereinigung haben die Wähler der DDR Präferenzen für die westdeutschen Parteien erkennen lassen. Verschiedene Forschergruppen haben eine solche Westpräferenz erhoben und noch nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 festgestellt, daß von den westdeutschen Parteien die SPD und nicht die CDU am meisten gefiel<sup>7</sup>). Die Tatsache, daß sich die Wähler der DDR bereits vor der Vereinigung mit den Westparteien identifizierten, kann als Phänomen des geliebten Parteiensystems bezeichnet werden. Warum ist bei Wahlen in der DDR dann aber nicht eingetreten, was viele erwartet haben, daß nämlich die gemäßigte Linkspartei SPD eine Mehrheit gewonnen hätte? Liegt dies daran, daß die CDU unter vielleicht falschen Voraussetzungen als Partei der gemäßigten Linken gewählt wurde? Oder liegt es daran, daß die ostdeutschen Wähler im Laufe des Vereinigungsprozesses eher rechte Politikpräferenzen entwickelt hätten?

Außer der Frage der Ähnlichkeit oder Unähnlichkeit der ideologischen Parteiwahrnehmung in Ost- und Westdeutschland kann eine Anwendung des vorgestellten Modells auch die zweite Frage beantworten, wie sich die Politikpräferenzen in Ost und West unterscheiden. Der Sozialismus als staatliche Planwirtschaft ist mit dem Zusammenbruch der DDR endgültig diskreditiert. Wie aber steht es mit den kleinen Sozialismen? Hier eine Beschäftigungsgesellschaft und dort ein Versuch, Arbeit gerecht zu verteilen. Man könnte erwarten, daß 40 Jahre real existierender Sozialismus die kleinen Sozialismen eher gestärkt als geschwächt haben, so daß die Politikpräferenzen der ostdeutschen Wähler näher an den Zielen der Sozialdemokraten als an denen der Christdemokraten liegen könnten. Auch diese Frage soll durch die Modellanwendung beantwortet werden.

Es ist aber bereits jetzt die Frage zu stellen, warum letztlich die Koalitionsparteien in der ehemaligen DDR so erfolgreich waren. Das könnte damit zu tun haben, daß die dortige linkere Wählerschaft die Regierungsparteien als linker wahrgenommen hat als die Westdeutschen; es könnte aber auch sein, daß 40 Jahre Sozialismus auch die kleinen Sozialismen zerstört haben. Dann müßten die ostdeutschen Wähler politisch konservativer eingestellt sein als die Westdeutschen. Die erste Erklärungsalternative ist bereits durch die Ergebnisse der üblichen Links-Rechts-Fragen widerlegt und auch die zweite erscheint wenig plausibel.

Es bleibt ein Faktor als möglicherweise wahlentscheidend übrig, der in dem Modell gar nicht

<sup>6</sup>) Die Details der Schätzung der Modellparameter sind bei J. Enelow/M. Hinich (Anm. 5), S. 213–215, nachzulesen.

<sup>7</sup>) Vgl. D. Roth (Anm. 3).

berücksichtigt wird: die Kompetenzeinstufung der Politiker und Parteien. Auch diese Kompetenzeinstufungen werden unter dem Begriff „issue-voting“ (Wahlentscheidungen aufgrund bestimmter Politikpräferenzen) subsumiert. Man kann eine Partei für regierungsfähig halten, weil sie vertrauenswürdige Politiker hat, oder weil sie in der Vergangenheit mit ihrer Wirtschaftspolitik mehr Erfolg hatte als andere Parteien. Dann hält man sie für wirtschaftspolitisch kompetent, ohne sich zu sehr mit den inhaltlichen Fragen der Wirtschaftspolitik zu beschäftigen. Es zählt sozusagen nur der Erfolg der Politik, den der Wähler in seinem Portemonnaie spürt, nicht die Art und Weise, wie dieser Erfolg erreicht wurde.

In den ursprünglichen Modellen rationalen Wahlverhaltens<sup>8)</sup> ist kein Platz für Einstellungen außer-

halb des Bereichs der inhaltlichen Politikpräferenzen. Trotzdem ist unstrittig, daß diese Faktoren eine Rolle spielen; man versucht daher neuerdings, sie mit zu berücksichtigen. Es sei also unterstellt, daß der Wähler seinen Nutzen bei der Wahl der Partei maximiert, die er für kompetent hält und zu der seine Politikdistanz am geringsten ist.

Mit dieser Modellerweiterung wird auch das folgende Ergebnis möglich: die ostdeutschen Wähler haben bei insgesamt sehr ähnlicher Parteiwahrnehmung und im großen und ganzen wenig konservativer Einstellung deshalb mehrheitlich CDU oder FDP gewählt, weil sie diese Parteien für politisch kompetenter hielten als die westdeutschen Wähler.

#### IV. Modellanwendung

Die Modellanwendung soll in drei Schritten besprochen werden:

1. Die politischen Präferenzen der Wähler,
2. die ideologische Wahrnehmung des Parteiensystems und
3. Kompetenzurteile und Wahlverhalten.

##### 1. Ost- und westdeutsche Politikpräferenzen

Für die Modellanwendung müssen Einstellungs- und Partei-Wahrnehmungsdaten für einzelne Streitfragen vorliegen. Die alternativen Lösungen (Policies) der Streitfragen werden dabei am besten auf eindimensionalen Skalen vorgegeben mit den beiden extremsten Lösungsvorschlägen an den Endpunkten. Die Wahlforscher bezeichnen derartige Streitfragen mit unterschiedlichen Lösungsvorschlägen als „Positions-Issues“.

Für die Modellanwendung stehen die folgenden Streitfragen zur Verfügung: Gewünschter Umfang der Staatseingriffe zur Gesundung der DDR-Wirtschaft; Beibehaltung oder Verschärfung des Asylrechts; Verbot oder Freigabe von Schwangerschaftsabbrüchen; Ab- oder Ausbau der Kernenergie. Für jede Streitfrage wurde dem Befragten eine Skala mit 7 Punkten vorgelegt, bei der die Punkte 1 und 7 verbal beschrieben waren. In den *Abbildungen 2 und 3* ist Punkt 1 jeweils die konservative Orientierung und Punkt 7 die linke Alternative.

*Abbildung 2* (untere Hälfte) zeigt die Einstellung der ostdeutschen Wähler bezüglich der Staatseingriffe zur Gesundung der DDR-Wirtschaft. Hier sprechen sich immerhin 36,7 Prozent für umfang-

reiche Staatseingriffe aus, und nur 2,6 Prozent sind der Meinung, der Staat solle sich weitgehend heraushalten. Die Bevölkerung der alten Bundesrepublik ist in dieser Frage konservativer eingestellt. Nur 23 Prozent sprechen sich für massive Staatseingriffe aus. Ähnlich sind die Verhältnisse bei der Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch (*Abbildung 3*). 60 Prozent der Wahlberechtigten in der ehemaligen DDR sind der Meinung, es sollte in jedem Fall allein der Frau überlassen bleiben, ob sie eine Schwangerschaft abbrechen will oder nicht. Diese völlige Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs wird in der alten Bundesrepublik nur von 43 Prozent für richtig gehalten.

Etwas konservativer als im Westen sind die Ostdeutschen lediglich in der Frage der Atomenergie. Während im Westen 22 Prozent einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie befürworten, sind es im Osten 16 Prozent. 10 Prozent befürworten dort sogar einen weiteren Ausbau der Kernenergie; das sind im Westen nur 3 Prozent.

Zu den Politikpräferenzen der west- und ostdeutschen Wähler läßt sich zusammenfassend konstatieren: Die Ostdeutschen sind in Fragen der alten Politik, d. h. bei Streitfragen der Wirtschafts- und Rechtspolitik, weniger konservativ als die Westdeutschen; lediglich in der Frage der Kernkraftnutzung haben sie konservativere Vorstellungen. Wahrscheinlich kann man dieses Ergebnis auf alle Streitfragen der sog. neuen Politik ausdehnen. Politisch sollte die deutsche Vereinigung also die alte Linke auf Kosten der konservativen Kräfte und der neuen Linken stärken. Der Wahlerfolg der konservativen Parteien in der ehemaligen DDR kann sicherlich nicht mit einer allgemein konservativen Einstellung der dortigen Wählerschaft erklärt werden.

<sup>8)</sup> Das klassische Modell in diesem Bereich ist von Anthony Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968, entwickelt worden.

## 2. Die ideologische Wahrnehmung des Parteiensystems

Wie werden nun die Standpunkte der Parteien bei den einzelnen Streitfragen wahrgenommen? Hier sollen zunächst einige Beispiele der durchschnittlichen Parteienwahrnehmung in der Frage der Staatseingriffe und des Schwangerschaftsabbruchs besprochen werden, bevor versucht wird, diese Wahrnehmungen auf einen gemeinsamen ideologischen Raum zurückzuführen.

Die Frage des Schwangerschaftsabbruchs ist ein sogenanntes „leichtes“ Issue in dem Sinn, daß die Wähler klare Präferenzen und klare Wahrnehmungen der Parteistandpunkte haben. Insgesamt sechs Parteien konnten auf diesen Issue-Skalen eingestuft werden: Die CDU, die CSU, die SPD, die FDP, die GRÜNEN und die PDS. Im Westen beantworteten 88 Prozent der Befragten sowohl die Frage nach der eigenen Präferenz als auch die nach der Position aller sechs Parteien. In Ostdeutschland ist dieser Prozentsatz der Wähler mit vollständiger Information mit 84 Prozent kaum geringer.

Ebenso sind sich die Wähler in beiden Teilen Deutschlands weitgehend darin einig, wo die Parteien in dieser Frage stehen. Sie nehmen die CSU als die konservativste Partei wahr mit einem Skalenwert von 1,7 im Westen und 1,5 im Osten, dann folgen CDU, SPD und FDP mit fast identischen Werten in Ost und West, und im Osten folgen dann die GRÜNEN mit einem Wert von 6,6 und die PDS mit einem Wert von 6,8. Der mittlere bzw. Medianwähler in der ehemaligen DDR steht mit 6,7 genau zwischen diesen beiden linken Parteien; es ist dies der Wähler in der Mitte der Präferenzverteilung. Die Partei, die ihm am nächsten ist, hat die günstigste Position (vgl. *Abbildung 3*).

Im Westen ist der Medianwähler mit einem Wert von 5,8 der SPD mit 5,5 am nächsten; die am meisten als libertär wahrgenommene Partei sind im Westen die GRÜNEN mit einem Wert von 6,8, während die PDS hier einen Wert von 6,6 hat.

Schwieriger war es sicher, die Stellung der Parteien in der Frage der Staatseingriffe zur Sanierung der DDR-Wirtschaft auszumachen. Im Westen machten hier trotzdem 85 Prozent der Befragten vollständige Angaben, im Osten nur 77 Prozent. Berücksichtigt man nun diese Gruppe mit vollständigen Angaben, so haben Ost- und Westwähler gemeinsam, daß sie der FDP die wenigsten und der PDS die meisten Staatseingriffe zutrauen. Im übrigen sind es die Ostwähler, die sich in ihrer Wahrnehmung klarer vom hergebrachten Links-Rechts-Schema leiten lassen: In ihrer durchschnittlichen Wahrnehmung liegen FDP und CSU als rechte Parteien eng nebeneinander, dann folgen CDU

und SPD; die GRÜNEN sind zwischen letzteren einzuordnen. Der Westwähler schreibt der CDU jedoch mehr Staatseingriffe zu als der SPD, wohl in erster Linie deswegen, weil er die Partei, die die Wiedervereinigung am energischsten betrieben hat, mehr in die Pflicht genommen sieht als die Partei, die diesen Prozeß eher bremsen wollte. Dies ist für die CDU im Westen kein Nachteil, weil der Medianwähler die Einstellung hat, die die Mehrheit hier für die CDU wahrnimmt. Der Medianwähler im Osten dagegen befindet sich zwischen den wahrgenommenen Positionen der SPD und der PDS.

Bei leichten Unterschieden in der Vollständigkeit der Parteienwahrnehmung läßt sich konstatieren, daß die ostdeutschen Wähler mit dem Parteiensystem genauso vertraut sind wie die westdeutschen und daß die Gemeinsamkeiten der Wahrnehmung überwiegen. Auf jeden Fall wird nicht bestätigt, daß der ostdeutsche Medianwähler den Bonner Koalitionsparteien näher ist als den Parteien im linken Spektrum. Im Gegenteil: Der wahrgenommene PDS-Standpunkt und der ostdeutsche Medianwähler kommen sich in der Regel recht nahe. Die Regierungspartei von gestern mag an politischer Glaubwürdigkeit total verloren haben, sie hat aber keine Wählerschaft hinterlassen, die in allen Fragen der praktischen Politik entgegengesetzter Meinung wäre. Die kleinen Sozialismen sind geblieben.

Ein zentrales Problem bei der Analyse des deutschen Parteiensystems aus der Sicht der Wähler ist, ob eine einzige ideologische Dimension zur Erfassung der wahrgenommenen Policyunterschiede zwischen den Parteien ausreicht. Dies wird oft unterstellt, wenn man nämlich die Parteien auf dem Links-Rechts-Kontinuum einstuft und anschließend den Wähler bittet, sich selbst auf dem Kontinuum einzuordnen. Wenn man die wahrgenommenen Distanzen zwischen den Parteistandpunkten bei den ausgewählten Streitfragen einer Faktorenanalyse unterzieht, wird entscheidbar, ob eine einzige Dimension zur Erfassung der latenten ideologischen Distanzen ausreicht. Das Ergebnis dieser Analysen sei gleich vorweggenommen: Auch bei der Analyse einzelner Streitfragen reicht eine ideologische Dimension zur Abbildung der Parteidistanzen nicht aus. Zwei Dimensionen sind dazu notwendig. Analysiert man alle vier erhobenen Streitfragen gleichzeitig, ergibt sich für Westdeutschland das in *Abbildung 4* dargestellte Bild des Parteienraums.

Der Hauptgrund der Zweidimensionalität ist, daß die drei etablierten Parteien CDU/CSU, SPD und FDP nicht auf einer einzigen Dimension anzuordnen sind. Bei wirtschaftspolitischen Fragen stehen die beiden bürgerlichen Parteien der SPD gegenüber, wobei die FDP ideologisch rechts von der CDU steht. Dies haben bei der Frage der Staats-

Abbildung 2: Wählerpräferenz für unterschiedliche Grade von Staatseingriffen zur Gesundung der DDR-Wirtschaft und wahrgenommene Parteipositionen

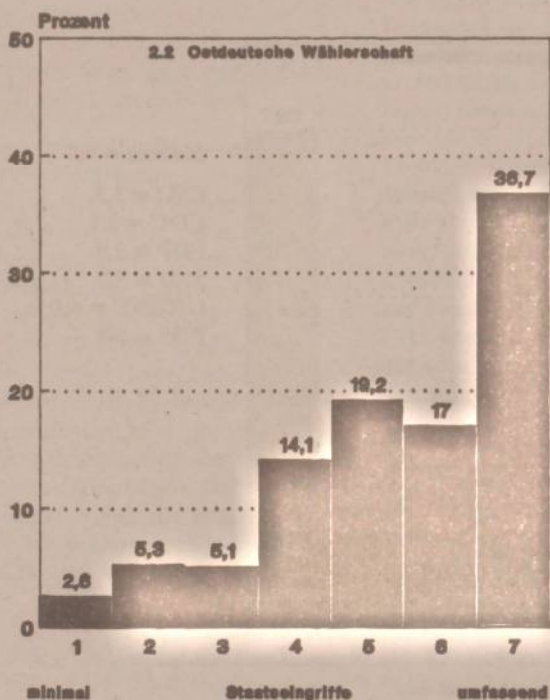
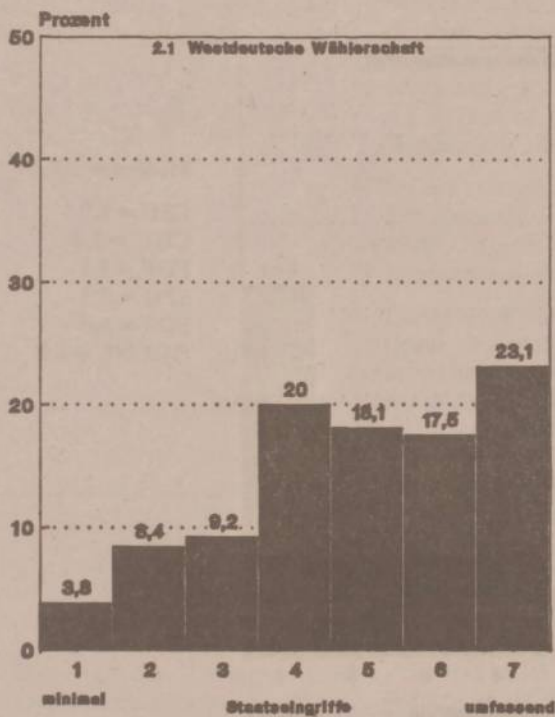


Abbildung 3: Wählerpräferenz für unterschiedliche Lösungen des Abbruchs einer Schwangerschaft und wahrgenommene Parteipositionen

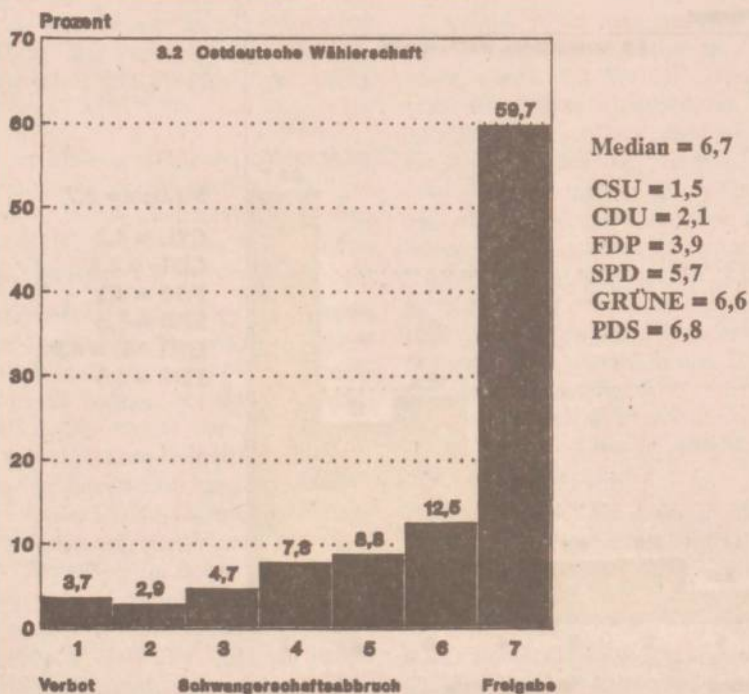
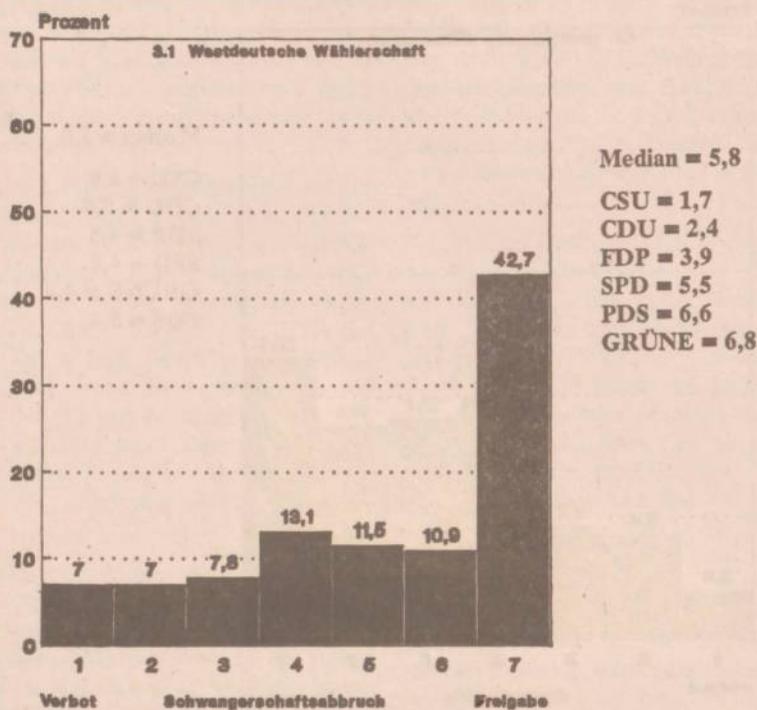
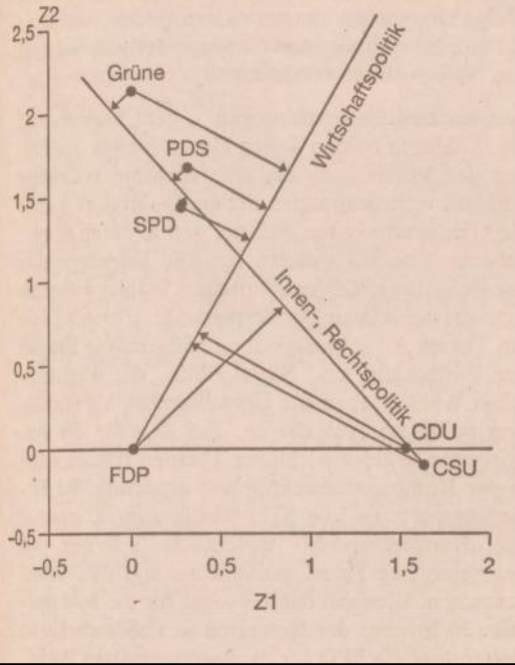


Abbildung 4: Parteipositionen im ideologischen Raum in der Wahrnehmung der westdeutschen Befragten



Die historisch herleitbare Dreieckskonfiguration liegt offensichtlich auch der Wählerwahrnehmung zugrunde. Was dabei besonders überzeugt, ist ein Vergleich der Lösungen für die einzelnen Streitfragen. Geht es um Staatseingriffe in die Wirtschaft der ehemaligen DDR, wird die Z2-Achse gestreckt mit dem Ergebnis, daß FDP und CDU/CSU näher zusammenrücken. Die CSU rückt dabei der FDP etwas näher als die CDU. Der Abstand der FDP zur SPD samt den kleineren Parteien des linken Spektrums wird stark vergrößert.

In der Abtreibungsfrage passiert das Gegenteil. Die Hauptachse wird die Z1-Achse, CDU und vor allem CSU rücken hier nach außen, FDP und SPD kommen sich näher.

Dieses Ergebnis hat eindeutige politische Implikationen. Sie besagen, daß der Wähler die Gemeinsamkeiten der gegenwärtigen Koalition in einer liberalen Wirtschaftspolitik sieht und daß er wohl mit Recht davon ausgeht, daß eine sozialliberale Innen- oder Rechtspolitik Sprengkraft für diese Koalition hat. CDU und CSU könnten sich in diesen Fragen nur durchsetzen, wenn sie zusammen die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag hätten. Die deutsche Vereinigung hat aber innerhalb der Koalition die Kräfte zugunsten der FDP verschoben.

eingriffe in die Wirtschaft die Wähler auch so wahrgenommen. Die wirtschaftspolitische Links-Rechts-Achse verläuft von der FDP nach rechts oben in der Abbildung.

Bei rechts- und vielen innenpolitischen Fragen ergibt sich die Frontstellung der sozialliberalen Koalition mit der CSU und der CDU rechts und der FDP in SPD-naher Mittelposition und der SPD links. Die innen- und rechtspolitische Links-Rechts-Achse verläuft, nach unseren Interpretationen, von der CSU aus nach links oben.

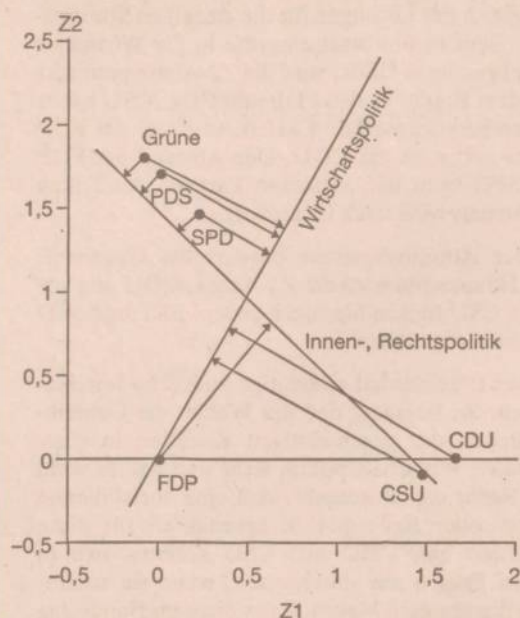
Es mag Themen geben wie die Pflegeversicherung, bei denen sich eine Frontstellung von SPD und CDU, vor allem wohl von deren Arbeitnehmerflügel, gegen die FDP ergibt. Diese weitere Möglichkeit führt zu der bekannten Dreieckskonfiguration zwischen den etablierten drei Parteien der Bonner Demokratie, bei der jede Zweierkoalition möglich ist. Eine bürgerliche Koalition gründet auf Gemeinsamkeiten der Wirtschaftspolitik, eine sozialliberale Koalition auf Gemeinsamkeiten der Innen- und Rechtspolitik und eine große Koalition schließlich auf Gemeinsamkeiten der Sozialpolitik<sup>9)</sup>. Diese Dreieckskonfiguration läßt sich zweidimensional abbilden, wobei die sozialpolitische Dimension mehr oder weniger der wirtschaftlichen Achse mit der CDU in der Mittelposition entspricht.

PDS und GRÜNE werden vom westdeutschen Wähler im Hinterhof der SPD wahrgenommen. Sie besitzen deshalb kaum den eigenen politischen Manövrierraum, den die FDP in ihrer günstigen Mittellage zwischen den beiden großen Volksparteien besitzt.

Vergleicht man nun den ideologischen Parteienraum, den die ostdeutschen Wähler ihren Politikwahrnehmungen zugrunde legen, ist dieselbe Grundstruktur erkennbar (vgl. *Abbildung 5*). Lediglich die drei linken Parteien liegen enger zusammen als im Westen. Der Ostwähler hat hier eher Probleme mit der Einschätzung der GRÜNEN, im Westen variiert dagegen die Beurteilung der PDS sehr stark. Gemeinsam ist beiden Parteienräumen aber, daß auf der von der wirtschaftspolitischen Dimension die PDS weiter links plaziert ist als auf der innen- und rechtspolitischen Dimension. Die PDS kann als Partei der alten Linken gelten. Auf der von der CDU/CSU nach oben links verlaufenden innen- und rechtspolitischen Achse nehmen dagegen die GRÜNEN die linke Extremposition ein, während die FDP näher bei der SPD in der Mitte plaziert ist. Sollte wegen der wirtschaftlichen Folgen der Vereinigung die Wirtschaftspolitik unter marktwirtschaftlichen, bürgerlichen Vorzeichen in nächster Zukunft ihre große Bedeutung behalten, würde die innen- und rechtspolitische Achse wahrscheinlich zum Nachteil der GRÜNEN geschwächt. Die Debatte über die Abtreibungsfrage dagegen stärkt diese Dimension.

<sup>9)</sup> Vgl. Franz Urban Pappi, *The West German Party System*, in: *West European Politics*, 7 (1984) 4, S. 7-26.

**Abbildung 5: Parteipositionen im ideologischen Raum in der Wahrnehmung der ostdeutschen Befragten**



### 3. Kompetenzurteile und Wahlverhalten

Die Anwendung des vorgestellten Modells hat uns bisher einer Beantwortung der Frage, warum die ostdeutschen Wähler so stark CDU und FDP gewählt haben, nicht näher gebracht. Der ostdeutsche Wähler steht den Oppositionsparteien politisch näher als den Regierungsparteien, wählt aber trotzdem CDU und FDP so häufig wie der westdeutsche Wähler. Diesen Widerspruch kann wahr-

scheinlich nur das modellfremde Element der Kompetenzeinstufung lösen. Kompetenzeinstufungen der Parteien werden in der westdeutschen Wahlforschung standardmäßig erhoben. Um unnötige Doppelerhebungen zu vermeiden, wurde in der hier herangezogenen Umfrage deshalb auf eine extensive Abfrage verzichtet.

Aus anderen Untersuchungen<sup>10)</sup> geht hervor, daß die Wähler in beiden Teilen Deutschlands die Folgen der Vereinigung als sehr wichtige politische Aufgabe wahrgenommen haben. Dann hören aber die Gemeinsamkeiten auf; bei den anderen vorgegebenen Themen trennen sich die Schwerpunkte der Beachtung. Die ostdeutschen Wähler beschäftigte vor der letzten Bundestagswahl in erster Linie das Thema Arbeitslosigkeit und allgemeine Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die westdeutschen Wähler sahen die Umweltpolitik als vorrangige politische Aufgabe an. Bei den für die ostdeutschen Wähler wichtigen Themen führen dann in der Kompetenzzuschreibung eindeutig die Regierungsparteien, die SPD wurde zum Zeitpunkt der Bundestagswahl wesentlich seltener als kompetenteste Partei genannt als von den Westdeutschen. Dies galt damals sogar für die Sozialpolitik. 30 Prozent der Befragten in Ostdeutschland hielten hier die SPD für die kompetenteste Partei, aber 45 Prozent der Westdeutschen.

Zusammenfassend kann man konstatieren: Sowohl im west- als auch im ostdeutschen Wahlgebiet führten die Regierungsparteien bei der Kompetenzzuschreibung, der Vorsprung war im Osten

<sup>10)</sup> Vgl. W. Kaltefleiter (Anm. 4).

**Tabelle 1: Prozentverteilung von Kanzlerpräferenz und Policy-Distanz bei Staatseingriffen zur Gesundung der DDR-Wirtschaft**

Kanzlerpräferenz	Policy-Distanz am kürzesten zu			Insgesamt
	Regierungsparteien	zu beiden gleich	zu Oppositionsparteien	
<b>1.1 Westdeutschland</b>				
Kohl	25,0	16,3	8,0	49,3
beide gleich	3,5	5,9	4,4	13,7
Lafontaine	5,9	13,3	17,8	37,0
Insgesamt	34,3	35,5	30,2	100,0% (n = 1262)
<b>1.2 Ostdeutschland</b>				
Kohl	24,2	20,5	14,1	58,8
beide gleich	3,2	4,2	5,5	12,9
Lafontaine	4,9	6,1	17,3	28,3
Insgesamt	32,3	30,9	36,8	100,0% (n = 619)



aber ausgeprägter. So wird erklärlich, warum die Regierungsparteien im Osten einen Wahlerfolg erzielen konnten, der von den Politikpräferenzen der Wähler her betrachtet nicht vorauszusehen war. CDU und FDP haben in der ehemaligen DDR die Wahl gewonnen, sie haben in der dortigen Wählerschaft aber keine (Policy-) Mehrheit in Fragen der inhaltlichen Politik.

In der hier herangezogenen Erhebung steht nur ein Ersatzindikator für die Kompetenzzuschreibung zur Verfügung. Dies ist die Frage, was man von den Kanzlerkandidaten Kohl und Lafontaine hält. Dieses Maß kann als Kompetenzzuschreibung interpretiert werden, so daß seine Prognosekraft für die individuelle Wahlentscheidung direkt mit der Policy-Distanz zu den Parteien verglichen werden kann. Statt das volle Modell anzuwenden, wird hier nur auf die Policy-Distanz in der Frage der Staatseingriffe in die Wirtschaft der DDR zurückgegriffen. An diesem kleinen Beispiel kann überprüft werden, ob es in Ostdeutschland mehr Kohl-Anhänger gab und dann wegen der größeren Häufigkeit linker Einstellungen auch mehr Wähler, die widersprüchlichen Einflüssen ausgesetzt waren, in-

dem sie nämlich Kohl für den besseren Kanzler hielten, in der inhaltlichen Politik aber einer Partei des Oppositionslagers näher standen. Beide Vermutungen werden bestätigt. Im Osten zogen 59 Prozent der Befragten Kohl Lafontaine vor, und im Osten ist auch die Gruppe stärker vertreten, die Kohl bevorzugt und gleichzeitig in der Frage der Staatseingriffe in die Wirtschaft einer Oppositionspartei am nächsten steht (vgl. *Tabelle 1*). Betrachtet man nun die Prognosekraft beider Faktoren, d. h. der Kanzlerpräferenz und der Policy-Distanz in der Frage der Staatseingriffe, zeigt sich erstens, daß die Kanzlerpräferenz im Osten und Westen die Wahlentscheidung besser voraussagt, daß aber zweitens die Policy-Distanz zu den Parteien ebenfalls von Bedeutung ist. Die Prognosekraft ist in beiden Teilen Deutschlands im wesentlichen dieselbe. Wenn ein Unterschied zwischen Ost und West bestand, dann im Kompetenzvorsprung von Kohl und in der Größe der Gruppe, die widersprüchlichen Einflüssen ausgesetzt war. Und da die Kompetenzeinstufung der wichtigere Prädiktor der Wahlentscheidung ist, haben von dieser Situation die Regierungsparteien überproportional profitiert – was sich im Wahlergebnis niederschlug.

## V. Schlußfolgerung

Mit der Kompetenzeinstufung hat sich ein Faktor für die Wahlentscheidung als wirksam erwiesen, der ausgesprochen kurzfristigen Einflüssen unterliegt. Dies gilt wohl verstärkt für die Lage in den neuen Bundesländern, wo Zukunftshoffnungen und Enttäuschungen über die augenblickliche Lage schwer entwirrbare widersprüchliche Einflüsse auf die politischen Kompetenzzuschreibungen ausüben. Auf der anderen Seite fehlt in der ostdeutschen Wählerschaft noch weitgehend eine längerfristig stabile Bindung an eine der demokratischen Parteien, so daß die starken Schwankungen der Parteipopularität verständlich werden. Nach den Ergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen waren in Ostdeutschland sowohl nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 als auch nach der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 relativ große Einbrüche in der Popularität der führenden Regierungspartei CDU zu verzeichnen<sup>11)</sup>. Dieter Roth kommt zum folgenden allgemeinen Schluß: „Wahlverhalten, das sich an politischen Sachfragen orientiert, ist weniger stabil als strukturell verankertes Wahlverhalten, weil sich politische Sachfragen sehr viel schneller verändern als Strukturen.“<sup>12)</sup>

Diese Aussage muß nach den hier vorgelegten Ergebnissen differenziert werden. Die Orientie-

rung an politischen Sachfragen kann zweierlei bedeuten: eine besondere Beachtung einzelner politischer Probleme durch den Wähler mit anschließender Kompetenzzuschreibung an die Parteien, denen man die Lösung zutraut, und eine Orientierung an Sachthemen, für die von den Parteien unterschiedliche Lösungen (Policies) angeboten werden, die von den Wählern inhaltlich mehr oder weniger präferiert werden. Im ersten Fall wird der Partei den Vorzug gegeben, die man für kompetent zur Lösung der für wichtig erachteten Probleme hält und im zweiten Fall der Partei, mit der man in Fragen der inhaltlichen Politik am meisten übereinstimmt. Beide Faktoren sind zur Erklärung der Wahlentscheidung heranzuziehen. Eine Besonderheit der ersten gesamtdeutschen Wahl in Ostdeutschland war, daß die Politikpräferenzen und die Kompetenzeinstufungen bei mehr Wählern als im Westen sich in entgegengesetzter Richtung auswirkten. Der ostdeutsche Wähler ist in Fragen der inhaltlichen Politik, vor allem der Wirtschaftspolitik, mehr links orientiert als der westdeutsche Wähler, während andererseits die Bonner Regierungsparteien einen größeren Kompetenzvorsprung hatten als im Westen.

Welche Entwicklungen sind hier kurz- und mittelfristig zu erwarten? Bei der kurzfristigen Komponente der Kompetenzeinstufungen wird das Wechselbad der Hochs und Tiefs der Regierungspartei-

<sup>11)</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 4).

<sup>12)</sup> D. Roth (Anm. 3), S. 390.

en wohl in nächster Zeit anhalten. Wirksam aber werden allein die Kompetenzeinstufungen zum Zeitpunkt einer Wahl, und bis zum nächsten Wahljahr in den neuen Bundesländern besteht immerhin die Chance, daß sich die wirtschaftliche Lage verbessert, und daß dies den Parteien der Regierungskoalition zugeschrieben wird. In diesem Bereich zählt nur der Erfolg, und die Bilanz zum nächsten Wahltermin kann jetzt noch nicht erstellt werden.

Den kurzfristigen Schwankungen der Kompetenzeinstufungen stehen die wenigstens mittelfristig stabilen Kräfte gegenüber, die das wahrgenommene Parteiensystem prägen. Dazu gehören zum einen die ideologischen Grunddimensionen, die die Wahrnehmung der Parteistandpunkte bei den aktuellen Sachfragen strukturieren. Dazu gehören zum anderen die Politikpräferenzen der Wähler.

Ein wichtiges Ergebnis dieser Untersuchung ist, daß der ideologische Parteienraum in Ost- und Westdeutschland weitgehend gleich perzipiert wird. Aus dem westdeutschen Parteiensystem und dem ursprünglich nur geliehenen Parteiensystem nach der Wende in der DDR ist bereits weitgehend ein gesamtdeutsches Parteiensystem geworden.

Dieses gesamtdeutsche Parteiensystem weist ideologische Dimensionen auf, die weit in die Geschichte der deutschen Parteien zurückgehen. Es ist dies zum einen eine wirtschaftspolitische und zum anderen eine innen- und rechtspolitische Links-Rechts-Achse. Dabei werden die Fragen der neuen Politik im deutschen Parteiensystem weitgehend nach dem Schema der innen- und rechtspolitischen Dimensionen abgearbeitet. Beide Dimensionen sind fest im historisch gewachsenen Parteiensystem Deutschlands verankert und werden sich auch mittelfristig wenig verändern. Es kann durch die Koalitionslage auf Bundesebene zu unterschiedlichen Betonungen kommen, die sich in der Schätzung der Modellparameter so auswirken würden, daß die beiden Achsen mehr oder weniger klar voneinander getrennt werden. Die augenblickliche Lage führt insofern zu einer klaren Tren-

nung der Achsen, als die Koalition zwischen CDU/CSU und FDP von den Gemeinsamkeiten in der Wirtschaftspolitik zehrt, während gleichzeitig gemäß des Einigungsvertrags die Notwendigkeit besteht, in der Abtreibungsfrage zu einer gesamtdeutschen Lösung zu kommen. Letzteres betont die programmatischen Unterschiede zwischen CDU/CSU und FDP. Von den anstehenden Verfassungsänderungen können weitere Gefährdungen der gegenwärtigen Koalition ausgehen.

Die Dreiecksconfiguration der etablierten Parteien wird im Wahrnehmungsraum unter der gegenwärtigen Regierung sicherlich stabil bleiben. Es stellt sich dann die Frage, wie sich die Politikpräferenzen der Wähler mittelfristig entwickeln. Hier dürften sich Änderungen nicht in erster Linie durch Einstellungsänderungen einzelner Wähler ergeben, sondern durch die Thematisierung unterschiedlicher Probleme. Sollte die Pflegeversicherung eine größere Rolle spielen, so werden die Politikpräferenzen der Wähler in dieser Frage sicher anders verteilt sein als z. B. die Einstellungen zu den Beschäftigungsgesellschaften oder zum Vorrang der Sanierung der Treuhandbetriebe vor dem Ziel der Privatisierung. Trotzdem ist es erfahrungsgemäß in Massendemokratien schwierig, für eine liberale Wirtschaftspolitik Mehrheiten zu organisieren. In Ostdeutschland scheint dies mittelfristig noch schwieriger zu sein als in Westdeutschland, weil die Ausgangsverteilung stärker in Richtung der kleinen Sozialismen verzerrt ist. Diese Situation stellt aber keine deutsche Besonderheit dar. Konservative oder liberale Parteien im europäischen Sinn können sich in modernen Massendemokratien nur an der Macht behaupten, wenn sie den kleinen Sozialismen, die der Durchschnittsbürger so liebt, mit einer Politik entgegenkommen oder gegensteuern, der der Erfolg recht gibt.

Verteilungsfragen werden in den nächsten Jahren sicher bedeutsamer sein als im letzten Jahrzehnt der alten Bundesrepublik. Das könnte die traditionelle Linke, wenn auch nicht gerade die PDS, stärken. Dagegen dürfte die neue Linke mit den GRÜNEN als Hauptrepräsentanten eher zu den Vereinigungsverlierern gehören.

# Die GRÜNEN 1990/91

## Vom Wahldebakel zum Neuanfang

Als die westdeutschen GRÜNEN am Abend des 2. Dezember 1990 mit 4,8 Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen in den alten Bundesländern die Fünfprozenthürde verfehlt hatten, gab es nicht wenige, die das baldige Ende der Ökopartei als relevanten politischen Faktor herannahen sahen. Manche Kommentatoren sprachen gar vom „Ende des grünen Jahrzehnts“. Auch bei den GRÜNEN überwog eine skeptische Beurteilung der eigenen Zukunftsperspektiven.

Gut zehn Monate später sieht die Lage schon wieder anders aus: Trotz der faktischen Nichtpräsenz der westdeutschen GRÜNEN in der tagespolitischen Auseinandersetzung auf der Bundesebene hat die Partei bei der Landtagswahl in Hamburg einen Achtungserfolg und in Bremen ein ausgezeichnetes Wahlergebnis erzielen können. Entgegen mancher Erwartung konnte auch der „Chaosparteitag“ von Neumünster eine Stabilisierung der schwer angeschlagenen Partei nicht verhindern. Obwohl vor einer Überschätzung des bundespolitischen Signalcharakters von Regionalwahlen zu warnen ist: Licht am Ende des Tunnels scheint für

die GRÜNEN allemal sichtbar – erst recht nach der organisatorischen Konsolidierung der Bürgerbewegung Bündnis 90, die die Chancen für ein gemeinsames Antreten zur Bundestagswahl 1994 eher verbessert haben dürfte.

So erfreulich diese Entwicklung für die GRÜNEN ist, so wenig hat die Analyse der letzten Bundestagswahl an Bedeutung verloren. Bislang ist dazu jenseits tagespolitisch interessierter Interpretation, öffentlicher Statements von Beteiligten und einzelnen Anmerkungen in den Analysen der Wahlforschungsinstitute relativ wenig systematisierte Aufarbeitung betrieben worden<sup>1)</sup>. Wenn die Zukunftschancen der GRÜNEN, die zu ihrer Nutzung erforderlichen innerparteilichen Veränderungen sowie die Erwartungen der potentiellen GRÜNEN-Wähler gegenüber ihrer Partei genauer in den Blick geraten sollen, dann gehört dazu eine sorgfältige Analyse des bundespolitischen Abstiegs der GRÜNEN, wie er im Wahlergebnis vom letzten Dezember auf spektakuläre Weise seinen Ausdruck gefunden hat<sup>2)</sup>.

### I. Ursachen des Wahldebakels

#### 1. Das Abschneiden der GRÜNEN in der Bundestagswahl

Das Scheitern der West-GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1990 hatte niemand prognostiziert und fast niemand auch nur für möglich gehalten. Die überraschte und z.T. sogar schockierte Reaktion der Öffentlichkeit in den Tagen nach dem 2. Dezember zeigte dies überdeutlich. Mit Ausnahme

der Forschungsgruppe Wahlen, die am 19. November 1990 im ZDF-Politbarometer den westdeutschen GRÜNEN einen Stimmenanteil von nur 5,5 Prozent vorhergesagt, sich aber selbst zwei Tage vor der Wahl noch auf eine Prognose von 6,5 Prozent nach oben korrigiert hatte, waren die GRÜNEN in der Demoskopie nirgends auch nur in der Nähe der parlamentarischen Existenzgrenze von fünf Prozent angesiedelt worden<sup>3)</sup>. Aber nicht nur die Demoskopien hatten sich getäuscht. Nahezu die gesamte politische Öffentlichkeit hatte diesen erdrutschartigen Abstieg der GRÜNEN für unmöglich gehalten.

Die Ursachen stellen sich komplex dar, denn das wahlpolitische Schicksal politischer Parteien wird stets von externen Systembedingungen und inter-

<sup>1)</sup> Eine der wenigen Ausnahmen bildet Ferdinand Müller-Rommel, *Stabilität durch Wandel: DIE GRÜNEN vor und nach der Bundestagswahl 1990*, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1991<sup>2</sup>, S. 441 ff. Allerdings beschränken sich die Anmerkungen zu diesen Fragen lediglich auf einige allgemeine Überlegungen. Das von Ralf Fücks herausgegebene Bändchen „*Sind die GRÜNEN noch zu retten?*“, Reinbek 1991, enthält zwar eine Reihe interessanter Aufsätze, verfolgt aber nicht die Absicht wahlsoziologisch systematisierter Analyse.

<sup>2)</sup> Die nachfolgenden Anmerkungen zu diesem Aspekt fußen auf den Ergebnissen einer Untersuchung des Verfassers (Arbeitstitel: *Krisen und Erfolgsbedingungen grüner Politik unter besonderer Berücksichtigung der Bundestagswahl 1990*), die voraussichtlich im ersten Halbjahr 1992 erscheinen wird.

<sup>3)</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, *Politbarometer in Deutschland*, November 1990. Die Daten wurden veröffentlicht im ZDF am Abend des 19. November 1990. In ihrer Blitz-Umfrage wenige Tage vor der Wahl war die Forschungsgruppe auf ein Meinungsklima gestoßen, das sie zu einer Prognose von 6,5 Prozent für die GRÜNEN im Westen bewegte; vgl. Forschungsgruppe Wahlen, *Blitz-Umfrage*, Mannheim 1990.

nen Variablen bestimmt sein. Dabei sind kleinere Parteien stärker von externen Bedingungen abhängig. Jedenfalls sind sie stärker als die Großparteien zu internen Anpassungsleistungen an veränderte Systembedingungen genötigt.

Als Grundthese ist daher anzunehmen, daß der Zusammenhang zwischen den gravierenden Veränderungen der Systembedingungen und einer aus der Geschichte der GRÜNEN und ihren strukturellen Eigenarten zu extrapolierende Schwäche der Anpassungsleistung der Partei im Jahre 1990 auf dramatische Weise zum Verhängnis geworden ist. Mit anderen Worten: Ohne die dramatische Veränderung der Systembedingungen, wie sie mit der Deutschen Einheit und der überragenden Bedeutung dieses politischen Themas auf der politischen Agenda des Jahres 1990 sowie der Konkurrenz einer ökosozial-modernistisch geprägten sozialdemokratischen Kanzlerkandidatur Oskar Lafontaines für die westdeutschen GRÜNEN gegeben waren, wären sie trotz ihrer bundespolitischen Schwächen über die Fünfprozenthürde gekommen. Umgekehrt wäre ihnen die veränderte Konstellation nicht zum Verhängnis geworden, hätten sie ihre internen Schwierigkeiten zuvor einigermaßen zu bereinigen vermocht. Die veränderten Systembedingungen verdienen daher ebenso eine genaue Analyse wie die internen Schwächen der GRÜNEN.

## 2. Die GRÜNEN und die Deutsche Einheit

INFAS spricht in der Auswertung seiner monatlichen Repräsentativerhebungen über die wichtigsten politischen Aufgabenfelder im Urteil der Wähler davon, daß es 1990 zu einer historisch einmaligen Verschiebung in den politischen Prioritätensetzungen gekommen sei. Noch nie, seit solche Daten erhoben werden, habe in der Bundesrepublik ein derart dramatischer Themenwechsel stattgefunden wie 1989/90 mit der Deutschlandpolitik<sup>4</sup>). Nach Wolfgang Gibowski und Max Kaase „kann es an der überragenden Rolle der deutschen Vereinigung bei der Erklärung des Ergebnisses der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl nicht den geringsten Zweifel geben“<sup>5</sup>).

Daß es einen solchen Zusammenhang auch zwischen dem Wahldebakel der GRÜNEN und der Deutschen Einheit gegeben haben muß, ist in der innerparteilichen Diskussion über die Ursachen des Wahlergebnisses weithin unstrittig gewesen. Erhebliche Differenzen gab es jedoch in der Frage,

auf welche Weise dieser Zusammenhang das Wahlergebnis der GRÜNEN beeinflusst hat. Während ein Erklärungsmuster in den Vordergrund rückte, daß den GRÜNEN durch die Verschiebungen auf der politischen Agenda die thematische Profilierungschance im Wahljahr abhanden gekommen sei, machte eine zweite Variante ein allzu kritisches Verhältnis der GRÜNEN zur Deutschen Einheit mitverantwortlich für die Wahlniederlage. Eine dritte Hypothese stellt demgegenüber auf resignative und apathische Grundstimmungen eines Teils der GRÜNEN-Anhänger im Vereinigungsjahr ab<sup>6</sup>).

Die Verschiebung der politischen Agenda hat sich fraglos negativ für die GRÜNEN ausgewirkt. Die Deutsche Einheit und ihre Ausgestaltung war als eine außenpolitische Grundsatzfrage nicht das Thema einer Partei, die in den Kompetenzzuweisungen durch die westdeutsche Wählerschaft überwiegend als Umwelt- und allenfalls noch als Partei der Frauenemanzipation und der Minderheitenrechte angesehen wurde. Auch wenn die Partei deutschlandpolitische Fehler vermieden und zu größerer Geschlossenheit gefunden hätte, ihr Thema wäre die deutsche Vereinigung so wenig je gewesen wie es das Thema des Kandidaten Lafontaine sein konnte<sup>7</sup>).

Eine Rolle spielte auch der resignative politische Attentismus in der GRÜNEN-Klientel. Hier hätten die GRÜNEN freilich eine Gegensteuerung versuchen können. Aber sie waren im Herbst 1990 nicht in der Lage, den in dieser politischen Konstellation notwendigen Existenzsicherungs- und Behauptungswahlkampf zu führen<sup>8</sup>).

Am interessantesten, weil umstrittensten, ist die Frage, ob den GRÜNEN im Wahljahr 1990 ein allzu kritisches Verhältnis zum deutschen Vereinigungsprozeß zum Verhängnis geworden ist. Eine Zusammenfassung des hierzu vorliegenden Datamaterials ermöglicht folgendes Urteil<sup>9</sup>): In ihrer

<sup>4</sup>) So hat sich z.B. Joschka Fischer verschiedentlich geäußert, vgl. das Interview mit den Stuttgarter Nachrichten am 4. Dezember 1990; ähnlich seine Interpretation des bayerischen Landtagswahlergebnisses in der Frankfurter Rundschau vom 16. Oktober 1990.

<sup>7</sup>) Lafontaine war mit seinem ökomodernistisch-westeuropäischen Profil der Kanzlerkandidat des Jahres 1989, nicht des Jahres 1990. Für eine politische Konstellation, in der der Wahlausgang über ökosoziale Reformthemen bestimmt worden wäre, war er der richtige Mann. In der Situation des Jahres 1990 war er unter dem Gesichtspunkt von Mehrheitsfähigkeit der falsche Kandidat. Das zeigt sich bereits daran, daß nur die Hälfte der SPD-Anhänger hinter seinem deutschlandpolitischen Kurs stand.

<sup>8</sup>) Die hohen Abgänge ehemaliger GRÜNEN-Wähler in die Stimmenthaltung hätten durch einen solchen Wahlkampf zumindest teilweise verhindert werden können.

<sup>9</sup>) Zugänglich waren dem Verfasser die Rohdaten aus den Befragungen im Rahmen der Politbarometeruntersuchungen der Forschungsgruppe Wahlen. Sie erlauben genauere Aussagen über die Einstellungen der GRÜNEN-Anhängerschaft zu allen relevanten Fragen, die mit der Einheit zusammenhängen (vgl. die in Anm. 2 angekündigte Publikation).

<sup>4</sup>) Vgl. Politogramm – INFAS-Report Bundestagswahl 1990. Wahlen zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990. Analysen und Dokumente, Bonn-Bad Godesberg, S. 124.

<sup>5</sup>) Auf dem Weg zum politischen Alltag. Eine Analyse der gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/91, S. 12.

Gesamtheit muß die Anhängerschaft der GRÜNEN als diejenige Wählergruppe angesehen werden, die dem deutschen Vereinigungsprozeß und der Vereinigungspolitik der Bundesregierung die größte Skepsis und mentale Reservation entgegengebracht hat. Das ist zunächst nicht sonderlich überraschend.

Überraschender ist, daß die Meinungsdivergenzen in der GRÜNEN-Anhängerschaft gegenüber den Anhängerschaften der anderen Parteien geringer waren als sich dies in der Politik ihrer Partei niedergeschlagen hat. Trotz aller Skepsis trat, von einer kurzen Phase Ende 1989 abgesehen, eine anfänglich knappe, im Frühjahr 1990 dann größer werdende Mehrheit von GRÜNEN-Anhängern grundsätzlich für die Deutsche Vereinigung ein<sup>10)</sup>.

Eine beachtliche Minderheit von GRÜNEN-Wählern (ca. ein Viertel) hielt sogar schon im November 1989 Kohls Zehn-Punkte-Plan im Prinzip für unterstützenswürdig. Umgekehrt freilich lehnte eine noch stärkere Minderheit bis in den Sommer 1990 hinein die Wiedervereinigung grundsätzlich ab.

Eine starke Minderheit von potentiellen GRÜNEN-Wählern hat demnach die skeptische bis ablehnende Haltung ihrer Partei zur Deutschen Einheit zu keinem Zeitpunkt mitgetragen. Dies könnte die Abgänge von ehemaligen GRÜNEN-Wählern zu CDU und FDP, die in einer Größenordnung von etwa 200 000 Stimmen gelegen haben sollen, erklären<sup>11)</sup>.

Dennoch haben die GRÜNEN mit ihrer Deutschlandpolitik nicht einfach an den Wünschen ihrer Anhängerschaft vorbeigekostet. Denn eine beachtliche Minderheit von GRÜNEN-Anhängern – etwa ein Drittel – war auch dann noch gegen die Einheit, als die Partei nach einigen Mühen im Frühjahr 1990 mehrheitlich ihre grundsätzlich ablehnende Position aufgegeben hatte und fortan den freilich kaum eingelösten Anspruch vertrat, in den Prozeß der Ausgestaltung der Einheit eingreifen zu wollen.

Im Grunde war die Anhängerschaft der GRÜNEN in der entscheidenden politischen Frage des Wahljahres ähnlich gespalten wie die potentiellen SPD-Wähler. Der Unterschied lag allein in einer gewissen „Linksverschiebung“. Während nur etwa die Hälfte der sozialdemokratischen Anhängerschaft mit der nüchtern-skeptischen Grundhaltung von Oskar Lafontaine in diesen Fragen übereinstimmte, konnte eine politische Grundposition, wie sie Lafontaine in diesen Fragen vertrat, bei den

GRÜNEN-Wählern sogar eine deutliche Mehrheit hinter sich versammeln. Lafontaine war deutschlandpolitisch eher der Kanzlerkandidat der GRÜNEN als der der SPD.

Hätten sich die GRÜNEN jedoch im Grundsatz positiver zur Einheit gestellt, hätten sie zwar den Wünschen eines Teils ihrer Anhänger entsprochen, wären aber Gefahr gelaufen, deutschlandpolitisch „rechts“ von Lafontaine angesiedelt zu werden. Das war für die Partei politisch nicht möglich.

Das eigentliche Problem der GRÜNEN mit der Einheit lag darin, daß sie dieses Thema schlicht überforderte. In einer historisch offenen Konstellation, die mit vorgefertigten Deutungsmustern oder ideologischen Grundüberzeugungen allein nicht zu bewältigen war, mußten besondere Anforderungen an die Steuerungsleistung und Steuerungsfähigkeit der bundespolitischen Führungsgruppen der Partei gestellt sein. Eine solche Situation war – vielleicht – dann zu bewältigen, wenn sich ein innerparteiliches Zentrum mit einigem Verantwortungsbewußtsein bemüht hätte, tragfähige Positionen zu formulieren und Interpretationsangebote gegenüber der eigenen Anhängerschaft bereitzustellen, die wenigstens einen großen Teil der auseinanderstrebenden deutschlandpolitischen Positionen zusammenbinden konnte.

Ein handlungsfähiges und lenkendes bundespolitisches Zentrum, das solchen Anforderungen genügen konnte, hatte den GRÜNEN aber nie zur Verfügung gestanden und wurde von der Partei selbst in der Konstellation des Jahres 1990 nicht für erforderlich gehalten. Hinzu kam, daß die personelle Diskontinuität im Jahre der Bundestagswahl<sup>12)</sup> zu zusätzlichen Spannungen innerhalb der Leitungsgruppe führte, wodurch die praktische Umsetzung der notwendigen Steuerungsleistung zusätzlich erschwert wurde. Die schon länger bestehende Steuerungsschwäche der Bundespartei erwies sich erstmals als wirklich dramatisches und folgenreiches Problem.

Selbst wenn die GRÜNEN diese Probleme besser hätten lösen können, wäre freilich eine zweite Schwierigkeit geblieben: Mit Lafontaine und dessen politischem Profil war im Wahljahr 1990 ein Politikangebot unter sozialdemokratischem Etikett bereits gemacht, das gerade in der Deutschlandpolitik vieles von dem besetzen konnte, was auch eine Mehrheit von GRÜNEN-Anhängern

<sup>10)</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer in Deutschland, Dezember 1989, Februar bis Juni 1990. 1990 wuchs die Zustimmung von einer knappen Mehrheit bis zu einer deutlichen Zweidrittelmehrheit unter den GRÜNEN-Anhängern.

<sup>11)</sup> Vgl. INFAS (Anm. 4), S. 106.

<sup>12)</sup> Daß sich die GRÜNEN ausgerechnet in dieser Zeit auch noch ein heftiges Gerangel um die vermeintlich sicheren Listenplätze für die Bundestagswahl leisteten und ein Großteil der bekannteren Politiker aus der alten Fraktion aus Rotationsgründen nicht mehr antreten konnte, wirkte sich nicht nur als erhebliches zusätzliches Erschweris für die eigentlich so notwendige Kooperations- und Steuerungsfähigkeit der bundespolitischen Führungsgruppen aus, es war politisch auch hochgradig töricht.

dachte und empfand: Antinational, europäisch, nüchtern-pragmatisch Risiken wägend, statt vereinigungseuphorisch die realen Probleme unter den Tisch patriotischer Gefühlsseeligkeiten kehrend – so ähnlich hätte aus der Sicht einer Mehrheit von potentiellen GRÜNEN-Wählern im Westen auch die Haltung ihrer Partei aussehen sollen. Doch nun war dieser Platz bereits besetzt. Damit hätten sich die GRÜNEN selbst dann nicht leicht getan, wenn ihre bundespolitische Steuerungskompetenz größer gewesen wäre.

### 3. Die wahlpolitische Konkurrenz unter den Bedingungen der Kanzlerkandidatur von Oskar Lafontaine

Die INFAS-Wählerwanderungsbilanz zur Bundestagswahl 1990 weist aus, daß die GRÜNEN bei diesem Wahlgang etwa 600 000 ehemalige Wähler an die SPD abgegeben haben<sup>13)</sup>. Nach den Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen stimmte ungefähr jeder dritte GRÜNEN-Wähler von 1987, der auch diesmal zur Wahl gegangen ist, 1990 für die Sozialdemokraten<sup>14)</sup>. Selbst wenn man diese Werte nur als Tendenzaussagen begreift, kann es keinen Zweifel daran geben, daß es im Austausch zwischen rot und grün im Dezember 1990 zu dramatischen Verschiebungen gekommen ist.

Dieser Eindruck verstärkt sich bei der Analyse der bemerkenswerten Diskrepanzen zwischen den bei dieser Wahl für die GRÜNEN abgegebenen Erst- und den Zweitstimmen. Während die GRÜNEN im Westen am 2. Dezember 1990 nur einen Zweitstimmenanteil von 4,8 Prozent erreichten, kamen sie bei den für sie letztlich bedeutungslosen Erststimmen auf 5,5 Prozent. Die für die GRÜNEN abgegebenen Erststimmen hätten demnach für den Wiedereinzug in den Bundestag ausgereicht.

Das Splittingverhalten von GRÜNEN-Wählern ist ebensowenig neu wie ihre relative Nähe zur SPD. Sowohl die Befunde der Wahlsoziologie wie auch verschiedene Lebensstiltypologien, die zur Analyse des Wählersegments entwickelt worden sind<sup>15)</sup>, weisen aus, daß der zwischen rot und grün umstrittene Randwählerbereich wesentlich größer ist als der vergleichsweise schmale Sektor der grünen Stammwählerschaft, der bundesweit deutlich unter fünf Prozent liegt<sup>16)</sup>. Die soziologischen Analysen,

<sup>13)</sup> Vgl. INFAS (Anm. 11), S. 106.

<sup>14)</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Nr. 61, Mannheim 1990, S. 52.

<sup>15)</sup> Vgl. Peter Gluchowski, Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/87, S. 18 ff.

<sup>16)</sup> Vgl. ebd., S. 31. Gleichwohl vertrat auch Gluchowski seinerzeit die Auffassung, es könne von einer stabilen Verankerung der GRÜNEN in bestimmten Sozialmilieus ausgegangen werden. Angesichts der vorliegenden Daten ist allenfalls die Annahme einer Stammwählerschaft von drei Prozent realistisch.

die unter dem Eindruck des überaus günstigen Wahlergebnisses von 1987 den GRÜNEN als Milieupartei bereits eine feste, lebensstiltypologisch bzw. sogar sozialstrukturell verankerte Wählerklientel zubilligen wollten<sup>17)</sup>, haben diesen Sachverhalt seinerzeit eher verdunkelt und den GRÜNEN eine Sicherheit suggeriert, die es so nie gab. Die Mehrzahl der potentiellen GRÜNEN-Wähler schwankt zwischen der Wahl von SPD und GRÜNEN und entscheidet sich jeweils stark kontextorientiert.

Das ist nicht neu. Neu hingegen war das Splittingverhalten von rot-grünen Grenzwählern bei der Bundestagswahl im letzten Dezember: Während 1983 und 1987 die GRÜNEN vom Splitting zwischen rot und grün profitiert haben<sup>18)</sup>, hat sich dies 1990 umgekehrt.

Dieses Splittingverhalten kann auch nicht vorrangig als Protest gegen die Bundespartei gewertet werden, obwohl es dies sicher gegeben hat. Angesichts des Erscheinungsbildes der GRÜNEN auf der Bundesebene eher überraschend, existieren dafür aber nur wenige Anhaltspunkte. Erstaunlicherweise hat sich die Einschätzung der Bundespartei durch die Anhängerschaft der GRÜNEN auf der Sympathieskala in den Umfragen zwischen 1987 und 1990 im Jahresdurchschnitt nur geringfügig verändert. Wäre es vielen Wählern bei ihrem Splittingverhalten vorrangig um die Sympathiebekundung für die Arbeit der GRÜNEN vor Ort, gleichzeitig aber um Protest gegen die GRÜNEN als Bundespartei gegangen, hätten zudem die Differenzen zwischen den Erst- und Zweitstimmenergebnissen regional sehr viel unterschiedlicher ausfallen müssen.

Offensichtlich ging es der rot-grünen Grenzwählerschaft bei dieser Bundestagswahl in erster Linie um die Unterstützung der SPD und vor allem ihres Kandidaten. Dafür gibt es viele empirische Anhaltspunkte. Den ersten lieferte Lafontaine bereits 1985, als es ihm gelang, mit Hilfe einer geschickten Wahlkampfstrategie die GRÜNEN an der Saar zu

<sup>17)</sup> Vgl. Ursula Feist/Hubert Krieger, Alte und neue Scheidelinien des politischen Verhaltens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/87, S. 33 ff. Demgegenüber hatte F. U. Pappi ebenfalls zur Bundestagswahl 1987 eine Untersuchung vorgelegt, die sich mit dem Wahlverhalten der Anhänger der „neuen sozialen Bewegungen“ befaßt und zu für die GRÜNEN weniger optimistischen Schlußfolgerungen kommt. Pappi hat damals herausgearbeitet, daß zwar die Aktivisten von Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung bei der Wahl die GRÜNEN bevorzugten, die Anhängerschaft aber überwiegend zur SPD neigte. Franz-Urban Pappi, Neue soziale Bewegungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 143 ff.

<sup>18)</sup> 1983 erhielten die GRÜNEN 4,1 Prozent Erst-, aber 5,6 Prozent Zweitstimmen; 1987 waren es 7,0 Prozent Erst-, aber 8,3 Prozent Zweitstimmen.

marginalisieren – ein Ergebnis, das sich bei der Landtagswahl im Januar 1990 wiederholt hat<sup>19</sup>).

Auch die Sympathiewerte, die der Kandidat Lafontaine bei den GRÜNEN-Anhängern im Wahljahr 1990 erreichte, sprechen eine eindeutige Sprache. Auf der Skala von minus fünf bis plus fünf erreichte der sozialdemokratische Kanzlerkandidat bei der GRÜNEN-Anhängerschaft im Jahresdurchschnitt 1990 einen Sympathiewert von plus 2,3; demgegenüber war Johannes Rau 1986/87 auf knapp 1,0 gekommen<sup>20</sup>).

In den Wanderungsbewegungen zwischen grün und rot zwischen 1987 und 1990 haben sich keineswegs nur Sympathien für einen Kandidaten niedergeschlagen, der als erster SPD-Bewerber nicht mehr als der Kandidat der „alten Arbeiterpartei“ SPD, sondern einer „postmaterialistischen neuen Linken“ eingestuft wurde. Das Ausmaß der Rückwanderungen von grün zu rot ist untrennbar verbunden mit dem politischen Stil, Habitus und Profil des Kandidaten. Zugleich markiert die Kandidatur Lafontaines Höhepunkt und Abschluß einer Phase der politisch-programmatischen Neuorientierung der SPD, die schon kurz nach dem Einzug der GRÜNEN in den Bundestag 1983 begonnen hat.

Schon vor der Bundestagswahl 1987 hatten sich innerhalb der SPD politisch-programmatische Veränderungen vollzogen, die Befürchtungen über das weitere Schicksal der GRÜNEN hatten aufkommen lassen<sup>21</sup>). Insbesondere 1985 und zu Beginn des Jahres 1986 wurde ihre Zukunft innerhalb wie außerhalb der Partei als akut gefährdet eingeschätzt.

Daß sich diese Wandlungen in der SPD 1987 nicht in Stimmengewinne aus der GRÜNEN-Wählerklientel umsetzen ließ, die SPD im Gegenteil sogar an die GRÜNEN beträchtlich verlor, hatte vor allem drei Ursachen: Die politische Agenda, auf der gerade in der Phase unmittelbar vor (Tschernobyl) und sogar mitten im Wahlkampf (Sandoz) Umweltthemen eine hohe Priorität erreichten, was den GRÜNEN zweifellos zugute kam, ein Stück weit sicher auch die GRÜNEN selbst, deren Wahlkampfstrategie besser funktionierte als 1983 und 1990. Als entscheidend aber erwies sich der sozialdemokratische Kandidat: Johannes Rau war der Kandidat der alten SPD und deckte mit seinem Profil die programmatischen Erneuerungsbemühungen der SPD eher zu. Da er zudem mit einer

als völlig realitätsfern eingeschätzten Wahlkampfstrategie von der „eigenen Mehrheit“ in den Wahlkampf gezogen war, die noch nicht einmal sein eigener Parteivorsitzender für realistisch hielt<sup>22</sup>), und rot-grün als politische Option ablehnte, genoß Rau im rot-grünen Grenzwählerbereich kaum Sympathien. Entsprechend günstig war die Situation für die GRÜNEN: Rot-grün tendierte damals zu grün. 1990 war dies genau umgekehrt.

In den Jahren zwischen 1987 und 1990 ist es der SPD im Zuge des innerparteilichen Durchbruchs der „Enkelgeneration“ gelungen, den GRÜNEN politische Initiativkraft sogar auf deren ureigenstem Gebiet, der Ökologie, streitig zu machen. Während die von Lafontaine geleitete Programmkommission „Fortschritt 90“ von den GRÜNEN Begriffe und ganze Programmpassagen übernahm<sup>23</sup>), vermochten es die GRÜNEN nicht, darauf eine überzeugende Antwort zu finden.

Zwar hat in der politischen Konstellation des Jahres 1990 der ökosoziale Erneuerungskurs der SPD nicht die entscheidende Rolle gespielt. Dem Kandidaten Lafontaine ist es aber gelungen, eine in den Augen relevanter Teile der GRÜNEN-Anhängerschaft attraktive Verbindung von ökosozialen Reformprofil mit einer deutschlandpolitischen Grundorientierung zu verkörpern, die als antinationaler europäischer Modernismus auch eine Gewähr dafür zu bieten schien, daß die politischen Umbrüche bei einem Kandidaten Lafontaine nicht zur Einbruchsstelle der „alten Politik“ mit den alten materialistischen Prioritäten würden.

Ferner hat beim Austausch zwischen grün und rot die habituelle Seite eine gewichtige Rolle gespielt. Lafontaines Erfolg gerade in der GRÜNEN-Anhängerschaft beruhte auf einer spezifischen Verbindung von politischem Inhalt und politischem Stil. In der Form seiner politischen Interventionen bewies er eine Fähigkeit zu mediengerechter Zuspitzung, die bei Teilen der grünen Wählerklientel auch deshalb so gut ankam, weil sie dem wesens-

<sup>19</sup> Im Sommer 1986 ließ der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in einem Interview von seinem südfrenzösichen Urlaubsort aus verlauten, er halte das Ziel einer absoluten SPD-Mehrheit für unrealistisch, 42 Prozent seien doch auch ein schönes Ergebnis. Er brachte damit freilich nur auf den Punkt, was die öffentliche Meinung über Raus Wahlkampfstrategie dachte.

<sup>20</sup> Thomas Poguntke/Hermann Schmitt haben festgestellt, daß die SPD in zahlreichen umweltpolitischen Programmpunkten nahezu wortgleich Beschlüsse und Forderungen der GRÜNEN übernommen hat, vgl. dies., Die GRÜNEN – Entstehungshintergrund, politisch-programmatische Entwicklung und Auswirkung auf andere Parteien, in: Josef Schmid/Heinrich Tiemann (Hrsg.), Aufbrüche: Die Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen, Marburg 1990, S. 181 ff. Solche Adaptionen gab es besonders in den programmatischen Vorstößen zur Ökologisierung des Steuer- und Abgabensystems sowie in der Übernahme des ursprünglichen grünen Begriffs vom „Umbau der Industriegesellschaft“.

<sup>19</sup> Die GRÜNEN erreichten an der Saar 1985 2,5 Prozent, im Januar 1990 2,9 Prozent der Stimmen; Lafontaine konnte nach über 49 Prozent im März 1985 im Januar 1990 noch einmal gut vier Prozent zulegen.

<sup>20</sup> Vgl. das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen.

<sup>21</sup> Vgl. Otto Kallscheuer (Hrsg.), Die GRÜNEN – letzte Wahl? Vorgaben in Sachen Zukunftsbewältigung, Berlin 1986.

verwandt war, was man an den grünen Realos (gemäßigte Realpolitiker) bisher so geschätzt hatte.

So sehr Lafontaine mit seinem Stil mit Traditionen und Idealen der Programmpartei SPD brach, so sehr entsprach er den Wünschen und politischen Unterhaltungsbedürfnissen eines beträchtlichen Teils der GRÜNEN-Anhängerschaft. Lafontaine hatte eine moderne Form der gesellschaftlichen Wirkung gefunden, die viele erreichte, die die konventionellen Diskurs- und Abstimmungsprozesse der klassischen Programmpartei SPD ansonsten eher gelangweilt betrachtet hätten. Die GRÜNEN fanden darauf keine Antwort. Seine spezifische Verbindung von Form und Inhalt traf jedenfalls den politischen Nerv eines Großteils der rot-grünen Wechselwähler. Damit verschreckte er zwar zugleich sozialdemokratische Traditionswähler, konnte aber den GRÜNEN zur wahlpolitisch tödlichen Gefahr werden.

Die von Lafontaine repräsentierte Annäherung der SPD an die GRÜNEN endete unter den Bedingungen des Jahres 1990 zwangsläufig mit einem beiderseitigen Mißerfolg. Der eigentliche Profiteur der Lafontainischen Attraktivität in der GRÜNEN-Klientel hieß Helmut Kohl, dessen Partei, der CDU, dadurch eine strategische Mehrheit im 12. Deutschen Bundestag beschert wurde.

#### 4. Weitere externe Bedingungen

Zum Abstieg der GRÜNEN beigetragen haben einige weitere Bedingungen: die fortschreitende Erosion des Parteiensystems, die in Form von Abgängen zu den GRAUEN, der Ökologisch-Demokratischen Partei und der PDS diesmal auch die GRÜNEN betraf<sup>24</sup>); die machtpolitische Konstellation, die durch die „Unterthematierung“ von rot-grün und die Sicherheit über den Wahlausgang schon Wochen vor dem Wahltermin<sup>25</sup>) für SPD und GRÜNE negativ zu Buche schlug und vor allem die Wahlbeteiligung beeinflusste; die Anlage der öffentlichen Erwartungshaltung über das Abschneiden der GRÜNEN. In einer Situation, in der eine wenig überzeugende grüne Partei, die überdies im Wahlkampf kaum präsent war, angeblich sicher und sogar deutlich über fünf Prozent eingestuft wurde, gab es kaum ein taktisches Mo-

tiv, das unschlüssige Wähler zur Stimmabgabe zugunsten der GRÜNEN motivieren konnte.

#### 5. Interne Bedingungen für den Niedergang der GRÜNEN

Daß das Wahldebakel vom 2. Dezember 1990 zu einem erheblichen Teil auch mit Schwächen der GRÜNEN zu tun gehabt hat, leugnet mittlerweile selbst innerhalb der Partei praktisch niemand mehr. Von Strukturreformen ist seither vielfach die Rede gewesen.

Der Parteienforscher Joachim Raschke hat diesem „hausgemachten“ Teil der „Krise der GRÜNEN“ eine Veröffentlichung gewidmet<sup>26</sup>), die bei aller Zurückhaltung den basisdemokratischen und bewegungsorientierten Gründungs- und Organisationsidealen der GRÜNEN ein vernichtendes Zeugnis ausstellt: Das in jeder demokratischen Organisation existierende Spannungsverhältnis von Legitimität und Effizienz sei bei den GRÜNEN zu einem Antagonismus geraten, der zur permanenten Selbstüberforderung der Akteure geführt habe und mit dem die GRÜNEN letztendlich trotz großen persönlichen Einsatzes der Beteiligten noch nicht einmal die Anforderungen und Wünsche der eigenen Anhängerschaft hätten erfüllen können.

Deutlich sichtbar sind bei der Partei eine Fülle von hausgemachten Strukturdefiziten, die ihrem politischen Erfolg schon länger im Wege standen, sich jedoch unter den besonderen Bedingungen des Jahres 1990 erstmals in dieser einschneidenden Weise politisch auswirkten: unterentwickeltes Institutionenverständnis, „organisierte Verantwortungslosigkeit“ als Konsequenz der tendenziellen Ablehnung von Delegation und klaren arbeitsteiligen Strukturen, eine viel zu hohe personelle Fluktuation vor allem in den bundespolitischen Entscheidungsinstanzen, ein realitätsblindes Politikverständnis, dem bedrucktes Papier wichtiger scheint als die personelle Repräsentanz dieser Positionen in der Öffentlichkeit, Dominanz organisationsstruktureller Binnensichten gegenüber der politischen Außenwirkung, Geringschätzung leistungsorientierter Effizienzstrukturen und nicht zuletzt das Fehlen eines organisierenden und handlungsfähigen bundespolitischen Zentrums.

Die innere Entwicklung der GRÜNEN als bundespolitische Parteiorganisation hat mit den durch die Veränderung der politischen Außenwelt gesetzten neuen Anforderungen im Laufe der achtziger Jahre nicht Schritt halten können. In der besonders schwierigen Situation des Jahres 1990 hat dies den Mißerfolg der GRÜNEN hervorgerufen.

<sup>24</sup>) Angesichts der Knappheit des Scheiterns der GRÜNEN fielen auch die Stimmenabgänge an Kleinparteien ins Gewicht; vgl. die Wählerwanderungsbilanz bei INFAS (Anm. 4), S. 106.

<sup>25</sup>) Gemäß Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen waren bereits eine Woche vor der Wahl über 80 Prozent der SPD-Anhänger von der Niederlage ihrer Partei überzeugt. Aus diesem politischen Klimas resultierten für beide Oppositionsparteien Mobilisierungsprobleme, eine rot-grüne Regierung war schon länger kein Thema mehr. Vgl. W. G. Gibowski/M. Kaase (Anm. 5), S. 14, Anm. 23.

<sup>26</sup>) Joachim Raschke, Krise der GRÜNEN. Bilanz und Neubeginn, Marburg 1991.



Grob vereinfacht, läßt sich die Geschichte der GRÜNEN bis 1990 in drei Phasen einteilen: Die erste reicht von der Gründung der Partei bis etwa Ende 1983. An ihrem Ende steht die Niederlage der Friedensbewegung nach dem Bundestagsbeschluß zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und der Anfang vom Ende der Hochphase der „neuen sozialen Bewegungen“ in der Bundesrepublik.

Diese Zeit kann als Aufschwungphase der GRÜNEN betrachtet werden. In diesen Jahren agieren sie inmitten eines breiten politischen Umfelds, das ständig weiter anzuwachsen scheint. An die Parteiorganisation werden nur geringe Anforderungen gestellt. Eigenständige parteipolitische Mobilisierungsleistungen sind nicht nötig, Parteiorganisation und breites Initiativenumfeld durchmischen sich, häufig sind trennscharfe Abgrenzungen zwischen Partei und Bewegung unmöglich. Der politische Erfolg der GRÜNEN ergibt sich im wesentlichen aus dem Erfolg der Bewegungen, als deren parlamentarische Vertretung die neue Partei zu Recht gilt. Der geringe Formalisierungsgrad der Parteistrukturen wird nicht zum Hindernis für den politischen Anfangserfolg, im Gegenteil, er setzt in dieser Aufschwungphase kreative Potenzen frei, die in stärker formalisierten Strukturen so nicht vorstellbar sind.

Die zweite Phase der Parteientwicklung beginnt Ende 1983. An ihrem Anfang steht neben der Niederlage der Friedensbewegung ein zweites markantes Datum: Der ungefähr zur selben Zeit beginnende Weg der hessischen GRÜNEN in die erste rot-grüne Koalition auf Länderebene.

In dieser zweiten Phase ergeben sich wachsende Notwendigkeiten zu parteiförmiger Organisation und Mobilisierung. Die notwendiger werdende Eigenakzeptanz der GRÜNEN als normale Partei im parteipolitischen Konkurrenzkampf wird aber nur von einem Teil der Aktiven nachvollzogen.

Die damit verbundenen Probleme mangelnder Handlungsfähigkeit und schwieriger Außenprofilierung werden jedoch auf eine völlig unvorhergesehene Weise gelöst. Wo die Schwäche der formellen Strukturen in der Bundespartei kein handlungsfähiges Zentrum ausbilden kann, wird die immer notwendiger werdende Ordnungs- und Orientierungsleistung für einige Zeit von den Parteiflügeln übernommen. Der 1983/84 durch den Streit um den hessischen Weg entstehende Strömungsdualismus von Realos und Fundis (Fundamentalisten) übernimmt auf informeller Basis politische Strukturierungs- und Orientierungsleistungen für die Gesamtpartei. Wo die Parteientwicklung ein handlungsfähiges bundespolitisches Zentrum nicht zuläßt, sorgen zwei Teilzentren für interne Strukturbildung und ein Außenprofil, das sich aus der Addition von zwei Teilprofilen zusam-

mensetzt. Bei diesem Prozeß bleibt das informelle Prinzip bestimmend.

Diese naturwüchsig entstandene Lösung der grünen Strukturprobleme konnte nur zeitweise halbwegs funktionieren. Einmal wurden in beiden Teilzentren der Bundespartei derart unterschiedliche Positionen und strategische Politikoptionen vertreten, daß sich diese auf Dauer nahezu ausschließen mußten. Hinzu kam, daß durch die internationale Entwicklung systemoppositionelle Weltbilder aller Art spätestens seit 1987 an Überzeugungskraft und Plausibilität verloren und im Zuge der wachsenden Involvierung der GRÜNEN ins politische System vor allem über die Kommunal- und Landesparlamente ein realpolitischer Unterbau entstand.

So blieb das Verhältnis der beiden grünen Teilzentren bis zur Bundestagswahl 1987 zwar noch von einer Mischung aus hartem Konflikt und wechselseitiger Anerkennung als Antipoden bestimmt, die sich immerhin gegenseitig im Prinzip die politische Existenzberechtigung nicht absprachen. Als aber nach dem hessischen Koalitionsbruch und der anschließenden Wahlniederlage der Koalitionsparteien sowie dem „Durchmarsch“ der Fundamentalisten auf dem Bundesparteitag der GRÜNEN in Duisburg im Frühjahr 1987 die Bundespartei strömungspolitisch von den Radikalen dominiert wurde, war dies im Grunde bereits ein historischer Anachronismus.

Das bewiesen die folgenden anderthalb Jahre des Schlußkampfes im Streit der beiden Parteiflügel (Realos vs. Fundis) auf eindrucksvolle Weise. Während an der Parteibasis Unmut und Unverständnis über den Strömungsdualismus und seine unangenehmen Begleiterscheinungen wuchsen, führte die fundamentalistische Mehrheit an der Parteispitze einen zähen und z.T. erbarmungslosen Abwehrkampf gegen das realpolitische „Abwechslertum“ und die „Linie des Verrats“.

Die Abwahl des fundamentalistisch beherrschten Bundesvorstands auf der Bundesversammlung im Dezember 1988 in Karlsruhe zeigte nicht nur, daß die Fundis ihre Kräfte im Abwehrkampf gegen die Realos aufgezehrt hatten. Sie markierte zugleich das Ende dieser zweiten Phase der grünen Parteientwicklung: Mit dem Ende des Strömungsdualismus war auch die strukturbildende und profilierende Kraft der beiden Teilzentren verbraucht.

Im Prinzip war die jetzt notwendige Überwindung des Strömungsdualismus auf zweierlei Weise möglich: Entweder die Realos dominierten die Bundespartei, rückten somit ins Zentrum der Partei und begannen unmittelbar danach mit einer Integrationsstrategie gegenüber den integrationsfähigeren Teilen der Radikaleren. Oder aber es bildete sich ein ganz neues Kraftzentrum, das jetzt die Überwindung des Alten besorgte und das endlich

erreichte eine Zentrum bildete. Für eine solche Lösung bot sich die Gruppe „Grüner Aufbruch“ an, die in der Endphase des Strömungsdualismus um die Jahreswende 1987/88 entstanden war. Angesichts der verständlichen Bedürfnisse von vielen an der Parteibasis, daß in Bonn doch endlich einmal Ruhe einkehren möge, mußte der „Aufbruch“ bei der Erringung der Mehrheit relativ leichtes Spiel haben.

So setzte sich die zweite Lösung durch: Während Schilys Kandidatur zum Sprecher der Bundestagsfraktion im Januar 1989 am Widerstand einer knappen Mitte-Links-Mehrheit scheiterte, rückte mit Antje Vollmer eine der beiden Hauptpersonen des „Aufbruch“ in die Sprecherinnenrolle auf und wurde für die nächsten beiden Jahre de facto die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN in Bonn. Die zweite Hauptperson, der Bremer Ralf Fücks, wurde im März 1989 zu einem von drei Sprechern in den Bundesvorstand gewählt und schien angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Bundespartei dort in der „zentristischen“ Position.

Zugleich begann der Erosionsprozeß in den alten Parteiströmungen. Während sich auf der Seite der Linken und Radikaleren ein völliger Diffundierungsprozeß abspielte, an dessen Ende allein das „Linke Forum“ als organisierter Strömungszusammenhang der Linken bei den GRÜNEN verblieb, machten sich die Folgen dieser Erosion in abgeschwächter Form auch bei den Realos bemerkbar: Hier äußerten sie sich in Form wachsender Spannungen zwischen den einzelnen bundespolitischen Exponenten, die im Vorfeld der Bundestagswahl 1990 und der vorangehenden Listenaufstellungen an Schärfe noch zunahmen.

Ohne der politischen und intellektuellen Leistung einzelner Respekt versagen zu wollen, wird man aus heutiger Sicht sagen müssen: Der „Aufbruch“ als Gruppe hatte sich mit dem selbst gesetzten Anspruch, den Ausbruch aus der Flügelpolarisierung zu besorgen und in der Mitte der Partei ein integrations- und handlungsfähiges neues Zentrum zu bilden, übernommen. Zwar wurde vor allem Antje Vollmer über ihre Bonner Sprecherinnenrolle zu einer vielbeachteten politischen Persönlichkeit. Zugleich aber rückten sie und ihre engen politischen Freunde unter innerparteilichen Aspekten immer stärker in eine Flügelposition. So entfernte sich der „Aufbruch“ von der ursprünglich selbst gestellten Aufgabe.

Zugleich vollzog sich eine Revitalisierung ideologischer Grundsatzauseinandersetzungen um die politische Rolle und den Standort der GRÜNEN. Was in der Phase des vor allem auf unterschiedliche strategische Politikoptionen zurückgehenden Strömungsdualismus eher in den Hintergrund getreten war, bekam jetzt neuen Auftrieb: Die Auseinandersetzung über die Politik der GRÜNEN wurde

wieder stärker entlang ideologischer Grundüberzeugungen und der Links-Rechts-Achse geführt. Dabei erlebten die bisher eindeutig minoritären Auffassungen aus dem Spektrum der „Ökolibertären“ über ihre Teiladaption durch den „Aufbruch“ einen unverhofften Aufschwung. Die verbliebenen Reste des linken Systemüberwindungsdenkens, die jetzt in einer gemäßigten „Juso-Variante“ vor allem im Spektrum des Linken Forums artikuliert wurden, blieben jedoch stark genug, um alltagspolitisch wie programmatisch eindeutige Klärungen zu verhindern.

Die bis heute andauernde dritte Phase der grünen Parteientwicklung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Aufbruchgruppe konnte die von ihr selbst formulierte Aufgabe, aus der Mitte der Partei endlich ein handlungsfähiges Zentrum der Bundespartei zu schaffen, nicht erfüllen. Die „Altrealos“ waren dazu aus eigener Kraft im Frühjahr 1989 überhaupt nicht in der Lage. Ein Bündnis zwischen ihnen und dem Aufbruch ließ sich zunächst nicht realisieren und blieb auch später aus vielerlei Gründen prekär. Als es dann doch gelang, scheiterte der auf der Bundesversammlung in Hagen im Frühjahr 1990 gemeinsam vorgetragene innerparteiliche Machtanspruch auch an der ideologisierten Form, in der er angemeldet wurde.

Die Folge dieser Entwicklung bestand in einer gefährlichen Diffusion des grünen Profils auf Bundesebene. Mit der Überwindung des alten Strömungsdualismus hatten die alten Strömungen an struktur- und profilbildender Kraft eingebüßt. Gleichzeitig erwiesen sich weder der Aufbruch noch die formellen Strukturen der Parteiorganisation als stark genug, die entstehenden Lücken auszufüllen und die gerade 1990 so überaus notwendigen Integrations- und Steuerungsaufgaben wahrnehmen zu können. Wie schwach die Kraft der formellen Strukturen geblieben ist, illustriert das Schicksal des im Juni 1990 gewählten Bundesvorstands. Trotz aller Kooperationsangebote der Mehrheit der Altrealos – die darin nach Hagen die einzige Chance sahen, die GRÜNEN wenigstens in den nächsten Bundestag zu bringen –, vermochte es dieser Vorstand nicht, für ein halbwegs konturiertes und klares Profil der GRÜNEN im Bundestagswahlkampf zu sorgen.

So sind die GRÜNEN im Dezember 1990 auch daran gescheitert, daß der seit Anfang 1989 mögliche und notwendige Übergang vom informellen zum formellen Prinzip bei der Strukturierung des politischen Profils der Partei bis zur Bundestagswahl 1990 nicht gelungen ist. Wo sich im Bundestagswahlkampf 1987 ein wahrnehmbares politisches Gesamtprofil der GRÜNEN noch aus der Addition von zwei verschiedenen Teilprofilen zusammensetzte, diffundierte in einer durch die gesellschaftliche Umbruchphase zusätzlich verkom-

plizierten Situation das politische Profil der GRÜNEN völlig. Die Überwindung des Strömungsdualismus führte zunächst einmal in eine unprofilierte Beliebigkeit.

Mit der notwendigen Überwindung des Strömungsdualismus war eine große Chance, aber auch ein ebenso großes Risiko verbunden. Bis 1990 erwies es sich vor allem als Risiko. Denn bis zur

Bundestagswahl vermochten es die GRÜNEN nicht, die sich daraus ergebenden Probleme in den Griff zu bekommen. Die Ablösung von zwei Führungen, die es in der Zeit des Strömungsdualismus auf informeller Basis stets gegeben hatte, führte nicht zu dem herbeigesehnten integrativen und handlungsfähigen Zentrum, sondern in ein Führungsvakuum. Genau dies aber konnten sich die GRÜNEN im Jahre 1990 weniger denn je leisten.

## II. Die Entwicklung der Partei seit der Bundestagswahl

Bereits am Wahlabend des 2. Dezember 1990 begann die Debatte um die politischen Konsequenzen des Wahldebakels<sup>27)</sup>. Zwei Tage nach der Wahl forderten Antje Vollmer und Joschka Fischer in einem gemeinsamen Auftritt vor der Bundespressekonferenz einen strukturellen und politischen Neuanfang: Fischer sprach von einer völlig neuen Partei, die es jetzt aus der alten zu schaffen gelte.

Auch von anderen Seiten der Partei kamen jetzt Signale in Richtung einer Parteireform. Der Sprecher des Linken Forums und heutige Parteisprecher Ludger Volmer sprach in der Woche nach der Wahl davon, daß man bei den Strukturreformen über vieles reden könne. Allerdings müßten die GRÜNEN an ihrer „links-emanzipativen“ Grundrichtung festhalten. Die hessische GRÜNEN-Landesversammlung am Wochenende nach der Bundestagswahl zeigte, daß Jutta Ditfurth mit ihrem Anhang auf den Status einer Politsekte geschrumpft war.

Der Ausgang der hessischen Landtagswahlen vom Januar 1991 mit dem Erfolg für eine rot-grüne Koalition und der Stabilisierung der GRÜNEN sorgte für ein zwischenzeitliches Abebben der innerparteilichen Reformdiskussion. „Wir sind wieder wer“ ließ sich Parteisprecher Ströbele vernehmen. Schon wurden Stimmen laut, die die Bundestagswahlniederlage als einmaligen Ausrutscher ansahen, der im wesentlichen aus den für die GRÜNEN besonders ungünstigen Rahmenbedingungen erklärbar sei.

Das hessische Wahlergebnis erlaubte noch keine Prognose über eine Trendwende und die Zukunftschancen der GRÜNEN. Aus heutiger Sicht wird man das Wahlergebnis der GRÜNEN von 8,8 Prozent als ein Resultat interpretieren müssen, das nur als Ergebnis zweier gegenläufiger Stimmungstendenzen in der Wählerschaft zustande gekommen sein kann. Einerseits markierte es gegenüber der Bundestagswahl eine Trendwende. Angesichts der politischen Stabilität der hessischen

GRÜNEN, dem Fehlen eines parteipolitischen Konkurrenten vom Zuschnitt eines Oskar Lafontaine und einer breiten Zustimmungswelle im rot-grünen Grenzwählerbereich nach der verlorenen Bundestagswahl wird man aber kaum von einem optimalen Ausschöpfen des potentiellen Wählerreservoirs der GRÜNEN sprechen können. Gleichwohl waren die GRÜNEN mit dem hessischen Ergebnis nach dem Dezember-Debakel hochzufrieden.

Bundespolitisch allerdings kam es nach der Hessenwahl zunächst zu einem gewissen Rückschlag in der innerparteilichen Reformdiskussion.

Auch die positive Grundstimmung hielt jedoch nicht lange vor. Während der Golfkrieg auch innerhalb der GRÜNEN kontroverse Diskussionen auslöste, mußte Parteisprecher Ströbele nach umstrittenen Äußerungen zu Israel und den Raketenangriffen des Irak von seinem Amt zurücktreten, was eine Schwächung der innerparteilichen Position der Linken bedeutete. Zugleich waren auf einigen Landesparteitagen die Weichen in Richtung Parteireform gestellt worden: Professionalisierte Vorstände sollten her, die Rotation wurde abgeschafft, die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat zumindest gelockert. Sogar in Hamburg konnte sich nun eine Reformgruppe gegen den Block der Altlinken durchsetzen, der über Jahre jeden Ansatz einer Öffnung der Partei zu einer rot-grünen Reformpolitik mit allen Mitteln verhindert und die Landesorganisation der GRÜNEN derart heruntergewirtschaftet hatte, daß nach einer Abspaltung sogar fraglich geworden war, ob es nach der Bürgerschaftswahl vom Juni 1991 überhaupt noch eine weitere Vertretung der GRÜNEN im Hamburger Landesparlament geben würde.

Die Zukunft der GRÜNEN blieb weiterhin ungewiß. Während in Hessen die Verhandlungen über eine rot-grüne Regierungsbildung Fortschritte machten, mußten die rheinland-pfälzischen GRÜNEN dem Wahltag im April entgegenzittern: Umfragen stufen sie nur wenige Wochen vor der Landtagswahl am 21. April eher unter als über der Fünfprozentgrenze ein.

<sup>27)</sup> Vgl. das SPIEGEL-Interview des Verfassers vom 4. Dezember 1990.

In dieser Lage kam die taktische Klugheit der rot-grünen Wechselwählerschaft und eines Teils der Sozialdemokraten den GRÜNEN zu Hilfe. Da die SPD in Rheinland-Pfalz keine Chance auf eine absolute Mehrheit besaß, mußte bei einem Scheitern der GRÜNEN auch die von Rudolf Scharping präferierte sozialliberale Koalition unmöglich sein. Dann nämlich wäre in Mainz die christlich-liberale Koalition an der Regierung geblieben. Diese Alternative vor Augen, wählte die rot-grüne Wählerklientel z. T. grün.

Wiederum wirkte der glückliche Wahlausgang kurzfristig als Entlastung auf die innerparteiliche Reformdiskussion. Jene Kräfte auf Seiten der Parteilinken, die keine durchgreifende Reform wollten, atmeten auf.

Die folgende Auseinandersetzung auf dem Parteitag von Neumünster konzentrierte sich vor allem auf drei Fragen: Zum einen sollte es um eine politisch-programmatische Erklärung gehen, die den politischen Standort der GRÜNEN zu bestimmen hatte. Breiten Raum würden daneben die Strukturfragen einnehmen. Da es hier um Satzungsfragen ging, war eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Ferner stand die Neuwahl des Parteivorstands auf der Tagesordnung.

Auf dem Parteitag zeigten sich noch einmal nahezu sämtliche Unarten der „alten GRÜNEN“: Eine jakobinische Grundstimmung des Anti-Promi-Affronts, erbarmungslose Entscheidungsschlachten, in denen fast jedes Mittel erlaubt schien; von Geschäftsordnungschaos und offenen Haßausbrüchen am Mikrofon bis zu nächtlichen Wasserpistolerios und Podiumsbesetzungen reichte das Arsenal. Atmosphärisch mußte in Neumünster der Eindruck aufkommen: Diese Partei will genau so weitermachen, wie sie bis zum 2. Dezember 1990 gewesen war.

Auch in der Sache konnten die Parteireformer nicht zufrieden sein: Bei den Strukturreformen war man über Ansätze nicht hinausgekommen, die Bundespartei sogar eher noch hinter dem zurückgeblieben, was die Landesparteien mittlerweile beschlossen hatten. So wurde z. B. keine Mehrheit für eine Lockerung der Trennung von Amt und Mandat zur Satzungsänderung erzielt. In der Personalfrage waren Antje Vollmer und der Verfasser als Kandidaten von Realos und Aufbruch knapp gescheitert. Zu neuen Parteisprechern wurden die Ostdeutsche Christine Weiske sowie der ehemalige Bundestagsabgeordnete Ludger Volmer gewählt. Beide mußten dem linken Parteiflügel zugerechnet werden.

Die öffentlichen Reaktionen auf den Parteitag waren verheerend. Das hatte natürlich auch mit den enormen Erwartungen zu tun, die die Öffentlichkeit an diesen „Reformparteitag“ gestellt hatte. Die Bereitschaft war groß, den GRÜNEN einen

ernsthaften Erneuerungswillen abzunehmen. Um so größer fiel jetzt die Enttäuschung aus.

In dieser Lage half den GRÜNEN der spektakuläre Schritt, zu dem sich Jutta Ditfurth mit dem ihr verbliebenen Grüppchen zwei Wochen nach dem GRÜNEN-Parteitag entschloß. In Neumünster noch vorne im Abwehrkampf gegen die Parteireformer und am Ende sogar Zünglein an der Waage zugunsten der knappen Mehrheit für die Radikaleren – der Ditfurth-Flügel konnte trotz allem in Neumünster noch etwa 15 Prozent der Delegiertenstimmen auf sich vereinigen –, hatte sie nun festgestellt, daß der Kurs der „Anpassung“ und des „Verrats“ nicht mehr aufzuhalten sei. Auf einem Treffen in Frankfurt kündigten sie und ihre Getreuen den Parteiaustritt an. Der Schritt dieser Gruppe half den GRÜNEN, den öffentlichen Eindruck von Neumünster wieder etwas zu relativieren.

Daß die „Wasserpistolenfraktion“ den GRÜNEN in jener Parteitagsnacht noch nicht den Todesstoß versetzt hatte, wurde im Juni deutlich. Die Bürgerschaftswahl in Hamburg brachte ein angesichts der langjährigen Verwerfungen bei den dortigen GRÜNEN beachtliches und kaum erwartetes Wahlergebnis von über sieben Prozent, während zugleich die „Alternative Liste“ der ausgetretenen Linksdogmatiker gerade auf ein Prozent kam. Dann nahm der Kölner Fortsetzungsparteitag von Neumünster einen für grüne Verhältnisse ungewohnt harmonischen Verlauf. Gestritten wurde kaum.

Zwar blieb die Bundesspitze der GRÜNEN den Sommer über nahezu unsichtbar. Die Bundespartei spielte in der gesamten tagespolitischen Auseinandersetzung kaum noch eine Rolle. Hier scheint sich der schwerwiegende Nachteil in den Öffentlichkeitszugängen, der sich aus der Nichtpräsenz der westdeutschen GRÜNEN im Bundestag ergibt, mit einem Übermaß an reiner Binnenorientierung in den Parteigremien zu verbinden. Gleichwohl ist den GRÜNEN trotz ihrer bundespolitischen Nichtpräsenz bei der Bremer Bürgerschaftswahl Ende September 1991 ein Wahlerfolg gelungen, der erstmals eine wirkliche Trendwende anzeigen könnte.

Nachdem die Hessenwahl für die GRÜNEN noch im Zeichen gegenläufiger Trends stand und den GRÜNEN in Rheinland-Pfalz die taktische Klugheit der rot-grünen Wechselwählerschaft zugute kam, ist im Mai/Juni in der Wählerschaft anscheinend eine Entscheidung gefallen. Es gibt eine beachtliche Bereitschaft, die Bundesversammlung von Neumünster als letzten Ausrutscher aus einer vergangenen Zeit zu werten und zu vergessen. Dabei hat sich vermutlich der Austritt der Ditfurth-Gruppe für die GRÜNEN segensreich ausgewirkt.

### III. Zukunftsperspektiven der GRÜNEN

Die politische Entwicklung ist für die GRÜNEN seit dem Dezember 1990 insgesamt günstiger verlaufen als viele – das gilt auch für den Verfasser – zunächst angenommen hatten. Die erste Etappe auf dem Rückweg nach Bonn scheint genommen, könnte man unter dem Eindruck des Bremer Wahlergebnisses meinen.

Der Weg bis 1994 ist aber noch weit und wird den GRÜNEN noch manche Beschwerlichkeiten bringen. Die Bindungen zwischen den GRÜNEN und ihren Wählern sind schwach, ihre Stammwählerschaft ist klein und die Nähe der Mehrzahl der GRÜNEN-Wähler zur SPD groß. Deshalb werden auch künftig die konkrete Konstellation, das politische Profil und auch die Kandidaten für die Wahlentscheidung zwischen SPD und GRÜNEN ausschlaggebend sein.

Wie sich dies in der Bundestagswahl 1994 darstellen wird, darüber lassen sich aus den wahlsoziologischen Erkenntnissen keine sicheren Prognosen stellen. Es wird sehr stark vom subjektiven Vermögen der GRÜNEN abhängen und von ihrer Mobilisierungsfähigkeit. Und natürlich auch vom Zustand und Profil ihres Hauptkonkurrenten auf der ökologischen Linken, der SPD.

Mittlerweile lassen sich allerdings einige Bedingungen angeben, die die Chancen für die GRÜNEN verbessern könnten. Allem Anschein nach hat die Sozialdemokratie mit der Kanzlerkandidatur von Oskar Lafontaine und seinem Mißerfolg den Höhepunkt an ökosozialem Reformprofil erreicht – und bereits wieder überschritten. So bedeutet womöglich Lafontaines Verzicht auf den ihm angetragenen SPD-Vorsitz eine Weichenstellung, die sich für die Wahlchancen der GRÜNEN in der Zukunft günstig auswirken kann. Björn Engholm scheint jedenfalls sowohl vom politischen Profil wie von der habituellen Seite her der für die GRÜNEN wesentlich ungefährlichere Konkurrent im Kampf um Wählerstimmen zu sein.

Das Scheitern von Lafontaine und der GRÜNEN sowie die daraus resultierende strategische Mehrheit für die CDU im Bundestag haben in der SPD Spuren hinterlassen. Für die Chancen der GRÜNEN ist der damit verbundene Wechsel von Person und Politik eher günstig. Eine Neuauflage der Kanzlerkandidatur von Oskar Lafontaine wird es mit einiger Sicherheit 1994 jedenfalls nicht geben.

Ob die GRÜNEN die damit verbundenen Chancen nutzen können, hängt entscheidend von ihnen selbst ab. Politisch-programmatisch haben sie dann eine gute Chance, wenn sie sich auf weitgehend entideologisierte Grundlage bei den klassischen Themen der Postmaterialisten profilieren: Ökolo-

gie, Minderheitenrechte, Frauen. Da auch der Einbruch der klassischen Verteilungskonflikte als bestimmende Themen der öffentlichen Auseinandersetzung in der Folge der Deutschen Einheit diese Themen nicht auf Dauer in den Hintergrund drängen konnte – mit der Flüchtlings- und Einwanderungsproblematik besitzt gegenwärtig ein zentrales Thema des grünen Politikansatzes hohe Priorität auf der politischen Agenda –, bleiben die thematischen Profilierungschancen für die GRÜNEN bestehen.

Organisationspolitisch wird die Partei den Weg der Strukturreformen fortsetzen müssen. Will die Partei 1994 wieder in den Bundestag, wird sie schaffen müssen, was ihr 1990 überhaupt nicht gelang: Mobilisierung ihrer Anhänger. Die GRÜNEN müssen aufhören, daran zu glauben, daß sie deshalb gewählt würden, weil es sie gibt und die Partei in umfänglichen Konvoluten allerhand politische Absichtserklärungen zu Papier gebracht hat. Erstens wird heutzutage niemand wegen seiner guten Absichten gewählt und zweitens werden diese Papiere nur dann zur Kenntnis genommen werden, wenn es Menschen gibt, die sie in der Öffentlichkeit entsprechend plazieren können und dies von der Partei, die sie vertreten, auch ausdrücklich gewünscht wird.

Mit der Perspektive 1994 ist gerade in diesen Wochen nach der Gründung der Partei „Bündnis 90“ auch die Frage nach der Form des politischen und organisatorischen Zusammenwirkens im Blick auf die Bundestagswahl aufgeworfen. Da auf beiden Seiten die Einsicht verbreitet scheint, daß man keinesfalls gegeneinander antreten dürfe, kann die Grundrichtung des künftigen Verhältnisses das eigentliche Problem kaum sein. Schwierig wird eher die Form des künftigen gemeinsamen Weges. Wie immer dies im einzelnen aussehen mag: Es wird für alle Beteiligten darauf ankommen, diese Frage frühzeitig zu klären und nicht im Wahljahr 1994 damit für Verwerfungen zu sorgen.

„Wenn die grüne Partei so bleibt, wie sie sich in der Bundestagswahl 1990 dargestellt hat, dann wird sie auf absehbare Zeit als relevante parteipolitische Kraft verschwinden. Vollziehen die GRÜNEN jedoch erfolgreich die notwendigen programmatischen und organisatorischen Veränderungen, dann werden die innerparteilichen Wandlungsprozesse zur Stabilität der GRÜNEN im bundesdeutschen Parteiensystem führen.“<sup>28)</sup> Im Herbst 1991 haben sich die Chancen für die zweite Möglichkeit verbessert.

<sup>28)</sup> F. Müller-Rommel (Anm. 1), S. 450f.

# Die Zukunftsdiskussionen und -programme der Parteien und Verbände

## Nur Rauch ohne Feuer?

Bei den politischen Parteien, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen ist seit einigen Jahren Zukunft zum Gegenstand von Diskussionen, programmatischen Beschlüssen und politischen Maßnahmen geworden. Stichworte wie Ökologie, Frauen, Technik, Sicherheit etc. kennzeichnen die Herausforderungen einer problematisch gewordenen Zukunft und bilden die Themen, auf die die Zukunftsprogramme aller Couleur eine Antwort zu geben beabsichtigen<sup>1)</sup>.

Im folgenden wird vor allem versucht, die Ursachen und Funktionen dieser Zukunftsdiskussionen herauszuarbeiten. Dazu werden 1. die politischen und organisatorischen Bedingungen und Ursachen solcher Programminnovationen untersucht, 2. der

gesellschaftliche Wandel und die daraus resultierenden Probleme für die traditionellen Utopien und Ideologien auf diese Diskurse bezogen sowie schließlich 3. ihre Bedeutung im Hinblick auf politische Steuerung analysiert. Damit wird dem Phänomen Zukunftsdiskussion entgegen dem provokanten Untertitel des Beitrags eine theoretische und praktische Bedeutung zugemessen. Dies gilt auch in bezug auf die derzeit alles überlagernde Wiedervereinigungsthematik. Viele der damit verbundenen gesellschaftspolitischen Probleme sind bereits im Rahmen der Zukunftsdiskussion angesprochen und in Ansätzen einer Lösung zugeführt worden. Darüber hinaus beginnt seit Mitte 1991 in mehreren Organisationen eine weitere Runde an programmatischer Modernisierungsarbeit.

## I. Zukunft als Problem der Politik

### 1. Programmatische Aufbrüche

Der weltweite Einbruch in Form von ökonomischen und ökologischen Krisen hat den traditionellen Optimismus nachhaltig erschüttert: Zukunft in all ihren politischen Schattierungen hat viel von ihrer Attraktivität verloren<sup>2)</sup>. So ist z. B. der traditionelle Konsens über das enorme Potential des technischen Fortschritts brüchig geworden<sup>3)</sup>. Aus der Weiterführung des Fortschritts läßt sich künftige Realität als Verbesserung gegenwärtiger Wirklichkeit nicht mehr ermitteln. Geblieben ist ein Trümmerfeld der Weltbilder, in dem Zukunft primär als Kontinuitätsbruch erfahren wird und als homogene und integrative Vorstellung nicht mehr

naturwüchsig verfügbar ist. Das Vertrauen in sie muß daher neu gewonnen werden; nicht nur im Sinne professionalisierter politischer Kommunikation, sondern auch und vor allem durch politisch-sachliche Substanz.

Alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen – Parteien, Verbände und Kirchen –, für die ein Grundbestand an normativen Orientierungsmustern existenznotwendig ist, sind von der Erosion der sozialen Zeitperspektiven betroffen. Sie sind mit annähernd gleichen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen und Herausforderungen konfrontiert. Das bedeutet, daß kaum eine relevante politische, gesellschaftliche oder kulturelle Organisation sich den Zukunftsfragen entziehen kann. Bei allen sind die alten Ideenangebote glanzlos geworden und häufig erscheinen sie als „Ratlose Riesen“<sup>4)</sup>.

Die intensiven programmatischen Aktivitäten der Parteien und der Verbände verbinden „soziologischen Scharfblick“ mit „imaginärer Sinnkonstitution“<sup>5)</sup>, d. h. sie sind einerseits als Reflex der Umbruchsituation in Wirtschaft und Gesellschaft und

1) Allein ein Blick in die Fülle an Literatur, die unter dem Schlagwort Zukunft in Buchkatalogen und Datenbanken kategorisiert ist, bestätigt dies. Zur Zusammenfassung von Theorien, Szenarien und Trendberichten gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen vgl. Katrin Gillwald, Zukunftsforschung aus den USA, Wissenschaftszentrum Berlin, discussion paper, S. 90-106.

2) Vgl. Manfred Prisching, Der Wandel gesellschaftlicher Stimmungslagen. Staatliches Handeln in einer „unübersichtlichen Gesellschaft“, in: Wirtschaft und Gesellschaft, (1989) 1, S. 9-32; Sonja Puntcher-Riekman, Die Zukunft ist tot. Es lebe die Zukunft! Zur Karriere eines Begriffs, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1989) 2, S. 109-118.

3) Vgl. Werner Süß/Klaus Schroeder (Hrsg.), Technik und Zukunft, Opladen 1988.

4) Rudolf Wildenmann, Volksparteien – Ratlose Riesen?, Baden-Baden 1989.

5) Klaus Naumann, Diskurse über die Zukunft – ein neues Potential konservativer Hegemonie, in: Dialektik, (1985) 10, S. 162.

der daraus resultierenden Nachfrage an neuartigen Lösungsvorschlägen und Handlungskompetenzen zu sehen. Andererseits wird dieses Verhalten von der Erkenntnis getragen, daß es sich bei der Eröberung bzw. der Verteidigung der politischen Macht um einen schwierigen, permanenten Prozeß handelt, der umfangreiche und langwierige programmatische und organisatorische Anstrengungen zur Voraussetzung hat. Gramscis Begriff der politischen Hegemonie erfährt so eine praktische Konjunktur und wird zugleich temporalisiert. Denn: „Wer in den 90er Jahren der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland den prägenden Stempel aufdrücken wird, ist ... völlig offen. ... Es wird diejenige politische Kraft sein, die zuerst die Kompetenz zur Definition der Zukunftsaufgaben gewinnt.“<sup>6)</sup>

Auch das politisch-administrative System im engeren Sinne, also die Regierung, bedarf mehr als der technokratischen Planung im Sinne einer zukünftigen Gegenwart<sup>7)</sup>, die mittels statistischer oder theoretischer Verfahren kalkuliert und damit ihrer Offenheit und ihres utopischen Horizonts beraubt wird. Schon Hermann Heller hat in seiner Staatslehre darauf verwiesen: „Wer eine Beschreibung des staatlichen Seins gibt, muß, ob er will oder nicht, die in der Gegenwart den Staat aktualisierenden Willens- und Wertgemeinschaften selbst bewerten und zugleich eine Aussage über die staatliche Zukunft machen.“<sup>8)</sup>

Neben den Zukunftsprogrammen der Regierungsparteien wird dieser Anforderung ebenfalls in der Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes „Perspektiven und Orientierungen“<sup>9)</sup> Rechnung getragen; vergleichbares gilt für die der SPD nahestehende Reihe „Forum Zukunft“<sup>10)</sup>. Aber auch auf Landesebene bemüht man sich um ein zukunfts-trächtiges Profil, wie die diversen Kongresse und

Expertisen der baden-württembergischen Regierung, vor allem der Bericht „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung“<sup>11)</sup> oder die Diskurse der „Denkfabrik“ in Schleswig-Holstein<sup>12)</sup> nachhaltig demonstrieren.

## 2. Der Diskussionsverlauf bei Parteien und Verbänden

Die Zukunftsprogramme und die dazugehörigen Diskussionen beginnen auf Bundesebene mit dem Parteitagbeschuß über das Zukunftsmanifest der CDU im Jahr 1987 und dauern bis heute an. Die Breite und die Tiefe der Programme und Publikationen erreichen ein beachtenswertes Maß – weit mehr als zum Beispiel in den massenhaft verbreiteten und oft in der Parteienforschung herangezogenen Wahlplattformen. Im einzelnen ergeben sich in der ersten Diskussionsrunde folgende Stationen<sup>13)</sup>:

- Die CDU hat vor der Bundestagswahl 1987 auf dem Mainzer Parteitag ihr „Zukunftsmanifest“ (vgl. Übersicht 1) beschlossen und setzt die Programmdiskussion in verschiedenen Politikfeldern und auf verschiedenen Ebenen fort;
- die SPD hat ein neues Grundsatzprogramm (vgl. Übersicht 2), das über das Jahr 2000 hinausreichen soll, auf ihrem Programm-Parteitag im Dezember 1989 verabschiedet;
- die FDP arbeitet an einem neuen Grundsatzprogramm mit dem Motto „liberal 2000“, in dem die „Zukunftschance Freiheit“<sup>14)</sup> offen gehalten werden soll;
- die GRÜNEN bemühen sich in ihrem Konzept zum „Umbau der Industriegesellschaft“ um ein eigenes Zukunftsprojekt;
- die IG Metall hat 1988 einen „Internationalen Zukunftskongreß“ und sechs Diskussionsforen durchgeführt und daraus „Leitlinien zur gesell-

durch Entschuldung“, „Individualisierung und Sicherheit“ bzw. „Zukunft und staatliche Verantwortung“, „Neuorganisation der Zeit“, „Zukunftsoptionen – Technikentwicklung in der Wissenschafts- und Risikogesellschaft“.

<sup>11)</sup> Verfaßt im Auftrag der Landesregierung von der gleichnamigen Kommission, Stuttgart 1983; s.a. Die Dokumentation des Kongresses Zukunftschancen eines Industrielandes, herausgegeben vom Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart 1983.

<sup>12)</sup> Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, Informationen zur Denkfabrik, Kiel o.J. Ein Projekt beschäftigt sich mit der Infrastruktur der Zukunft, den sogenannten „K-Faktoren“ (Kenntnisse, Kompetenz, Kreativität, Kultur, Kunst und Kommunikation).

<sup>13)</sup> Vgl. Hans-Joachim Schabedoth/Heinrich Tiemann, Zukunftsdiskussion der Parteien und Gewerkschaften, in: WSI-Mitteilungen, (1989) 11, S. 698–707; s.a. die Beiträge in: J. Schmid/H. Tiemann (Anm. 9). Die IG Metall hat in sechs Materialbänden die Diskussionsforen (Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit, Köln 1988) dokumentiert. Sie behandeln die Themen Technik, Tarifpolitik, Sozialstaat, Wirtschaft, Arbeit und Umwelt.

<sup>14)</sup> So der Untertitel des Liberalen Manifests von 1985.

<sup>6)</sup> Werner Weidenfeld, Die Ratio der Wende stößt an ihre Grenzen, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 12. September 1986, S. 3; s.a. ders., Die Zukunft verschlingt ihre Ignoranten, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 21. November 1986, S. 3.

<sup>7)</sup> Zur Unterscheidung von Planung und Utopie vgl. Niklas Luhmann, The future cannot begin. Temporal structures in modern society, in: Social research, (1976) 43, S. 130–151; s.a. Frank R. Pfetsch, Politische Utopie, oder: Die Aktualität des Möglichkeitsdenkens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/90, S. 3–13.

<sup>8)</sup> Zit. nach Hans H. Hartwich, Die Suche nach einer wirklichkeitsnahen Lehre vom Staat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46–47/87, S. 11.

<sup>9)</sup> Vgl. Christian Fenner, Die Zukunft welcher Modernisierung? Zur Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes „Orientierungen und Perspektiven“, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1989) 4, S. 966–971; Stephan Eisel, Perspektiven und Orientierungen. Zukunftsdiskussion aus der Sicht der Regierung Kohl, in: Josef Schmid/Heinrich Tiemann (Hrsg.), Aufbrüche. Die Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen, Marburg 1990.

<sup>10)</sup> Die beiden Reihen erscheinen bei den Verlagen Beck bzw. Nomos erschienen. Sie umfassen Titel wie „Die postmoderne Kultur“, „Der Schutz tropischer Regenwälder

schaftlichen und gewerkschaftlichen Reform“ gewonnen;

- seitens der Unternehmer wird der „Standort Bundesrepublik“ und insbesondere die künftige Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten thematisiert;
- auch die Kirchen erörtern die Folgen des technisch-ökonomischen Wandels, wie die Stichworte Sonntagsarbeit oder Gen-Manipulation beispielhaft aufzeigen.

Mit den Vorbereitungen zum Bundestagswahlkampf 1990 und den fundamentalen Veränderungen in der DDR, die das Thema Wiedervereinigung auf die politische Agenda brachten, sind die Zukunftsdiskussionen unterbrochen worden. Mittlerweile ist jedoch die Diskussion über die künftige Gestaltung und die Aufgaben der erweiterten Bundesrepublik aufgenommen worden.

Die IG Metall hat mit ihrem Internationalen Zukunftsforum „Demokratie, Solidarität und Freiheit – Soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung in der neuen Welt“ ihre Zukunftsdiskussion von 1988 fortgesetzt. Im hundertsten Jahr ihres Bestehens skizziert der erste Vorsitzende, Franz Steinkühler, die relevanten Themengebiete, nämlich: a) die „Grundlinien und Ansatzpunkte politischer Alternativen in der Welt, in Europa, in der Bundesrepublik“; b) die „Reformmöglichkeiten und Grenzen unter Bedingungen einer weggefallenen Systemkonkurrenz bei einer gleichzeitig verschärften Weltmarktkonkurrenz“ und c) die „prinzipielle(n) Durchsetzungsbedingungen und praktische(n) Umsetzungschancen aus gewerkschaftlicher Sicht“<sup>15</sup>).

<sup>15</sup> Franz Steinkühler, Gewerkschaften als Begründer und Garanten von Demokratie und Freiheit – ihre soziale und ökologische Verantwortung in der Welt, Vortrag auf dem Internationalen Zukunftsforum in Frankfurt, 6./7. Juni 1991.

### Übersicht 1: Das Zukunftsmanifest der CDU – Auf einen Blick

1. Mut zur Zukunft
2. Wissenschaft und Technik im Dienst des Menschen und einer lebenswerten Umwelt
3. Forschung und Technologie als Grundlage für wirtschaftlichen Fortschritt, neue Arbeitsplätze und soziale Sicherheit
4. Neue Chancen durch mehr Beschäftigung und mehr Wahlmöglichkeiten
5. Durch Bildung und Weiterbildung zu mehr persönlicher und beruflicher Selbstentfaltung
6. Die Familie als unverzichtbare Voraussetzung für eine menschliche Gesellschaft
7. Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau
8. Mehr Sinnerfüllung in einer farbigen Kulturgesellschaft
9. Für einen Staat, der sich auf seine eigentlichen Aufgaben beschränkt
10. Ehrenamtliches Engagement, soziale Initiativen und Selbsthilfegruppen als Bereicherung des modernen Sozialstaates
11. Sicherheit, Geborgenheit und eigenständige Lebensgestaltung im Alter
12. Für eine Welt, die ein Leben in Frieden, Freiheit und Würde ermöglicht

### Übersicht 2: Was wir wollen – Auszug aus dem Grundsatzprogramm der SPD

Wir wollen eine Weltgesellschaft, die durch eine neue Form des Wirtschaftens das Leben von Mensch und Natur auf unserem Planeten dauerhaft bewahrt.

- ... die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann, eine Gesellschaft ohne Klassen, Privilegien, Diskriminierung und Ausgrenzung.
- ... eine Gesellschaft, in der alle Frauen und Männer das Recht auf humane Erwerbsarbeit haben und alle Formen der Arbeit als gleichwertig behandelt werden.
- ... durch solidarische Anstrengung Wohlstand für alle erreichen und gerecht verteilen.
- ..., daß eine Kultur in ihren vielfältigen Erscheinungsformen das Leben aller Menschen bereichert.
- ... Demokratie in der ganzen Gesellschaft, auch in der Wirtschaft, im Betrieb und am Arbeitsplatz verwirklichen, wirtschaftliche Macht begrenzen und demokratisch kontrollieren.
- ..., daß die Bürger über die Gestaltung der Technik mitbestimmen, damit die Qualität von Arbeit und Leben verbessert wird und die Risiken der Technik gemindert werden.
- ... einen modernen demokratischen Staat, getragen vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der zur Durchsetzung gesellschaftlicher Ziele fähig ist und sich ständig an neuen Aufgaben wandelt und bewährt.

Bloßes Fortschreiben bisheriger Entwicklungen ergibt keine Zukunft mehr.



Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat im Zusammenhang mit der Forderung nach einer Reform des öffentlichen Dienstes im Juni 1991 ihrerseits die Ergebnisse der Diskussions-, Forschungs- und Umsetzungsarbeit am Projekt „Zukunft durch öffentliche Dienste“ vorgestellt. Anschließend will die ÖTV ihre Vorstellungen „von der Basis her“ weiter konkretisieren<sup>16)</sup>. Die Aktivitäten der beiden Einzelgewerkschaften strahlen zunehmend auf den DGB aus, der sich nun ebenfalls auf die Gefilde „Jenseits der Beschlußlage“<sup>17)</sup> begeben will.

Ende 1993 wird die CDU ein neues Grundsatzzprogramm vorlegen und damit der deutschen Vereinigung und den veränderten europa- und weltpolitischen Bedingungen Rechnung tragen. Der Vereinigungsparteitag von West-CDU und Ost-CDU am 1. Oktober 1990 hatte den Beschluß gefaßt, das 1978 beschlossene Programm der CDU durch ein neues zu ersetzen. Bis Mitte 1992 sollen Gespräche

mit Kirchen, Verbänden und Wissenschaftlern über die Elemente des Programms geführt werden. Der bisherige Vorsitzende der Programmkommission, Lothar de Maizière, erwartete von der Arbeit eine integrierende Wirkung zwischen den beiden Teilen Deutschlands.

Auch die CSU will ein neues Programm verabschieden und dabei auf die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen ebenso Antwort geben wie auf die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Dies soll über eine bloße Fortschreibung des von 1976 stammenden Grundsatzzprogramms hinausgehen.

Die SPD hat bereits eine Projektgruppe unter der Leitung des Parteivorsitzenden gebildet mit der Bezeichnung „Deutschland 2000“. Dieses Projekt stellt eine Fortentwicklung des Regierungsprogramms „Fortschritt 90“ dar und soll die Verzahnung beider Teile Deutschlands und die Integration in das künftige Europa aus der Sicht der SPD klarlegen.

## II. Zukunftsprogramme als politische Innovationen

### 1. Die Dynamik des politischen Wettbewerbs

Parteien stehen untereinander in einem scharfen Wettbewerb; dies erfordert entsprechende politische Strategien und Wahlkampfaktiken, die eine Profilierung und dadurch eine Ausweitung der eigenen Mitglieder- und Wählerbasis ermöglichen. Insofern zwingen veränderte gesellschaftliche Bedingungen und Problemlagen zu neuen programmatischen Antworten, die wiederum Wettbewerbsvorteile ermöglichen und die Dynamik der Parteienkonkurrenz erhöhen. In abgeschwächter Form gilt das ebenfalls für Verbände. Daß sich die spezifischen Reaktionen auf diese Herausforderung in ihren konkreten Ausprägungen unterscheiden, ist selbstverständlich und evident. Differenzen in den Reaktionsmustern erwachsen vor allem aus situativen Faktoren wie den jeweiligen Interessenlagen, Führungspersönlichkeiten, Ressourcenausstattungen und organisationsstrukturellen Konfigurationen.

Für Parteien ist ein Katalog von Funktionen entwickelt worden, den eine solche „Erneuerung

durch Grundsatzdiskussionen“<sup>18)</sup> erfüllen soll. Sie soll zum einen der öffentlichen Selbstdarstellung, Werbung und Abgrenzung gegenüber dem politischen Gegner dienen. Zum anderen soll sie die Mitglieder über Diskussion und Partizipation wieder vertieft einbinden, Problembewußtsein und Zukunftsperspektiven aufzeigen sowie schließlich dem Publikum bzw. strategisch wichtigen Segmenten davon Signale senden und sogar neue Bündnismöglichkeiten sondieren.

Dahinter steht ferner eine „Umorientierung des Politischen“, die Peter Grafe am Beispiel der SPD so beschreibt: „Parteien sind nicht mehr der politische Arm von (sozialen, d.V.) Gruppen, die als klar abgrenzbare und in sich relativ homogene Teile der Gesellschaft ihre Interessen gegenüber dem Ganzen durchzusetzen suchen, sondern moderne Parteien in Deutschland konkurrieren untereinander um die maßgebende Interpretation von Gemeinwohl und dann darum, wer zur Wahrung und Mehrung des Gemeinwohls das geeignetere Personal anzubieten hat. Dabei wird zunehmend ein Konglomerat von Interessen zu berücksichtigen sein, die nicht mehr den sozialen Status als strukturierendes Zentrum haben.“<sup>19)</sup>

Programmatische Modernisierungen, das zeigen allerdings insbesondere die Beispiele SPD und Ge-

<sup>16)</sup> Vgl. Monika Wulf-Mathies (Hrsg.), *Zukunft durch Öffentliche Dienste*, 6 Diskussions- und Forschungsbände, Köln 1991. U.a. werden die Themenkomplexe Sozialstaat, öffentliche Unternehmen, Kommunalverwaltung, lokale Gesundheitsdienste, Stadterneuerung und Umweltschutz behandelt.

<sup>17)</sup> So der Titel eines Gutachtens im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, herausgegeben von Jürgen Hoffmann/Reiner Hoffmann/Ulrich Mückenberger/Dietrich Lange, Köln 1990.

<sup>18)</sup> Vgl. Norbert Lepszy, *Erneuerung durch Grundsatzdiskussionen und -programme in CDU und SPD*, in: *Eicholzbrief*, (1989) 4, S. 27-37.

<sup>19)</sup> Peter Grafe, *Tradition & Konfusion - SPD: Alle Macht den Profis*, Frankfurt/M., S. 102f.

werkschaften sowie in jüngster Zeit die CDU, bleiben innerorganisatorisch jedoch meistens folgenlos, wenn sie nicht durch eine „zweite Modernisierung“, das heißt durch entsprechende Organisationsreformen, ergänzt werden<sup>20)</sup>. Gerade in Anbetracht der gesamtdeutschen Zusammenschlüsse von Parteien und Verbänden sind auf diesem Gebiet viele Aufgaben noch unerledigt und die Integrationspotentiale breit angelegter programmatischer Diskussionen längst nicht ausgeschöpft<sup>21)</sup>. Denn es gilt: „Viel hängt vom Start der Parteidemokratie und parallel dazu von der Gestaltung des Verbandswesens in den neuen Ländern ab. Parteien, die jetzt die Regierungsverantwortung übernommen haben, besitzen bei erfolgreicher Politik die Chance, regional identitätsstiftend zu wirken... Die Parteien müssen selbst Zukunftskonzeptionen erarbeiten, statt gesellschaftlich vorgegebene einfach nur umzusetzen. Gelingt dies, so können auch neuartige Loyalitäten entstehen.“<sup>22)</sup>

## 2. Institutionelle und organisatorische Faktoren

In der Politikwissenschaft sind vor allem drei klassische Thesen postuliert worden, die die Innovationsbereitschaft von Parteien betreffen. Maurice Duverger<sup>23)</sup> geht davon aus, daß vor allem Linksparteien aufgrund ihres Selbstverständnisses und ihrer Tradition als Programmparteien zu Neuerungen bereit sind. Hier sind auch – so vielfach die unterschwellige Konnotation – die Mitglieder aktiver und der Parteiapparat – jedenfalls in historischer Perspektive – besser ausgerüstet<sup>24)</sup>. Demgegenüber hat Theodore J. Lowi<sup>25)</sup> die Ansicht vertreten, daß die jeweilige Oppositionspartei durch den Verlust der Regierungsmacht gezwungen wird, Neues zu entwickeln. In Anlehnung an Anthony Downs<sup>26)</sup> läßt sich ferner vermuten, daß

eine starke Konzentration der Wählerschaft in der Mitte und deren hohe Wechselbereitschaft einen programmatischen Impuls bei allen Parteien entfacht – zumindest bei denjenigen, die sich nicht als radikale Systemopposition verstehen.

Ein Blick auf den Diskussionsverlauf läßt diese parteiensoziologischen Theoreme allerdings als wenig stichhaltig erscheinen. Zwar hat die SPD als Linkspartei und als Partei in der Opposition ihre programmatische Aktivität deutlich gesteigert, aber die Zukunftsdiskussion ist eine Erfindung der CDU – der Regierungspartei. Ebenso sind Programme als Werbemittel für sozialstrukturell relativ ungebundene Volksparteien von hoher Bedeutung; doch läßt sich damit allenfalls eine quantitative Zunahme bei allen Parteien erklären und nicht die spezifischen Inhalte und Ausgangspunkte.

Das schnelle Nachziehen aller Parteien in der Zukunftsdiskussion ist nicht nur auf den hohen innovationsfördernden Wettbewerbs- und Problemdruck, sondern auch auf Diffusions- und Imitationsprozesse zurückzuführen. Die Verbreitung der Umweltprogramme und der gesteigerte Stellenwert von Aussagen zur Ökologieproblematik stellen hierfür ein anschauliches Beispiel dar<sup>27)</sup>.

Innerhalb der organisationssoziologischen Innovationsforschung sind eine Reihe von weiteren Faktoren benannt worden, die ebenfalls zur Untersuchung von programmatischen Neuerungen herangezogen werden können<sup>28)</sup>. Als erstes wird darauf verwiesen, daß ein Überfluß an Ressourcen zu innovativen Aktivitäten führt. Bei den großen Parteien und Verbänden ist zumindest die Ausstattung ausreichend, um etwa Personal für Diskussionen über die Zukunft abzustellen. Ein zweites Faktorenbündel stellt auf die beschleunigende Wirkung von Notlagen und das aktive Eingreifen von Menschen ab. Im Falle der FDP und auch der Gewerkschaften kann von einer subjektiv als kritisch perzipierten Situation ausgegangen werden: Die einen fürchten die Fünfprozenthürde, während die anderen durch Arbeitslosigkeit, technischen und ökonomischen Wandel ihre Position bedroht sehen. Wichtig sind ferner Persönlichkeiten, die als politische Unternehmer bereit sind, das Risiko von Innovationen auf sich zu nehmen. Insofern spielen Wechsel in den Führungsgremien von Parteien und Verbänden durchaus eine Rolle. Dies gilt insbesondere im Falle der IG Metall für die Wahl Franz Steinkühlers zum ersten Vorsitzenden oder die – zeitweise – starke Position von Heiner Geißler innerhalb der CDU.

<sup>20)</sup> Vgl. Josef Schmid/Heinrich Tiemann, Organisation ist auch Politik. Modernisierungsbedarf und Perspektiven der gewerkschaftlichen Organisation, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1991) 6, S. 381–390; Hans-Joachim Schabedoth/Heinrich Tiemann, Zukunftsdiskussion der IG Metall und Wandel der Organisationspolitik, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, (1991) 3. Parteinaher Skepsis artikulieren Warnfried Dettling, Das rechte Elend der Konservativen, in: Die Zeit, Nr. 21 vom 17. Mai 1991, S. 4 und Erhard Eppler, Das linke Leiden an der Wirklichkeit, in: ebd., S. 5.

<sup>21)</sup> Vgl. Frank Löbler/Josef Schmid/Heinrich Tiemann (Hrsg.), Wiedervereinigung als Organisationsproblem. Gesamtdeutsche Zusammenschlüsse von Parteien und Verbänden, Bochum 1991.

<sup>22)</sup> Wolfgang Jäger, Die Volksparteien nach der deutschen Vereinigung, in: Die politische Meinung, (1991) 2, S. 68.

<sup>23)</sup> Die politischen Parteien, Tübingen 1959.

<sup>24)</sup> Zur historischen Kontinuität der SPD als Programmpartei vgl. Wolfgang Luthardt, Überlegungen zur Programmativität und -innovation der SPD, in: J. Schmid/H. Tiemann (Anm. 9).

<sup>25)</sup> Ein neuer Bezugsrahmen für die Analyse von Machtstrukturen, in: Wolf-Dieter Narr/Claus Offe (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln 1975.

<sup>26)</sup> Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968.

<sup>27)</sup> Vgl. Thomas Poguntke/Hermann Schmitt, Die Grünen. Entstehungshintergrund, politisch-programmatische Entwicklung und Auswirkung auf andere Parteien, in: J. Schmid/H. Tiemann (Anm. 9).

<sup>28)</sup> Vgl. den Überblick an Hypothesen bei Harold Wolman, Innovation in local government and fiscal austerity, in: Journal of Public Policy, (1986) 2, S. 159–180.

Konkurrenz innerhalb von politischen Organisationen – und nicht nur zwischen diesen – vermag ebenfalls verkrustete Strukturen aufzubrechen. Sie kann wiederum mit dem Aufstieg einzelner Personen zusammenhängen – etwa dem Kampf um die Kanzlerkandidatur von Oskar Lafontaine – oder eher systematischen Charakter annehmen. Für letzteres ist der betont föderative Aufbau der

CDU wiederum ein besonders gutes Beispiel. Hier gingen im Verlaufe der siebziger Jahre eine Reihe innovativer Impulse von den erfolgreichen Landesverbänden aus<sup>29</sup>), die ersten Zukunftsprogramme stammen aus dem Saarland und Hamburg<sup>30</sup>). In ähnlicher Weise spielt innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die IG Metall eine gewisse Vorreiterrolle.

### III. Sozialer Wandel und die Krise der großen Utopien

#### 1. Grundzüge einer postmodernen Konfiguration

Seit Mitte der siebziger Jahre vollziehen sich in den westlichen Industriestaaten vielfältige ökonomische, soziale, kulturelle und politische Veränderungsprozesse, die einen grundlegenden und weitreichenden gesellschaftlichen Umbruch indizieren. Diverse Begriffe und theoretische Ansätze wie Postmaterialismus, Postfordismus, Postmoderne, Neokonservatismus, Risikogesellschaft etc. suchen diesen Wandel zu erfassen, ohne ihn jedoch hinsichtlich seiner Richtung und zukünftigen Entwicklung überzeugend präzisieren oder gar der dimensional Vielfalt Rechnung tragen zu können. Die gesellschaftliche Lage und die intellektuelle Reflexion darüber sind aus diesem Grunde durch eine „Neue Unübersichtlichkeit“, einen „Verlust an utopischer Energie“ sowie ein hohes Maß an „Risiko“<sup>31</sup>) gekennzeichnet. Herfried Münkler spricht sogar von einem „postutopischen Zeitalter“<sup>32</sup>).

Die Entwicklung unterminiert die Tragfähigkeit von Utopien und Ideologien wie Sozialismus oder Nation(al)staat, um die beiden wichtigsten zu nennen. Diese haben immer zugleich a) Kontinuität im Handeln der Menschen vermittelt, indem sie Identität in der Geschichte stifteten; b) politisch-ideologisch homogenisiert, d.h. immer auch ein Bündel von Politiken generiert und verbunden sowie im Hinblick auf die jeweiligen sozialen Gruppen integriert; c) die (Zeit-)Abläufe dynamisiert und durch die Differenz von Zukunftsentwurf und Realität Handlungsimperative erzeugt.

Utopien, so zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, verlieren ihre Motivations- und Anzie-

hungskraft, wenn in ihrem Ensemble durch gesellschaftliche Prozesse fundamentale Veränderungen eintreten. Individualisierung und Freisetzung der Menschen aus den überkommenen Klassen- und Sozialzusammenhängen, aus Geschlechter- und Familienrollen haben die Bedingungen homogener Klassenbildung zersetzt, Lebensstile pluralisiert und eine Differenzierung der subjektiven Einstellungen bewirkt. Die nachhaltige Lockerung von Partei- und Verbandsloyalitäten ist nur der sichtbare Ausdruck einer insgesamt erhöhten politischen Mobilität<sup>33</sup>). Der Geltungsschwund von orientierungssichernden und handlungsleitenden gesellschaftlichen Normen und die Fragmentierung des Alltagswissens stehen dabei im engen Zusammenhang mit der breiten Bewußtwerdung der ökologischen und ökonomischen Krisen sowie der Erfahrung von Endlichkeit und Grenzen der Machbarkeit. Darin manifestiert sich eine Krise industriegesellschaftlicher Rationalität und Modernität mit erheblichen politischen Konsequenzen<sup>34</sup>).

Nicht nur, daß Heterogenität an die Stelle von Homogenität getreten und die Illusion eines „abgesicherten Fortschrittspfades“<sup>35</sup>) dem Bild einer allzeitigen Krisenhaftigkeit der achtziger Jahre gewichen ist. Die neuen Krisen lassen sich darüber hinaus nicht mehr mit den herkömmlichen Lösungsmustern der Moderne, also nicht im Sinne eines „Mehr an Modernität“ (Offe) regulieren. Der Schwund des Vertrauens in die Steuerungsfähigkeit des Staates – und im übrigen auch der Wirtschaft – ist keine nur vorübergehende Erscheinung; insofern überrascht es nicht, daß Politik vielfach im Bewußtsein der Bevölkerung als bloße Verwaltung empfunden und ihr jedwede Gestaltungskraft abgesprochen wird. Der Zeitgeist ist

<sup>29</sup>) Vgl. die Fallstudien zur Bildungs-, Sozial- und Industriepolitik bei Josef Schmid, Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Opladen 1990.

<sup>30</sup>) Vgl. Josef Schmid, Zukunft aus der Provinz? Programmdiskussionen und Einfluß der CDU-Landesverbände, in: ders./H. Tiemann (Anm. 9).

<sup>31</sup>) Jürgen Habermas, Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985; Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986; Niklas Luhmann, Risiko auf alle Fälle. Schwierigkeiten bei der Beschreibung der Zukunft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Januar 1991, S. 42.

<sup>32</sup>) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Dezember 1985, S. 31.

<sup>33</sup>) Vgl. Rolf G. Heinze/Josef Hilbert/Helmut Voelzkow, Sozialstruktureller Umbruch und politische Folgen, in: J. Schmid/H. Tiemann (Anm. 9).

<sup>34</sup>) Vgl. Hermann Lübbe, Der Lebensinn der Industriegesellschaft, Berlin u. a. 1990.

<sup>35</sup>) M. Prisching (Anm. 2), S. 11; s. a. J. Habermas (Anm. 31); U. Beck (Anm. 31); differenzierter Herfried Münkler, Was für eine Zukunft? Fortschritt, Moderne, Utopie – eine Begriffsklärung, in: J. Schmid/H. Tiemann (Anm. 9).

eher postmodern<sup>36)</sup> – und keiner glaubt mehr an die heile Welt von morgen und die großen Ideen von gestern.

Fest steht ebenfalls, daß die Grenzziehungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft derzeit nicht mehr eindeutig vorgenommen werden können. In dynamischen Zivilisationen schrumpft nämlich die Zukunftsdimension: „Die Zukunft ist realitätsnäher geworden . . . , sie ist näher herangerückt an die Gegenwart . . . Der Handlungsspielraum wird eingeengt, weil über einen Teil der Zukunft schon in der Gegenwart verfügt wird.“<sup>37)</sup> Und weiter: „Längst gibt es beides nicht mehr, weder die weitentfernten Orte, noch die über zeitliche Diskontinuitäten hinweg geschaffene, fiktive, ferne Zukunft, in der sich die ideale Gesellschaft entwerfen, und in der sich träumen läßt, als Kompensation des gegenwärtigen Elends, sozial, politisch und moralisch, literarisch, was immer das empfindsame Herz oder die unaufgeklärte Vernunft begehren möchte.“<sup>38)</sup>

## 2. Politisierung der Zukunft

Der Bedarf an Identität, an Vertrauen und an Sicherheit wächst jedoch allenthalben. Individuen wie gesellschaftliche Organisationen und Gruppen können ohne ein Bild von Zukunft nicht leben und handeln; alle brauchen eine solche Vorstellung, um sich in der Gegenwart zu orientieren. Zukunftsdiskussionen und -programme projizieren existentielle Hoffnungen: Sie sollen dem Schwund an Zukunftsgewißheit entgegenwirken und ein bißchen von der Gewißheit zurückholen, die früher der Zukunft eigen war<sup>39)</sup>. Zukunft soll in diesen

Verwendungszusammenhängen gesellschaftlichen Konsens reaktivieren und als legitimatorische Kraft für politisches Handeln wirksam werden. Sie soll in der ex ante-Perspektive den Akteuren Mut machen, Phantasie wecken und die Bereitschaft zur aktiven Beteiligung an der Zukunftsgestaltung wecken. „Zukunft“ wird dadurch auch zur „antizipatorischen Version konditionierter Machtausübung“<sup>40)</sup>, „zur Bezugsgröße der Politik, zur imaginären Arena gegensätzlicher Interessen“<sup>41)</sup>.

Dabei haben wir „nicht zu wenig Zukunft vor uns oder überhaupt keine, sondern zu viele . . . Zukunftspluralismus gehört inzwischen zur Innenausstattung der Normalität“<sup>42)</sup>. Insofern überrascht die inflationäre Verwendung des Begriffes Zukunft im politischen Wettbewerb, in Programmen, Stellungnahmen und Leitsätzen nicht. In der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung sollen Zukunftsentwürfe die Funktionen übernehmen, die bis vor kurzem noch Utopien wahrgenommen haben. Zukunftsdiskussionen versuchen damit, die blaß gewordenen Ideenangebote der alten Utopien zu substituieren. Sie sind im Unterschied zu diesen durchaus partial und widersprüchlich, eher für den schnellen politischen Gebrauch produziert als in langfristigen gesellschaftlichen Diskursen entwickelt, aber dafür mit höherem Flexibilitätspotential ausgestattet. Zukunftsdiskussionen verlassen auch nicht mehr wie die klassischen Utopien den Boden der gesellschaftlichen Möglichkeiten und Bedingungen; sie arbeiten statt dessen eine reale gesellschaftliche Umbruchsituation auf und präsentieren die ersten programmatischen Aufbrüche, in denen sich nicht zuletzt die Ergebnisse wissenschaftlicher Analyse wiederfinden.

## IV. Zukunftsprogramme und politische Steuerung

### 1. Zwischen symbolischer und materieller Politik

Kritiker der intensiven Zukunftsdiskussion führen gerne deren politisch-praktische Irrelevanz ins Feld. Demnach reduziert sie sich auf symbolische

Politik, eben auf Show und manipulativen Schein, hinter dem materiell nichts steckt: „Design statt sein“ (Guggenberger). Umgekehrt betonen die Protagonisten die politische Ernsthaftigkeit des Unternehmens. Ansätze in die richtige Richtung – und das sei das wichtige – seien gemacht, und Politik wäre eben das „Bohren dicker Bretter“, das schon Max Weber konstatiert hat.

Diese Auseinandersetzung folgt der in der politikwissenschaftlichen Literatur gängigen dichotomischen Behandlung von symbolischer versus materieller Politik oder Schaupolitik versus Entscheidungspolitik<sup>43)</sup>. Hier werden beide Formen von Politik getrennt und einander gegenübergestellt; es werden sogar nur materielle Wirkungen oder ent-

<sup>36)</sup> Vgl. Peter Kemper (Hrsg.), „Postmoderne“ oder Der Kampf um die Zukunft, Frankfurt/M. 1988.

<sup>37)</sup> Helga Nowotny, Eigenzeit. Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls, Frankfurt/M. 1989, S. 52.

<sup>38)</sup> Ebd., S. 139.

<sup>39)</sup> Vgl. Karl Otto Hondrich, Zukunftsvisionen für die Industriegesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. April 1988, S. 30f.

<sup>40)</sup> Thomas M. Becker, Zukunft der Arbeit? – Zukunft des Wissens!, in: Psychosozial, (1988) 3, S. 54.

<sup>41)</sup> Sieghard Neckel, Entzauberung der Zukunft. Zur Geschichte und Theorie sozialer Zeitperspektiven, in: Rainer Zoll (Hrsg.), Zerstörung und Wiederaneignung von Zeit, Frankfurt/M. 1988, S. 476.

<sup>42)</sup> Hans M. Enzensberger, Vermutungen über die Turbulenz, in: Peter Sloterdijk (Hrsg.), Vor der Jahrtausendwende. Bericht zur Lage der Zukunft, Frankfurt/M. 1990, S. 106f.

<sup>43)</sup> Vgl. Murray Edelman, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt/M. 1976; s. a. Rüdiger Voigt (Hrsg.), Politik der Symbole – Symbole der Politik, Opladen 1989.

scheidungsrelevante Verhaltensmuster als Politik anerkannt. Das ist jedoch eine konzeptionelle Verengung, die es zu durchbrechen gilt. So formulieren Fürst und Henke zu Recht: „Für den politisch-administrativen Bereich haben immaterielle Faktoren wie Vertrauen, Motivation zur Mitwirkung von Betroffenen, Erwartungssicherheit, symbolisches Problem-Management etc. eine kaum zu unterschätzende Bedeutung. Schlagworte wie ‚Staatsverdrossenheit‘, ‚Krise der Institutionen‘, ‚Parteien in der Krise‘ u.ä. legen nahe, daß die Form der Institutionalisierung des Staates Mitursache für Defizite solcher immateriellen Faktoren durch den Staat sein könnte.“<sup>44)</sup>

## 2. Zukunftssicherheit als Steuerungsressource

Die Zukunftsdiskussion zeichnet sich gerade dadurch aus, daß sie die Kluft zwischen symbolischer und materieller Politik überbrücken will. Dies ist unter den gegenwärtigen soziopolitischen Kontextbedingungen auch eine notwendige Leistung, da staatliche Steuerung in vielen Bereichen nur noch als reflexive funktioniert und diese wiederum an das Vertrauen in die „Zukunftsfähigkeit“<sup>45)</sup> rückgebunden ist. Begreift man die Zukunftsprogramme in ihrem Kern als Metadiskussion, die vor allem Issues (relevante Probleme und Fragestellungen) definiert, so erweist sich ihr Erfolg weniger in praktisch-konkreter Regierungspolitik als in der Strukturierung des umkämpften und brüchigen politischen Terrains und der Fähigkeit, den „Orientierungsstaat“ (Fürst/Henke) mit einer normativen Grundlage zu versehen. Hinzu kommt, wie einer der (ehemaligen) Protagonisten der Zukunftsdiskussion anmerkt, daß „eine nachvollziehbare Beschreibung des wünschbaren Zustandes auch selbst einen Beitrag dazu leistet, die anzustrebende Situation Wirklichkeit werden zu lassen“<sup>46)</sup>.

Um die Wiederherstellung einer normativen Basis für die Funktionsweise des politischen Systems geht es also in der aktuellen Zukunftsdiskussion, in der Sinn über die Möglichkeiten und die Richtung einer Beeinflussung der gesellschaftlichen Entwicklung organisiert werden soll. Beides hängt eng miteinander zusammen: Die Frage, welche Zukunft wir denn wollen, bleibt rein symbolisch, wenn nicht zugleich Auskunft darüber gegeben

werden kann, ob eine solche Gestaltung überhaupt noch möglich ist. Dies bezieht sich weniger auf die Problematik effektiver Planungs- und Interventionsinstrumente (und seien sie noch so reflexiv), sondern trifft den Kern des Politischen – genauer: die Möglichkeit, inwieweit die „versteinerten Verhältnisse zum Tanzen“ zu bringen sind (Marx), technische Kristallisationen wieder zu verflüssigen sind (Schelsky, Gehlen) oder die subpolitischen Sphären der Risikogesellschaft wieder politisch gesichert werden können (Beck).

Allerdings ist das politisch-administrative System nicht nur Opfer der gewandelten Bedingungen; gerade durch sein Funktionieren wirkt es vielfach als Krisenverstärker. Die Trennung von Steuerung und Symbolik erzeugt zunehmend Schäden im politischen Vertrauenshaushalt – und bleibt trotzdem notwendig. Notwendig ist dies deshalb, weil die Komplexität der politischen Materie ohne die Verweisung auf tragfähige Ideologien, Sinnzusammenhänge oder gesellschaftliche Utopien kaum mehr vermittelt werden kann – zumal Politik ohne diese Elemente dem Verdacht nicht enttrinnen kann, bloße Verwaltung zu betreiben. Auf der anderen Seite erscheint die symbolische Form als „entinhaltlich“ – als Rauch ohne Feuer. Und zunehmend instrumentalistisch gewendet verlieren auch die letzten Bestände an Normen aus einer schrumpfenden Lebenswelt an naturwüchsiger, unhinterfragter Geltung. Dergestalt rationalisiert wird beispielsweise Kultur zusehends politisch und problematisch – sei es nun als Einklagen von Partizipation und Transparenz oder als Furcht vor belastender Verantwortung und Autonomie.

Neben solchen internen Krisenmechanismen verschärft die Ausweitung des Handlungsbereiches die Anfälligkeit des politischen Systems. Nicht weil – wie Konservative gerne ins Feld führen – der Staat überlastet ist, sondern weil seine Uferlosigkeit Konturen verwischt, Komplexität erhöht und den Modernisierungsprozeß verstärkt. Immer mehr Entscheidungen und Interventionen finden statt, immer weniger wird die grundlegende politische Richtung erkennbar, so daß der Eindruck des ziellosen Hyperaktivismus verstärkt wird und der Ruf nach Zwecksetzung oder nach Ruhe zunehmend erhoben wird. Dies wiederum steigert den Parteienwettbewerb, über den dann die Spirale eine Umdrehung weiter geführt wird: mediengerechter, technisierter Wahlkampf, programmatische Inflation auf der einen Seite – und auf der anderen das dumpfe Gefühl beim Adressaten, nur Antworten zu erhalten auf Fragen, die nicht gestellt worden sind.

Hier setzt also die Zukunftsdiskussion an und versucht die Quadratur des Kreises. Es gilt, symbolische mit materiellen Politiken zu verbinden und Deutungsmuster über die Richtung und die Gestaltbarkeit des gesellschaftlichen Wandels zu lie-

<sup>44)</sup> Dietrich Fürst/Klaus-Dirk Henke, Zwischen Wunsch und Realität – Ökologische Erneuerung des Industriestaates, in: Thomas Ellwein/Jens J. Hesse/Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hrsg.), Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Band 2, Baden-Baden 1989, S. 310f.; s. a. James G. March/Johan P. Olson, The New Institutionalism. Organizational Factors in Political Life, in: American Political Science Review, (1984) 1, S. 734–749.

<sup>45)</sup> Vgl. Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung (Anm. 11), S. 27.

<sup>46)</sup> Helmut Haussmann (FDP), in: Frankfurter Rundschau vom 7. September 1987, S. 6.

fern sowie die Grenzverläufe von Staat und Gesellschaft neu zu definieren, kurzum: ein spezifisches Politikverständnis zu vermitteln<sup>47)</sup>. Damit kann politisches Profil gewonnen, gesichert und dem politischen Orientierungsbedürfnis des Wählerpublikums Rechnung getragen werden. Genauso lassen sich Themen vorstrukturieren, faktische Gemeinsamkeiten stabilisieren oder dementieren und unter den Bedingungen der Mediengesellschaft die Ver- und Entkopplung der „Fassadenpolitik“ und der „wirklichen Politik“<sup>48)</sup> organisieren.

### 3. Ausblick

In Parteien und politischen Verbänden der Bundesrepublik sind gegenwärtig die traditionellen programmatischen Grundlagen durch Anstrengungen um die „richtige“ Zukunftsperspektive in Be-

wegung geraten. Zur Erklärung dieses Phänomens sind eine Reihe von Thesen und Ansätzen entfaltet worden. Insgesamt betrachtet sind die auf politische und organisatorische Faktoren wie Wettbewerb und Binnenstruktur von Parteien und Verbänden abzielenden Hypothesen primär in der Lage, die sachlichen und zeitlichen Schattierungen in der Zukunftsdiskussion zu erklären. Für die Tatsache einer grundlegenden programmatischen Umorientierung scheint in viel höherem Maße der gesellschaftliche Wandel selbst Antrieb zu sein. Vor allem sind es die politischen Folgen sozialstruktureller Veränderungen, die die soziale und normative Basis von Parteien und Verbänden unterminieren und zu Reaktionen zwingen. Teilweise damit verbunden zeigt sich ferner, daß aus der Perspektive des politisch-administrativen Systems erfolgreiche Steuerung an politische Homogenisierung und Sinnggebung gebunden ist, was herzustellen eine Funktion der Zukunftsdiskussion ausmacht. Inwieweit dies gelingt, ist derzeit noch offen, doch für die weitere politische Entwicklung von enormer Bedeutung – auch und gerade im Hinblick auf die nationale und europäische Integration.

<sup>47)</sup> Vgl. Claus Offe, Staatstheorie auf der Suche nach ihrem Gegenstand, in: Thomas Ellwein/Jens J. Hesse/Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hrsg.), Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Band 1, Baden-Baden 1987, S. 309–320; Helmut Willke, Die Entzauberung des Staates, Königstein 1983.

<sup>48)</sup> M. Prisching (Anm. 2) S. 24.

## **Hans-Georg Betz: Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/91, S. 3-14

Seit dem Ende der achtziger Jahre haben radikal rechtspopulistische Parteien zum Teil beachtliche Wahlerfolge in einer Reihe von westeuropäischen Demokratien errungen. Der Beitrag vermittelt einen Überblick über die Entwicklung, Entstehungsbedingungen und die politische Bedeutung der wichtigsten unter ihnen. Ausgehend von einer Definition dieser Parteien werden theoretische Erklärungen für ihr Entstehen untersucht. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf der weitverbreiteten These von den Modernisierungsverlierern. Obwohl die Wähler und Sympathisanten der wichtigsten radikal rechtspopulistischen Parteien zum Teil aus den sozialen Schichten kommen, die am meisten vom Modernisierungsschub der letzten Jahre betroffen sind, läßt sich die Marginalisierungsthese nicht eindeutig genug bestimmen. Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Parteien bestehen jedoch vor allem im Wertesystem ihrer Anhänger, das durch einen defensiven Wohlfahrtsstaat-Chauvinismus geprägt ist.

## **Franz Urban Pappi: Wahrgenommenes Parteiensystem und Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland. Zur Interpretation der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/91, S. 15-26

Zur Interpretation der ersten gesamtdeutschen Wahl wird ein Modell der ideologischen Parteiwahrnehmung herangezogen, wonach die Wähler ihre Wahrnehmung der Parteistandpunkte bei einzelnen Sachfragen aus ihrer Kenntnis der ideologischen Verankerung der Parteien heraus strukturieren. Die Modellanwendung erbringt als eines der Hauptergebnisse, daß die ideologische Parteiwahrnehmung in Ost- und Westdeutschland bereits weitgehend gleich ist. Es existiert also bereits ein einziges Parteiensystem in Deutschland aus der Sicht der Wähler.

Das ideologische Wahrnehmungsraster ist zweidimensional mit einer wirtschaftspolitischen Links-Rechts-Achse mit den beiden Endpolen FDP und PDS und einer innen- und rechtspolitischen Links-Rechts-Achse mit den Endpolen CSU und GRÜNEN. In diesem ideologischen Raum stehen die ostdeutschen Wähler den linken Parteien insgesamt näher als die westdeutschen Wähler. Wenn CDU/CSU und FDP trotzdem bei der Bundestagswahl im Osten genauso gut wie im Westen abschnitten, ist das damit zu erklären, daß sie im Osten einen größeren Vorsprung in der Kompetenzzustufung hatten.

### **Hubert Kleinert: Die GRÜNEN 1990/91. Vom Wahldebakel zum Neuanfang**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/91, S. 27-37

Ausgehend von der gegenwärtigen schwierigen Situation der GRÜNEN erfolgt eine Analyse von Hintergründen und Ursachen ihres bundespolitischen Niedergangs bei der Bundestagswahl 1990. Dabei werden die Rolle der Deutschlandpolitik, das Verhältnis der GRÜNEN und ihrer Anhänger zum ökosozialen Erneuerungskurs der SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine sowie die binnenstrukturellen Probleme der Bundespartei Die GRÜNEN näher beleuchtet.

Die Entwicklung der grünen Partei von der Bundestagswahl 1990 bis zum Herbst 1991 stellt sich als ein organisatorischer und politischer Erholungsprozeß dar. Der Ausblick auf die Zukunftschancen der GRÜNEN im Hinblick auf die Bundestagswahl 1994 gestaltet sich deshalb positiv.

Das unerwartete Scheitern der westdeutschen GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1990 ist auf den Zusammenhang veränderter Bedingungen des politischen Systems, auf die die GRÜNEN im Vereinigungsjahr 1990 getroffen sind, und spezifische strukturelle Schwächen der bundespolitischen Parteiorganisation der GRÜNEN zurückzuführen. Eine sorgfältige Analyse dieses Zusammenhangs ist notwendig, wenn die Zukunftschancen der GRÜNEN genauer beurteilt werden sollen.

### **Josef Schmid/Heinrich Tiemann: Die Zukunftsdiskussionen und -programme der Parteien und Verbände. Nur Rauch ohne Feuer?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/91, S. 38-46

Der Aufsatz zeichnet die „Zukunftsdiskussion“ nach, durch die fast alle Parteien und großen Verbände eine neue programmatische Basis zu etablieren versuchen. Zur Erklärung dieses Phänomens der Gleichzeitigkeit dieser „Zukunftsdiskussion“ werden eine Reihe von Thesen und Ansätzen entwickelt. Sie umfassen a) politische und organisatorische Faktoren wie Wettbewerb und Binnenstruktur, b) Folgen des gesellschaftlichen Wandels für politische Utopien und Ideologien, c) Homogenität und Sinn als Voraussetzung für erfolgreiche politische Steuerung.

Vor allem die politischen Folgen sozialstruktureller Veränderungen der letzten Jahre sind es, die die soziale und ideologische Basis von Parteien und Verbänden beeinflußt haben und zu programmatischen Reaktionen zwingen. Der Verlust der normativen Basis durch Pluralisierung, Zukunftsunsicherheit und Politisierung trifft auch den Symbolvorrat des weiteren politisch-administrativen Systems sowie – im Hinblick auf die aktuellen Tendenzen in den fünf neuen Bundesländern und in der EG – die Fähigkeit zur Integration der Bevölkerung. Insofern wird der Zukunftsdiskussion weitaus mehr als nur ein rhetorischer oder taktischer Stellenwert zugemessen.